

# Arbeiter

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement - Preis vierteljährlich: 1.20 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1.10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Belegungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erhältlich täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehobene Raionelle oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Verbandsanzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Verantwortlicher: Amt IV. Nr. 1988.

Dienstag, den 14. November 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Verantwortlicher: Amt IV. Nr. 1984.

### Agrarier und Revolution.

Noch ist nicht abzusehen, welchen Gang die Dinge in Rußland nehmen werden, aber man darf auf keinen Fall erwarten, die Revolution werde bald ein Ende nehmen. Der Gegensatz zwischen der elenden Lage der arbeitenden Massen des Zarenreiches und dem Strafbewußtsein, das sie erlangt, ist zu gewaltig, als daß er sie nicht immer wieder weiter vorwärts treiben möchte, bis sie entweder ihre Kraft erschöpft oder eine wesentliche Besserung ihrer Lage erlangt haben. Nach kürzeren oder längeren Ruhepausen muß die Revolution immer wieder von neuem ausflammen, für Jahre hinaus.

Je länger sie aber dauert, desto mehr muß sie auch das übrige Europa in Bewegung versetzen, vor allem die Nachbarländer. Oesterreich, innerlich völlig zerklüftet, mit einer haltlosen Regierung und einem feurigen Proletariat, kam zuerst dran. Wird aber die Bewegung vor Deutschland Halt machen? Sicher nicht. So ungeheure Umwälzungen wie in Rußland können im Zeitalter des Weltverkehrs nicht spurlos an Nationen vorübergehen, in denen die Klassegegensätze ohnehin schon auf höchste gespannt sind. Daß auch Deutschland sich regt, ist unausbleiblich, aber damit ist noch nichts darüber gesagt, welche Formen die Bewegung annehmen wird. Nicht von uns hängt das ab, sondern von zahlreichen Verhältnissen, die wir nicht beherrschen. Wir wollen hier absehen von den Bedingungen der äußeren Politik, die gewaltige Konflikte in ihrem Schoße bergen, und uns nur an die Aussichten der inneren Politik halten. Da finden wir als gewaltigsten Antrieb zu einer Politik schwerer Konflikte das Agrarierum.

Bleibt die Regierung der gehorsame Kommiss der Agrarier, dann treibt sie ein gefährliches Spiel, dann tut sie alles, den Klassenkämpfen brutale Formen zu verleihen, obgleich ihr doch ihr eigenes Interesse gebieten möchte, gerade jetzt möglichst persönlich aufzutreten.

Es wirkt nicht sehr viel versprechend, daß sie der Fleischnot gegenüber völlig passiv bleibe, die ganze Klasse der Bevölkerung gegen sich erregte im Interesse der Agrarier. Die Forderung der Lebensmittel dürfte aber nicht abnehmen, sie droht zu wachsen infolge der russischen Ereignisse. Der Bauer und der Proletariat Rußlands waren bisher unterernährt, das ist längst zahlenmäßig erwiesen. Jetzt bietet ihnen die Revolution die Möglichkeit, die Lebensmittel zu behalten, die sie selbst produzieren; sie zu behalten, um sie zu konsumieren statt auszuführen. Die Ausfuhr von Lebensmitteln aus Rußland muß sinken, um so mehr, als die jüngste Ernte in vielen Gegenden des Reiches eine totale Misere gewesen ist.

In dieser Situation wird die Durchführung des neuen Protokolltarifs beginnen, und da gibt es noch Durschen, die den Mut haben, Stimmung für einen Zollkrieg mit Amerika zu machen. Während wir immer weniger in der nächsten Zeit auf russische Getreide und Petroleum rechnen dürfen, soll noch dem amerikanischen Getreide und Petroleum die Einfuhr unmöglich gemacht werden! Ein Zollkrieg mit den Vereinigten Staaten wäre unter allen Umständen eine bedenkliche Sache. Seine Kosten hätte vor allem das Proletariat zu bezahlen, seine Gewinne — wenn er zu solchen überhaupt führt — fallen ausschließlich den Protokolltarifern in die Hände. Aber zur Zeit der russischen Revolution an einen Zollkrieg mit Amerika denken, heißt für das Proletariat in einer Zeit der höchsten Erregung eine verzweifelte Situation absichtlich provozieren, ist eine gewissenlose Tollheit.

Während aber die Lebensmittelpreise immer mehr wachsen, bleiben die Löhne auf der alten Stufe. Selbst große Streiks der bestorganisierten Arbeiterschichten vermochten sie in der letzten Zeit nicht zu steigern. In unseren eigenen Reihen wurde viel darüber gestritten, ob solche Streiks, wie der der Bergarbeiter oder der in den elektrischen Industrien Berlins, mit Niederlagen geendet hätten oder nicht. Die Verantwortung der Frage hängt davon ab, auf welche Seite des Kampfes man den Rücken legt. Die Streiks endeten mit einer Niederlage insofern, als sie ihr Ziel nicht erreichten, die Unternehmer zu zwingen, den Arbeitern bessere materielle Bedingungen zu gewähren. Aber sie endeten siegreich insofern, als die gewerkschaftlichen Organisationen aus ihnen nicht geschwächt, sondern gestärkt hervorgingen, nicht entmutigt, sondern kampflustiger als je. So bildeten diese Streiks nur die Einleitung zu neuen größeren Kämpfen, die umso erbitterter sein werden, je gewaltiger die Erfolge unserer russischen Brüder und somit das Strafgefühl der Kampfsenden, und je schärfer der Stachel der Not, je höher die Preise der Lebensmittel, je unzureichender die Löhne, je erfolgreicher die agrarische Politik. Diese muß Del ins Feuer gehen.

Aber neben heftigeren Lohnbewegungen der Industrie haben wir im kommenden Frühjahr auch eine starke Landarbeiterbewegung in Ostpreußen zu erwarten. Der ostpreussische landwirtschaftliche Großbetrieb kann seine Arbeiter nicht festhalten, sie entließen ihn und wenden sich der Industrie zu. Er muß sie erlangen durch Zugzwang vom Osten, namentlich Polen aus russischen und österreichischen Gebieten. Der polnische Landarbeiter wird jedoch im nächsten Frühjahr ein ganz anderer Mensch sein, als er es noch im letzten gewesen. Er hat ein Jahr der Revolution hinter sich, er hat sich gewöhnt, dem Gebarmen zu trotzen, hat den Grundherrschaft vor sich zittern gesehen. Sollte er wieder als Wanderarbeiter die preussische Grenze überschreiten, dann kommt er nicht mehr als Streikbrecher, sondern als revolutionärer Agitator. Aber auch wenn er nicht wieder kommt, wenn er es im kommenden Jahre vorzieht, auf heimische Scholle um ein besseres Dasein zu ringen, auch dann wird der Geist, der ihn besetzt, vor den schwarzweißen Grenzpfählen nicht Halt machen. Unsere Agrarier haben im nächsten Frühjahr mit Deutenot und Lohnbewegungen zu rechnen.

Wie immer werden sie auch diesmal an die brutale Gewalt appellieren, an das Koalitionsunrecht der Landarbeiter, an die Polenfeindschaft der Regierung. Aber was schon in früheren Jahren kaum mehr einschüchternd wirkte, muß heute in der Nachbarschaft der russischen Revolution das Landproletariat direkt aufreizen. Gegenüber dem Brande im Nachbarhause, dessen Flammen lichterloh aufschlagen, ist bei uns nichts feuergefährlicher als die gestikten Strohdächer der Agrarier.

Werden die deutschen Regierungen deren brutalen Instinkten gehorchen und wild ins Feuer hineinschlagen, daß die Funken nach allen Seiten herumfliegen und ein neuer Brand sich umso leichter entzündet? Noch ist die innere Politik Deutschlands in einem Stadium, in dem die Regierung durch rechtzeitiges Entgegenkommen dem anschwelenden Strom ein ruhiges Bett anweisen kann. Eine proletarierfreundlichere Zollpolitik, ein Aufgeben der Polenhege, ein weitgehendes Arbeiterschutzgesetz, das zum gesetzlichen Achtstundentag führt, das Koalitionsrecht für die Landarbeiter, und endlich und nicht zum mindesten das gleiche und geheime Wahlrecht zu den Landtagen, das sind Maßregeln, durch deren Gewährung die Regierungen sehr wohl bewirken könnten, daß die verschärften Klassegegensätze in Deutschland in weniger erregten Formen ausgekämpft werden, als in unseren Nachbarstaaten.

Werden aber die Regierungen die Kraft, den Mut, die Einsicht haben, die Agrarier abzuschnüdeln, um aus eigenem Antrieb eine solche Wera der Reformen einzuleiten? Wer von uns traute wohl dem heutigen preussisch-deutschen Regime eine solche Weisheit zu! Aber das ist Sache der Regierung. Wir haben uns ihren Kopf nicht zu zerbrechen.

Jedoch nicht bloß für sie, auch für uns ist ein großer Moment gekommen. Die Stagnation, die unser Wirken solange hemmte, ist im Weichen, wir gehen einer Epoche gewaltiger Bewegungen entgegen, einer Epoche, in der wir große, einschneidende Reformen durchsetzen können. Namentlich für die eben aufgezählten Forderungen müssen wir mit größerer Macht eintreten wie bisher. Wir müssen den Regierungen Deutschlands zeigen, daß das Proletariat Deutschlands auf dieselben Rechte Anspruch macht, die das Rußlands im Begriffe ist, in blutigem Kampfe zu erringen. Will die Regierung fortfahren, die Politik des Agrarierums zu treiben, dessen Rücksichtslosigkeit nur die gedankenlose Brutalität des Sklavenhalters ist, der sich gewöhnt hat, seine willenlosen Sklaven wie das Vieh zu behandeln, so werden wir ihr die Kraft des revolutionären Idealismus entgegensetzen.

### Die Revolution in Rußland.

#### Ein neues Gemischel.

Ueber ein furchtbares Blutbad, das Kosaken in Rebal unter friedlich Demonstrierenden anrichteten, wird dem „Standard“ gemeldet:

London, 13. November. Einige tausend Bürger von Rebal hatten sich versammelt, um politische Reden über die jetzige Lage in Rußland zu hören. Die Versammlung verlief vollständig ruhig und friedlich. Plötzlich kamen Kosaken herangefahren, um die Teilnehmer auseinanderzujagen. Anstatt aber in die Menge hineinzureiten, gaben die Kosaken sofort mehrere Salven ab, und erst dann ritten sie in die fliehende Menge hinein. Fünfhundert Personen wurden auf der Stelle getötet, darunter viele Frauen.

#### Gegen die Selbstverwaltung Polens.

Petersburg, 12. November. (Telegramm der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ein amtliches Communiqué erinnert an den kaiserlichen Ukas vom 25. Dezember 1904, der die Grundlagen einer stufenweisen Erneuerung des bürgerlichen Lebens der russischen Untertanen feststellt, und besagt weiter: die insoweit ergriffenen Maßnahmen betrafen ebenfalls die Untertanen polnischer Nationalität. Auf Grund dieser Maßnahmen wurden die Ausnahmegesetze abgeschafft, welche die freie Entwicklung dieser Nationalität hemmten, und ihre Rechte mit denen der russischen Bevölkerung gleichgestellt. Aus diesen Maßregeln ergaben sich die Reformen betreffend die Schule, die Sensivität, die Stadt- und die Gerichtsverwaltung, die durch das Reglement des Ministeriums vom 16. Juni festgesetzt waren und durch die Bestimmungen des Ukas vom 30. April bezüglich der religiösen Freiheiten. Ferner wurden ebenfalls auf Polen ausgedehnt: die allgemeinen Maßnahmen für die Berufung einer Duma des Kaiserreiches und die Einführung der Versammlungsfreiheit. Endlich wurden die Polen am 30. Oktober voll als freie Bürger anerkannt und ihnen so die volle Möglichkeit geboten tatsächlich ihre Fähigkeit zu beweisen, um an der großen schöpferischen Arbeit teilzunehmen. In gänzlicher Vergessen früher erteilter empfindlicher Lehren geben die polnischen Politiker, die die nationale Bewegung im Königreich Polen leiten, Bestrebungen kund, die ebenso gefährlich für die Bevölkerung Polens wie unerschämmt gegen das russische Reich und auf eine Trennung von letzterem gerichtet sind. Sie weisen den Gedanken gemeinsamer Arbeit mit dem russischen Volke in der Duma zurück und verlangen in einer Reihe von Beschlüssen und Versammlungen volle Autonomie Polens mit einer besonderen Volksvertretung, indem sie so auf eine Wiedererrichtung des Königreichs Polens hinarbeiten. Unter ihnen stehen sich zwei Parteien gegenüber, die Sozialisten

und die Nationalisten. Beide stimmen aber in demselben Bestreben darin überein, das auch in den Köpfen mehrerer Schriftsteller, Publizisten und Volksredner besteht, die die Bevölkerung mit sich fortzureißen suchen. In verschiedenen Städten der Weichselgegend haben zahlreiche Umzüge stattgefunden mit polnischen Fahnen und unter Abkündigung revolutionärer polnischer Nationallieder. Zu gleicher Zeit beginnt eine willkürliche Verdrängung der Staatsprache, selbst wo ihr Gebrauch durch das Gesetz vorgeschrieben ist. An gewissen Orten plündern Banden von Arbeitern und Bauern die Schulen, die staatlichen Brauereibetriebe, die kommunalen Einrichtungen und vernichten dabei alle Korrespondenz in russischer Sprache.

Die Regierung wird nicht dulden, daß die Integrität des Reiches angetastet werde. Die Projekte und Taten der Aufständischen zwingen die Regierung, auf das bestimmteste zu erklären, daß, so lange neue Aufständungen in den Weichselgebieten nicht hintangehalten werden und so lange der Teil der Bevölkerung, der den politischen Agitatoren folgt, nicht von seiner Verblendung läßt, keine einzige der aus dem Manifesten vom 18. August und vom 30. Oktober dieses Jahres sich ergebenden Wohltaten diesen Gebieten zu teil werden wird. Von der Verwirklichung friedlicher Grundzüge kann in einem Lande, das sich im Aufruhr befindet, selbstverständlich nicht die Rede sein. Zum Zwecke der Wiederherstellung der Ordnung werden sämtliche Weichselgebiete als zurzeit im Kriegszustande befindlich erklärt; so hängt die Zukunft des polnischen Volkes von ihm selbst ab. Die Regierung, die die durch die jüngsten Akte der Gesetzgebung erweiterten nationalen Rechte des polnischen Volkes auch ferner aufrechtzuerhalten gewillt ist, wird abwarten, daß das Volk sich von der politischen Erregung, die sich des Königreiches Polens bemächtigt hat, losmache, und warnt das Volk daher, einen Weg zu betreten, dessen Gefährlichkeit es leider nicht zum erstenmal kennen lernt.

Petersburg, 12. November. (Werbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Dem Grafen Witte sind aus verschiedenen Teilen Polens Erklärungen betreffend volle Autonomie Polens zugegangen. Unter anderem erhebt er am 11. d. M. ein Telegramm aus Kalisch mit der Mitteilung, daß eine zahlreiche Versammlung dort zu dem Schlusse gelangt sei, nur die Einführung einer Konstitution für Polen und volle legislative und administrative Autonomie sowie Autonomie in Schule und Rechtspflege und die Verurteilung eines Landtages nach Warschau auf der Grundlage des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts könne zu einer gesunden Entwicklung des Landes führen. — Ein Telegramm aus Krakow setzt Witte davon in Kenntnis, daß eine Versammlung von Bewohnern der Stadt und Umgegend sich für die Autonomie ausgesprochen und beschlossen habe, die sofortige Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf Grundlage des allgemeinen gleichen Wahlrechts zu fordern.

Der Jarrismus sucht also die nationalistische Bewegung dadurch niederzukämpfen, daß er — dem polnischen Volke einzuweisen die versprochenen Rechte und Freiheiten vorenthält! Diese Politik kann natürlich nur das Gegenteil des Beabsichtigten erreichen.

#### Eine Intervention Deutschlands?

Der Petersburger „Times“-Korrespondent meldet, daß die Fortsetzung des Generalstreiks in Polen sicher die Gewährung einer Autonomie herbeiführen werde. Die russische Regierung sei nämlich trotz der Verhängung des Kriegszustandes zur größten Rücksichtlosigkeit gegen Polen entschlossen, da es Deutschland miktraue und eine Einmischung Deutschlands in polnische Angelegenheiten beabsichtige.

„Standard“ bringt gleichfalls eine Meldung über eine eventuelle beabsichtigte Intervention Deutschlands. Wilhelm II. habe sich schon vor einem halben Jahre mit Oesterreich darüber verständigt, daß Truppen nach Polen zu entsenden seien, falls Rußland dort der Lage nicht mehr gewachsen sei. Oesterreich werde sich ja um der ungarischen Wirren wegen an der Intervention nicht beteiligen können, doch wisse man, daß Wilhelm II. zu einer solchen entschlossen sei. Danach würde es sich also nicht um eine Einmischung wider den Willen des Jarrismus, sondern zugunsten Väterchens handeln.

Wir halten beide Lesarten für gleich irrig. Es erscheint uns ausgeschlossen, daß Wilhelm II., der seine Friedensliebe so oft und so nachdrücklich hervorgehoben hat, auch nur einen Augenblick daran denken könnte, sich in die russischen Wirren einzumischen, deren Ausgang noch völlig unabweisbar ist. Die Folgen einer solchen Intervention könnten in der gegenwärtigen Situation für die deutsche Regierung geradezu verhängnisvoll sein. Die englischen Meldungen beabsichtigen wohl auch nur ein deutsches Dementi.

#### Die Sozialdemokratie und die Judenhege.

Die heutige „Zeit am Montag“ bringt die Nachricht aus Petersburg, daß das neue sozialdemokratische Blatt „Neues Leben“, das unter Gorkis Mitarbeiterschaft erscheint, angeblich zu Judenmeheleien aufgefordert hätte. Die „J. a. M.“ äußert selbst Zweifel in bezug auf die Richtigkeit dieser Nachricht. Selbstverständlich beruht sie auf einem grotesk-lomischen Quiproquo: Das Blatt der Sozialdemokratie hat in seiner ersten, uns vorliegenden Nummer als ein Dokument über die Wahlarbeit des Polizeigenesels, genannt „Schwarze Hunderte“, ein von diesen verbreitetes Flugblatt abgedruckt, worin zu Judenmeheleien aufgefordert wird. Das Blatt hat also damit die Hege der Polizei und ihrer Werkzeuge bloßgelegt und

festgenagelt, was mißzuverstehen für jeden des Lebens kundigen Menschen unmöglich war.

### Für die russische Freiheit.

London, 9. November. (Fig. Ver.) Gestern Abend fand hier in Queens Hall eine öffentliche Versammlung statt, die von der Sozialdemokratischen Föderation einberufen war, um ihre Sympathie mit dem russischen Proletariat auszudrücken. Es wurden treffliche Reden gehalten von den Genossen Quetch, J. F. Green, Gynbman, John Williams, Herbert Burrows und Jack Williams. Green hoffte, daß das Schicksal Nikolaus II. das von Karl I. und Louis XVI. sein werde. Gynbman wies auf die wirtschaftlichen Ursachen hin, die in Rußland zu einer umfassenden Revolution treiben. Quetch meinte, wenn der König von England Kanonenboote zum Schutze des Jaren entlassen sollte, dann würden die englischen Arbeiter mit dem Generalstreik antworten. Die Versammlung schloß mit der Annahme einer Sympathie-Resolution. Eine Geldsammlung ergab die Summe von 350 M.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. November.

### Ein Zentrumsführer Leiter des Kolonialamtes!

Die „Militärpolitische Korrespondenz“ behauptet, daß in gewöhnlich gut unterrichteten Kolonialkreisen mit Bestimmtheit die Umwandlung der Kolonialabteilung in ein Reichsamt darauf zurückgeführt werde, daß der Zentrumsabgeordnete Prinz von Arenberg sich nur unter dieser Voraussetzung zur Annahme des leitenden Postens bereit erklärt habe. Danach wäre also Prinz Arenberg zum Staatssekretär der Kolonien ausersehen! Dieser Abgeordnete, ein Verwandter jenes berühmten Südwestafrikaners, dessen bestialische Handlungen eine der Ursachen des Hereroaufstandes waren, ist Vorsitzender der Abteilung Berlin-Charlottenburg der deutschen Kolonialgesellschaft und langjähriger Fraktionsredner des Zentrums in kolonialen Angelegenheiten. Sollte sich also die Nachricht wirklich bestätigen, so hätte die Regierung den überaus schlauen Schachzug getan, das Zentrum durch die Bezeichnung eines der Seinigen mit dem neu geschaffenen Staatssekretariat nun auch offiziell zur Regierungspartei zu machen. Durch dies Engagement würde das Zentrum natürlich nicht nur veranlagt werden, noch mehr als bisher in kolonialpolitischen Dingen mit der Regierung durch die und dinn zu gehen, sondern auch auf anderen Gebieten würde die Stellungnahme des Zentrums zu der Regierungspolitik bedeutsam beeinflusst werden, so namentlich auch auf dem Gebiete der Marinepolitik. Für sein Entgegenkommen würde das Zentrum freilich auch noch durch andere Geschenke belohnt werden, so z. B. durch die Amerikanisierung der Volksschule.

Natürlich wird das Zentrum wieder entschieden in Abrede stellen, daß es sich in seinen Erwägungen irgendwie durch solche Geschenke beeinflussen lassen werde. Auch wäre es ja sehr möglich, daß das Zentrum nach wie vor in seiner Provinzpresse die oppositionelle Maske beibehalten würde. Auf dem Gebiete der Volkstänkung durch eine demagogische Scheinopposition leistete ja bisher schon das Zentrum das Meisten mögliche. Vor einigen Monaten konnten wir noch feststellen, daß die Zentrumspresse in der Provinz wegen der Südwestafrikapolitik in einem Augenblick die fulminantesten Artikel gegen die Regierung brachte, wo bereits die führenden Zentrumsorgane in Köln und Berlin den Feldzug gegen die Regierung völlig eingestellt hatten. So wird man es wahrscheinlich auch in Zukunft machen. Die Kaplanspresse, die von den Massen der Zentrumswähler gelesen wird, wird in dem ihr eigenen anmutigen Stile mit Kraftphrasen gegen die Regierung arbeiten, während die leitenden fraktionsoffiziösen Organe diplomatisch vorsichtig auftreten und die Fraktion im Reichstage selbst mit der Regierung längst kühnhandelt und kompromittiert.

### Politischer Katzenjammer.

Die „Volkspolit“ des badischen Nationalliberalismus rächt sich bitter an den liberalen Männern. Nicht nur haben sie sich die von ihnen heißbegehrte Gunst des großherzoglichen Hofes verschert, sondern es ist auch gegen verschiedene Offiziere des Verurlaubtenstandes das ehrengerichtliche Verfahren eingeleitet worden, weil sie sich vor den letzten Wahlen für ein Zusammengehen der Liberalen mit der sozialdemokratischen Partei ausgesprochen haben. Allen Anschein nach fordert jedoch die beleidigte Gefinnungstüchtigkeit noch größere Opfer, denn in der letzten Nummer des badischen „Militärvereinsblattes“ erläßt das Präsidium des Militärvereins-Verbandes folgenden Ukas:

Die Verbandsleitung erkennt an, daß der Wahlkampf diesmal mit besonderer Schärfe geführt worden sei und zur leidenschaftlichen Erregung der politischen Leidenschaften geführt habe. Gleichwohl müsse das Eintreten für einen Anhänger der Sozialdemokratie als den Satzungen des Militärvereinsverbandes widersprechend für unzulässig erklärt werden. Von einer Anwendung der vollen Schärfe der Satzungen solle mit Rücksicht auf die leidenschaftliche Erregung der Gemüter Abstand genommen werden; dagegen hält der Verband die Einleitung geeigneter Schritte nach Anhörung des Gauvorsitzenden denjenigen Kameraden gegenüber für notwendig, welche durch öffentliche, von ihnen unterzeichnete Wahlanrufe gegen die Stellung des Präsidiums in bewußten Gegensatz getreten sind und in diesem Sinne auf die Verbandsmitglieder einzuwirken versucht haben.

### Landtagswahl in Hessen.

Aus Hessen wird uns geschrieben:

Am Mittwoch, den 15. November, finden im Großherzogtum Hessen die Landtagswahlen statt. Wieder wird nach dem indirekten Verfahren, dem Wahlmännerhystem, gewählt, denn die Erste Kammer hat bekanntlich zum zweitenmal die Wahlrechtsreform, die das direkte Wahlrecht in sich schloß, zum Scheitern gebracht. Die privilegierten Vertreter der Adels- und Geldklasse hatten als Preis für ihre Zustimmung zur Wahlreform die Erweiterung ihres Budget- und Gesetzgebungsrechtes gefordert. Die „hohen und erlauchten Herren“ halten das Volk nicht für politisch reif. Das direkte Wahlrecht könnte, meinen sie, „unheilvoll für die Gesamtheit werden.“ Darum fordern sie als Korrektiv die Vermehrung ihrer Privilegien. Die Volkskammer hatte diese dreifache Annahme einmütig abgelehnt, womit die Wahlreform fiel. Neben dieser Gesetzesvorlage waren die „Herren“ der Regierung und Volkskammer auch noch die Gemeindesteuer-Vorlage, die eine Reform des Steuerwesens bezweckte, vor die Füße. So wurde die freirechtliche Entwicklung der politischen Verhältnisse durch eine Anzahl privilegierter Großgrundbesitzer und Kapitalmagnaten unterbunden. Das heftige Volk hat es seinen „Herren“ zu danken, daß es wieder nach dem indirekten System wählen muß.

Der heftige Landtag besteht aus 50 Abgeordneten, von denen alle drei Jahre 25 ausscheiden. Die seitherige Zusammensetzung der Kammer war 6 Sozialdemokraten, 10 Nationalliberale, 11 Bauernbündler, 7 Ultramontane, 4 Freisinnige und 3 Fraktionslose. Von den 25 jetzt ausgeschiedenen Abgeordneten sind 2 Sozialdemokraten, 8 Nationalliberale, 8 Bauernbündler, 5 Ultramontane, 1 Freisinniger und 1 Fraktionsloser.

Unsere Genossen, welche die beiden Mandate Großgerau (Vertbold) und Langen (Kramer) zu verteidigen haben, entwickeln eine höchst intensive Agitation. Sie gehen überall selbständig vor, wo ihnen das Ausstellen von Wahlmännern möglich ist. Sie hoffen nicht nur ihren Besitz zu wahren, sondern auch die Wahlkreise Mainz-Land, Darmstadt-Land, Pfungstadt und Gießen-Land, vielleicht auch Seligenstadt neu zu erobern. Fast in allen diesen Kreisen stehen die maßgebenden bürgerlichen Parteien geschlossenen gegen uns. Im Wahlkreise Langen versucht es der fassam bekannte Arzt und Reichstags-Abgeordnete Dr. Becker-Sprendlingen, der bekannte Vater des „Reichsverbandes“, uns den Wahlkreis streitig zu machen. Unsere Genossen sind überall eifrig an der Arbeit und hoffen am Mittwoch einen vollen Erfolg berichten zu können.

### Die Wahlreform in Sicht.

Aus Wien wird uns vom 12. November geschrieben: Endlich hat die Regierung Gautsch ganz bestimmt erklärt: daß sie, und zwar mit Bewilligung der Krone, an der Wahlreform arbeite, den Gesetzentwurf im Abgeordnetenhaus einbringen wird und für seine Gesetzgebung in dieser Wahlperiode sorgen will. Das letztere ist das wichtigste, denn die eigentliche Gefahr für die Wahlreform bestand darin, daß die Regierung, um der parlamentarischen Schwierigkeiten Herr zu werden, das Abgeordnetenhaus plötzlich auflösen werde. So hatte es Herr v. Gautsch in einem früheren Stadium auch angekündigt: für den Fall, daß das Haus die sogenannten Staatsnotwendigkeiten (Budgetprovisorium, Rekrutenkontingent) nicht bewilligen sollte, würde die Auflösung prompt erfolgen. Das ist nun ausgeschlossen: Das Haus wird nicht früher auseinandergehen und nicht früher aufgelöst werden, bevor das neue Wahlgesetz beschlossen ist; da die gegenwärtige Legislaturperiode erst im Dezember 1906 zu Ende geht, so ist für die Wahlreform die Zeit ganz ausreichend. Es ist übrigens nicht zu bezweifeln, daß sich durch die ernsthafte Absicht der Regierung, das Werk der Verfassungsreform zu vollziehen, auch ihre sonstige parlamentarische Situation wesentlich verbessert und daß sie fortan mit den qualitätvollen Schikanen der Reichstagspolitik, die Jahre lang den ganzen Inhalt des österreichischen Parlamentarismus gebildet haben, verschont bleiben wird. Das ist nicht überraschend: eine Aufgabe wie die Wahlreform hebt auch die verstocktesten und verkommensten Parteien empor und zwingt sie in den Dienst der großen Idee. In dem selbstverständlichen Abstände wird sich in Oesterreich das vollziehen, was in so großen Perspektiven in Rußland sichtbar ward: daß die vorwärts treibende Kraft der Arbeiterklasse die bürgerliche Selbstsucht bändigen und alle Parteien zwingen wird, der geschichtlichen Notwendigkeit zu dienen.

Wie die Reform beschaffen sein wird, die die Regierung vorgelegt wird, ist im Detail heute wohl auch ihr unbekannt; sie versichert nur, daß sie auf moderner Grundlage beruhen und den Ansprüchen der Zeit genügen wird. Es steht außer allem Zweifel, daß die Reform die Kurien beseitigen wird; über deren Unmöglichkeit sind die Akten geschlossen. Deshalb auch kann sie nur das allgemeine und gleiche Wahlrecht bringen, wenn es auch an Einflüsterungen nicht fehlt, die Ungleichheit der Wahlberechtigung (die ja jetzt in der allgemeinen Wählerklasse verwickelt ist) zu verringern, die Mäßigkeit der Wahlberechtigung, die jetzt auf einem künstlichen Wege, durch die Kurien, wirkend wird, in das Gesetz einzuführen. Es ist unmöglich, daß dergleichen geschehen könnte. Was die Allgemeinheit betrifft — jetzt ist innerhalb der allgemeinen Wählerklasse die Wahlberechtigung an die Staatsbürgerchaft, das vollendete 24. Lebensjahr und eine halbjährige Sebstätigkeit gebunden — so streitet für sie das Gesetz; sie heute beschränken zu wollen, hieße nicht weniger als das Wahlrecht zu rauben — was man doch nicht in einer Vorlage tun kann, welche sich rühmt, auf moderner Grundlage zu beruhen und den Ansprüchen der Zeit zu genügen. Und was die Gleichheit der Wahlberechtigung betrifft, so fehlt es zwar nicht an Vorschlägen, die heftigste Pluralität nachzuzahlen, aber da diese den eigentlichen Punkt der Schwierigkeiten in Oesterreich — das Verhältnis der Nationen — gar nicht trifft und andererseits ohne Proporz schlechthin undenkbar ist, dieser aber wieder, weil er große Wahlkreise bedingt, unmöglich ist, so haben die (bezeichnenderweise von den deutschen Liberalen ausgehenden) Pläne, das Wahlrecht klassenmäßig zu verfahren, nicht die geringste Aussicht. Immerhin werden die Arbeiter bereit sein müssen, auch für die Verbesserung ihres vollen Rechtes jeden Augenblick den ganzen Kampf aufzunehmen, um die Kraft, welche die Regierung vorwärtsdrückt, mit voller Wucht auch gegen die Parteien zu wenden, die aus dem Schifferoch der Privilegien retten werden wollen, was nur zu retten sein wird. Das eigentliche Problem der österreichischen Wahlreform liegt freilich weniger in dem Massenengpaß, sondern in dem Nationalen; dieses, das Verhältnis der Nationen, läßt sich jedoch weder durch Abschwächungen der Allgemeinheit der Wahlberechtigung noch durch Ungleichheiten in ihrer Stärke lösen: die Nationen stoßen aufeinander erst in der Wahlkreiseinteilung. Hier wird allerdings die Regierung ihre Künste zu erweisen und zwischen den Ansprüchen der Deutschen und Slawen das notwendige und mögliche Kompromiß finden müssen.

Eine Erklärung hat Herr v. Gautsch gestern einer Abordnung von Industriellen gegeben, welche gekommen waren, ihm die Auffassung der Unternehmer über die Obstruktion der Eisenbahnen vorzutragen. Der Anlaß zu der politischen Rede war also etwas gezwungen; die Regierung hat, um nicht als von der Arbeiterchaft Gedrängte zu erscheinen, das Bedürfnis, ihre Pläne in die Öffentlichkeit in besonders harmloser Weise zu bringen — was ihr immerhin gegönnt sein mag, da doch das eigentliche Verhältnis niemand mißverstehen wird. In der Rede verteidigte Herr v. Gautsch auch den Kaiser, dem man so deutlich nachgesagt habe, daß er ganz anders denke und handle als der ungarische König. Der Ministerpräsident bemerkte da wörtlich:

„Die Wahrheit ist, daß sich der erhabene Träger der Krone, vor dem wir uns alle in Ehrfurcht beugen, den Forderungen der Zeit nie verschlossen hat; im Gegenteil, sein ganzes Denken und Trachten war stets darauf gerichtet, das Staatswesen in Einklang zu bringen und zu erhalten mit dem Stande des öffentlichen Geistes und der öffentlichen Entwicklung.“

Man hat zwar die Früchte dieses „Denkens und Trachtens“ noch nicht recht gesehen; dennoch ist schon interessant, daß ein Monarch damit prunkt und ein Minister seinem Kaiser nichts Rühmlicheres nachzulegen weiß, als daß er sich den Forderungen der Zeit nie verschlossen hat und bestrebt war, das Staatswohl in Einklang zu bringen mit der öffentlichen Entwicklung. Es soll Monarchen geben, die auf das Gegenteil dieser Gesinnungen stolz sind und deren Minister ihnen nichts Verdienstlicheres nachzurühmen wissen, als wenn sie das Staatswesen in Widerspruch führen und erhalten mit dem Stande des öffentlichen Geistes.

Für den Tag der Parlaments-Eröffnung rüsten sich Oesterreichs Arbeiter. Im ganzen Reiche regt es sich; denn die große Stunde soll kein kleines Geschick finden! Die Arbeiter in den Wiener Werkstätten der Westbahn landten eine Deputation an ihre Direktion und forderten Freigabe des Parlaments-Eröffnungstages. Die Forderung wurde bewilligt! Die Nordböhmer beabsichtigen, dem Beispiele ihrer Kollegen zu folgen. Die Arbeiter der Siemens-Schubert-Werke in Leopoldsdorf gaben der Direktion bekannt, es werde

am Tage der Parlaments-Eröffnung nicht gearbeitet! Ebenso die Floridsdorfer Arbeiter, die Arbeiter der Uniformierungsanstalt Ved und Schöne, die Väder usw.

Auch in anderen Landesteilen und Städten Oesterreichs wollen die Proletarier den denkwürdigen Tag der großen Wiener Demonstration durch Arbeitsruhe ehren, zum Teil auch Deputationen in die Hauptstadt entsenden. So die Arbeiter von Brunn, Graz, Steiermark usw. So mühtigen Kämpfern werden wohl sogar anständige Genuer ihre Bewunderung und Hochachtung nicht versagen können.

## Deutsches Reich.

### Gauferischer Wahlrechtsraub.

Hamburg, 13. November.

Die wirklichen Absichten des „im geheimen“ arbeitenden Wahlrechtsausschusses sind jetzt auf dem Umwege über Frankfurt a. M. bekannt geworden. Trotz des den Ausschußmitgliedern auferlegten „Schweigegebots“ machte vor einigen Tagen die „Frankfurter Zeitung“ Mitteilungen aus dem Ausschuh, die von Leuten, die es wissen müssen, als zutreffend bezeichnet werden, doch handelt es sich noch um kein Definitivum, da ein entscheidender Beschluß noch nicht gefaßt ist. Danach will man, außer Beibehaltung der Privilegiertenwahlen, an die Stelle der vom Senat vorgeschlagenen drei Wählerklassen (je 24 Sitze bei einem Einkommen bis 3000 M. bzw. 3000 bis 6000 M. und über 6000 M.) nur zwei treten lassen bei einer Scheidungsgrenze von 2500 M. Die erste Klasse soll 48, die zweite Klasse nur 24 Abgeordneten wählen. Die verbleibenden acht Sitze aus allgemeinen Wahlen entfallen auf das Landgebiet. Das Proportionalwahlssystem soll für alle Wahlarten akzeptiert werden sein. Den Privilegierten und „erstklassigen“ Wählern sollen demnach 136 und der „Armenklasse“ 24 Sitze konzediert werden. Auf Grund der Verhältniswahl würde, wenn dieses Konstrum sanktioniert werden sollte, die Arbeiterchaft, die Sozialdemokratie, sich mit reaktionären Elementen aller Art in die 24 Sitze zu teilen haben, das ist die „ihrer Bedeutung im Hamburger Staatswesen entsprechende Vertretung“, die der Arbeiterchaft versprochen wurde. Dieser Vorschlag ist noch brutaler als der am vorigen Donnerstag von uns mitgeteilte, inzwischen demontierte. Und doch wollen alle Wahlrechtsverschwörer „liberal“ bis auf die Knochen sein. Die „freie“ Republik Hamburg, an deren Rathaus die stolzen Worte prangen, man müsse sich die Freiheit erhalten, die unsere Väter erwarben, macht reizende „Fortritte“ in der Richtung zum russischen Autokratismus.

Zusammentritt des Dreiklassen-Parlamentes. Die Nordd. Allg. Ztg. meldet: Die Einberufung des preussischen Landtages ist festerem Vernehmen nach für den 5. Dezember in Aussicht genommen.

### Die Fleischnot im sächsischen Landtage.

Welches Maß von Intelligenz die agrar-konservative Politik der herrschenden Kreise in Sachsen präsentiert, das hat die am 9. d. M. im sächsischen Landtage behandelte Interpellation unseres Genossen Goldstein über die Fleischnot wieder einmal glänzend dargetan. Vom Minister bis zum simpelsten Agrarier war man einig, daß nichts getan werden dürfe, um unserer Industriebevölkerung, die 86 Proz. gegenüber 14 Proz. der landwirtschaftlichen beträgt, die Fleischsteuerung weniger empfindlich zu machen. Da die sächsische Landwirtschaft nur den geringsten Teil der in Sachsen benötigten Lebensmittel liefern kann und daher eine immer größere Zufuhr von Nahrungsmitteln erforderlich wird, so gibt die Politik der Regierung tatsächlich das Land der agrarischen Ausbeutung durch andere Staaten preis.

Der Minister v. Meyß wiederholte auf die harten Anklagen Goldsteins, daß die Regierung die Agrarier auf Kosten der arbeitenden Klassen begünstige und nichts zur Milderung der Fleischsteuerung tue, nur lediglich die von den Tausenden hundertfach widerlegten abgestandenen Redensarten des Fleischsteuerungsministers v. Pöbblers. Am Schluß seiner Beantwortung der Interpellation vertrat er offen den Standpunkt, daß er keine Maßnahmen treffen werde, die der heimischen Viehproduktion Gefahren bieten und den Viehbestand vermindern werde. Diese Neuerung ist nicht etwa auf sanitäre Rücksichten zurückzuführen, sondern sie bedeutet Klipp und Klar, die Regierung gebe sich so zu handeln, daß die heimischen Viehzüchter einträgliche Gewinne erzielen. Eine derartige Begünstigung der Agrarier muß umso mehr auffallen, als Sachsen eben ein Industriestaat fortgeschrittenen Grades ist. Eine solche, der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes entgegengefegte Politik erklärt sich teilweise durch die Tatsache, daß die Macher dieser Politik, die Meyß, Mehnert, Pöpig usw. Besitzer von Rittergütern etc. sind und die Welt durch eine agrarisch gefärbte Brille sehen. Natürlich ist das Land dieser einseitigen und beschränkten Politik höchst überdrüssig und gerät in immer schärfere Opposition, gegen die sich aber der agrarische Klängel durch die preussische Wiedelsaube geschützt glaubt und deshalb die Dinge provokatorisch auf die Spitze treibt.

Wie beschränkt die Agrarier sind, das wurde bei der Fleischnotbesprechung durch einen Ausspruch des Oberagrariers Andra drastisch illustriert. Der durch geistiges Uebergewicht nicht beschwerte Abgeordnete empfahl allen Erntes die Einschränkung des Fleischkonsums und die vegetarische Lebensweise als Hilfsmittel gegen die Fleischsteuerung. Dieses Unverständnis konnte wirklich kaum treffender abgefaßt werden, als durch die Satire Goldsteins, der den frömmelnden Konservativen ins Angesicht schleuderte, daß sie, die dreimal täglich warm speisen, von der Fleischnot natürlich nichts verspüren, und darum auch leicht die Arbeiter auf den Himmel und den Vegetarismus verweisen könnten, damit diese, mit Nüssen im Leibe, leichter in die himmlischen Gefilde eingingen.

Auch die beiden freisinnigen Abgeordneten hatten eine ähnliche Interpellation eingebracht und hatten in die Kerbe Goldsteins, der die Entgegnungen des Ministers dahin charakterisierte, daß von dieser Seite nichts für das Volk zu erwarten sei, und die Interpellation, wenn sie dies vor dem Lande feststelle, ihren Zweck erfüllt habe. Diese erste Attacke unseres Genossen im Dreiklassen-Landtag ist gelungen und von agitatorischem Werte.

### Volksschulunterhaltungsgesetz.

Den Nationalliberalen scheint allmählich zum Bewußtsein zu kommen, daß das Volksschulunterhaltungsgesetz zum Handelsobjekt für den Schacher zwischen Regierung und Zentrum bestimmt ist und ihre Presse hat sich deshalb in den letzten Tagen bitter darüber beschwert, daß man seit dem Schluß des Landtages mit den nationalliberalen Wortführern nicht mehr über die Angelegenheit verhandelt habe. Darauf erfolgt jetzt in der „Nordd. Allgem. Ztg.“ folgende Beschwichtigung:

In der Presse ist eine Beschwörung darüber laut geworden, daß mit den Führern der nationalliberalen Partei seit dem Schluß des Landtages über das Volksschulunterhaltungsgesetz nicht mehr verhandelt sei. Diese Nachricht ist richtig, sie bedarf aber einer Ergänzung dahin, daß seit dem genannten Termin auch mit den

Führen aller anderen Parteien über das Gesetz nicht mehr verhandelt worden ist.

Es mag schon sein, daß die Regierung offiziell auch mit Führern anderer Parteien nicht verhandelt hat, aber vielleicht privatim. Zudem kennt sie auch, ohne die liberalen Spähndchen zu fragen, deren Herzenswünsche.

### Wieder ein militärisches Schreckensurteil.

Zwölf Jahre und acht Monate Zuchthaus, zehn Jahre Gefängnis, das war die furchtbare Bilanz einer Verhandlung, die am Freitag vor dem Kriegsgericht der 1. Marine-Inspektion in Kiel gegen vier Marineangehörige stattfand. In den ungeheuren hohen Strafen erkennt der alarmierte Leser ohne weiteres, daß es sich wieder um das militärische Kapitalverbrechen par excellence, den „militärischen Aufruhr“ gehandelt haben muß. So lautet in der Tat die Anklage gegen die vier unglücklichen Menschen, und zwar wegen Straftaten, die außerhalb des militärischen Milieus selbst von dem unerträglichsten Strafrichter mit eben so viel Wochen Gefängnis wohl für hinreichend gefühnt erachtet worden wären, wie die Militärjustiz auf Jahre Zuchthaus erkannte. Der Sachverhalt war folgender:

Am Abend des 10. September saßen in einer Wirtschaft in Gaarden die Geizer Ehme und Wunnenberg, der Oberbeizer Loest und der an demselben Nachmittag zum Maschinenmaat beförderte Oberbeizer Pelikan und feierten durch reichlichen Alkoholgenuss das Anwesenheit des Pelikan. In einem Nebenamt unterhielt sich der Einjährig-Freiwillige im 1. Seebataillon Watrin mit der Witwens- tochter. Die Vier müssen aus irgend einem Grunde auf Watrin aufgebracht gewesen sein, sie ließen allerlei angründliche Redensarten fallen, und als Watrin einmal austrat, folgten sie ihm. In der Bedürfnisanstalt fiel nun Loest über den Einjährigen her, warf ihn zu Boden und mißhandelte ihn mit Weibhülfe von Thuse so schwer, daß er vorübergehend das Bewußtsein verlor. Inzwischen hatte der Bier in der Gaststube die dort anwesenden Maschinenmaaten Windgahen, Halstein und Espay auf den Vorfall aufmerksam gemacht. Die Maate eilten hinaus und befreiten den Einjährigen aus der Gewalt seiner Angreifer. Schon hierüber war es zu einigen Wortwechseln, der sich auch später in der Gaststube noch fortsetzte, gelommen, den Maaten war es jedoch schließlich gelungen, die betrunkenen Geizer und ihre Freunde zu beruhigen. Nach Feierabend verließen beide Parteien das Lokal. Auf der Straße folgten die Angeklagten den Maaten, die inzwischen Verstärkung durch den Maschinenmaat Möller erhalten hatten. Plötzlich rief Ehme seinen Kameraden voraus und packte den Maaten Windgahen von hinten um den Leib. Diefem gelang es, seinen Angreifer abzuschnüßeln, und Ehme lief wieder zu seinen Kameraden zurück. Maschinenmaat Möller führte nun Ehme nach und entriß ihm seine Wäsche, um den Namen festzustellen. Ehme setzte sich zur Wehre und er, wie der Angeklagte Loest, schlugen auf den Maaten ein. Auch der Maat Halstein, der seinen Kameraden zu Hilfe eilte, wurde von den Weiden mit Schlägen und Fußtritten rogalisiert. Er will noch erkannt haben, wie Pelikan und ein Vierter über ihn herfielen, als er zu Boden gerissen wurde und das Bewußtsein verlor. Seine Kameraden hoben ihn auf und entfernten sich mit ihm nach der Werk.

So stellte sich der Vorgang nach der Schilderung der Maate dar. Die Angeklagten Pelikan und Wunnenberg bestritten energisch, an der Schlägerei beteiligt gewesen zu sein. Ehme gab zu, geschlagen zu haben, aber erst, nachdem Windgahen, den er nicht für einen Vorgesetzten gehalten, ihn angegriffen habe. Auch Loest stellte seine Beteiligung nicht in Abrede; er sei bei dem Versuch, Ehmes Wäsche zurückzuerstern, tätig geworden.

Der Vertreter der Anklage beantragte wegen der Mißhandlung des Einjährigen gegen Ehme und Loest zwei bezw. neun Monate Gefängnis, gegen Ehme, Loest und Wunnenberg wegen militärischen Aufruhrs je 6½ bzw. 5½ Jahre Zuchthaus und gegen Pelikan wegen Weibhülfe 2½ Jahre Gefängnis. Das Urteil lautete gegen Ehme und Loest als Rädelsführer auf 6 Jahre, 5 Monate bezw. 6 Jahre, 3 Monate Zuchthaus gegen Wunnenberg und Pelikan auf je 5 Jahre Gefängnis; bei allen Vierern wurde auf Entfernung aus der Marine erkannt.

Wir haben den Vorfall nach der Beweisaufnahme ausführlich geschildert und besonders alle von den Zeugen, die doch auch Partei in der Sache waren, vorgebrachten belastenden Momente hervorgehoben, weil selbst bei der für die Angeklagten ungünstigsten Darstellung die Härte des Urteils in die Augen springt. Es fällt uns nicht ein, den großen Erzeh der Angeklagten zu beschönigen. Ihre schwere Ausschreitung, die Mißhandlung des Einjährigen, beurteilen auch wir rückhaltlos, aber gerade darin dokumentiert sich die Kluft zwischen zivilem und militärischem Rechtsempfinden am schärfsten, daß diese feige Tat in dem exorbitanten Strafmaß gar nicht getroffen werden sollte und in der Verhandlung bloß als Epiphänomen behandelt wurde. Was dann, nach der Mißhandlung des Einjährigen noch vorfiel, und weswegen allein die entsetzlichen Strafen ausgesprochen wurden, ist eine Schlägerei ganz gewöhnlicher Sorte, wie sie unter Watrosen an der Tagesordnung sind. Auch vom Standpunkt der militärischen Disziplin war der Vorfall noch nicht einmal so tragisch aufzufassen, denn von den Verurteilten fanden zwei den Angegriffenen im Range gleich und die Kassenunterschiede zwischen den unteren Chargen der Marineangehörigen sind bei weitem nicht so scharf im Bewußtsein der Beteiligten ausgeprägt, wie beim Landweh. Die Angeklagten sahen, wie sie glaubhaft aussagen, ihr Konfront mit den Maaten als kameradschaftliche Kumpellei auf, und in der Tat ist bei dem ganzen Hin und Her auch von sämtlichen Beteiligten keine andere Waffe als Härte und Hitze gebraucht worden. Vom Standpunkt des zivilen Strafrechts stellt sich die Ausschreitung also noch nicht einmal als gefährliche Körperverletzung dar. Und wegen solcher Vapallie wird vier jungen Menschen die Existenz vernichtet! Wahrlich, die Militärjustiz ist der vernichtendste Ankläger des Militarismus.

**Agrarierföhn.** Das preußische Eisenbahnministerium hat die Beförderung dänischer Milch in Tankwagen, die seit über zwei Monaten unbeanstandet vor sich gegangen ist, auf das Drängen agrarischer Interessentenkreise verboten. Diese Maßnahme trifft die deutsche Bevölkerung in diesem Augenblicke um so schwerer, als zurzeit infolge der bestehenden Fleischnot bekanntlich ein großer Mangel an Milch zu verzeichnen ist — die natürliche Folge der Heranzüchtung von Milchvieh zu Schlachtvieh und der Verwendung der Milch zur Aufzucht von Schweinen.

**Das Messerblatt über das allgemeine Stimmrecht in Oesterreich!** In der Sonntagnummer des „Tageblatt“ macht Herr Chefredakteur Arthur Levhohn folgendes Geständnis in seinem politischen Wochenbericht:

„Schon hat das Ministerium Gautsch in Wien seine grundsätzliche Bereitwilligkeit erklärt, in eine Reform des bestehenden Wahlrechts auf Basis der Einführung des allgemeinen Stimmrechts zu willigen. Es beginnt damit ein sehr verwegenes Spiel, fast ebenso verwegenes wie das Beginnen der republikanischen Parteien in Frankreich, die bei einem Haat das Ministerium Rouvier gekürzt hätten, weil sie in doktrinärem Unverständnis für die staatlichen Postbeamten die Verweigerung des uneingeschränkten Koalitionsrechtes beanpruchten.“

Was in Oesterreich als „verwegenes Spiel“ angesehen wird, ist es nach Arthur Levhohn wahrheitsgemäß auch in Preußen. Es ist nichts Neues, aber das Urteil des Chefredakteurs des „Berliner Tageblatt“ verdient angezogen zu werden!

**Rachmels Hängepeters.** Die „Grenzboten“ behaupten, daß nicht nur die Möglichkeit, sondern sogar die Absicht in Regierungskreisen vorliege, Hängepeters wieder in irgend einer Form den deutschen kolonialen Interessen dienstbar zu machen. Nach seiner Vergangenheit könnte ihm freilich eine hohe Beamtenstellung nicht gegeben werden. Trotzdem würde wahrscheinlich eine Form ge-

funden werden, in der er für Deutschlands Kolonialpolitik nutzbringend zu verwerten sei. Diese Mitteilung wird von der „Deutschen Tageszeitung“ bestätigt.

Die Regierung scheint also jetzt mehr „Mut“ zu besitzen, als wir für möglich gehalten hatten! —

## Husland.

### Oesterreich-Ungarn.

#### Das erste Opfer des Wahlrechtskampfes.

Am Mittwoch begruben die Prager Arbeiter den 16-jährigen Glaserlehrling Hubac, den die Prager Polizei bei der Wahlrechtsdemonstration erschoss. Ein königliches Begräbnis wurde dem Jüngling bereitet. 60000 Menschen — Sozialdemokraten, Kleinbürger, Studenten — hatten sich eingefunden, ihm die letzte Ehre zu erweisen. Von 12 Uhr an ruhte die Arbeit in den meisten Fabriken und Werkstätten sowie auch in vielen Kontoren der Stadt. Mit roten Ketten gekleidet, marschierten die Arbeiter zum Friedhof. Die Kranzschleifen, die Fahnenbänder, die Grabreden wiederholten immer wieder und wieder das Thema: „Dem ersten Opfer des Wahlrechtskampfes.“ Dem ersten! Denn Oesterreichs Proletariat weiß, daß es nicht das letzte Opfer sein wird. Die Bahn ist mit Blut bedingt, die zu so hehrern Zielen führen soll.

## Frankreich.

### Blaspolitik — Bluffpolitik.

Paris, 10. November. (Eig. Ber.) In der heutigen, so „sensationalen“ Sitzung hat die Kammer des bürgerlichen Parlamentarismus einen wahrhaft klassischen Stil erreicht. Der Unterschied, der hier besteht zwischen dem, „was einer ist“ und dem, „was einer vorstellt“, präsentierte sich in einem Rollenwandel, dessen Konfusion durch dramatisch wirkende anekdotische Zufälle noch gesteigert wurde. Wenn man die Bedeutung der neuesten Wendung der parlamentarischen Situation erfassen will, muß man von der hysterischen Szene absehen, die mit der symbolischen Rückkehr Verteaux auf seinem Deputiertenplatz ausging. Vor allem aber hätte man sich, den Reden und Resolutionen den Sinn zu leihen, den ihr Wortlaut anzugeben scheint. Das sind Spielmaachen, die die wahren Werte, um welche die Partei geht, nur vertreten.

Aber wie? Hat sich Herr Rouvier nicht klar und deutlich ein Gutheißendes der antikerischen Politik ausbedungen, wie gestern im Senat so heute in der Kammer? Hat er nicht erklärt, er nehme die Unterstützung aller Republikaner an? Welcher Unterschied ist denn zwischen Rouvier und Combes, der gleichfalls um des Trennungsgesetzes willen an die Republikaner aller Richtungen appellierte?

Nun, ein Unterschied ist doch da. Für den engstirnigen Doktrinär Combes war die Trennungspolitik ein Mittel, die Rechte zu überwältigen, dem pfiffigen Rouvier dient sie dazu, die Linke ohnmächtig zu machen. Herr Rouvier regiert der reaktionären Bourgeoisie zur Freude, sein Minister des Innern dirigiert die Verwaltung im Sinne des Ausbeuterns, der Handelsminister und der Unterrichtsminister verfolgen die Gewerkschaften. Die äußerste Linke wird böse; wenn das so fortginge, hieße das, alle noch auf die Pfeilwirkungen der reinen Demokratie Vertrauensden ins sozialistische Lager treiben. Gestern hat der Exekutivausschuss der vereinigten Radikalen und Radikalsocialisten den Parteimitgliedern, die im Ministerium sitzen, ein unverhülltes Mißtrauensvotum erteilt — vor den Wahlen will man nicht kompromittiert sein! Aber Rouvier, der ehrliche Republikaner, ruft: „Seht doch, welche radikaler Demokrat ich bin! Wer für die Trennung von Kirche und Staat — her zu mir!“ Wer sollte da widerstehen? Die Reaktionen freuen sich königlich über den Schwindel. Für sie die Toten, für die Linke die Worte. Dieser Ministerpräsident echauffiert sich für das republikanische Programm ganz außerordentlich. Noch nie sind offene Lügen mit solcher Wucht eingerannt worden. Im Senat sagte ein dummer Merikaler, das Konfordat könne nicht einseitig geändert werden. „Vertrauensvotum!“ ruft Herr Rouvier mit edlem Pathos. „Rechts oder links?“ fragen die beunruhigten Kammerradikalen, „radikal oder reaktionär?“ — und der Ministerpräsident antwortet wieder: Vertrauensvotum für meinen Antikerisismus! Damit aber das Possenspiel vollkommen werde, sind die Betrogenen — beträgende Betrogenen. Die Radikalen haben heute sichtlich Rouvier die Gelegenheit für seine Redensarten bieten wollen. Sie finden sich in einer zweideutigen Situation am besten zurecht und nehmen Rouviers Parole auf: Für die Ausbeuter die Tat oder zumindest die Untätigkeit, für das arbeitende Volk die Worte! Die Sozialisten haben die Farce verhindern wollen, indem sie mit der Rechten die von Rouvier gewünschte Debatte über die allgemeine Politik ausschalteten. Die Vorgänge in der Sitzung gaben dann doch die Gelegenheit, das unehrliche Spiel aufzuführen.

Was ist das Ergebnis der heutigen Sitzung? Daß ein Teil der Radikalen wirklich bereit ist, sich mit Rouviers „erweiterter Majorität“, d. h. mit der von den Progressisten beherrschten Politik abzufinden. Verteaux' Abgang wird keine weiteren Schwierigkeiten im Gefolge haben. Die Herren Dubief, Vienvenu Martin, Clementel, Mauu und Thomson bleiben — natürlich nur der Trennung von Staat und Kirche zuliebe, und wenn der als Minister des Innern gar zu ungeliebte Etienne ins Kriegsministerium hussiert worden und einen Radikalen als Nachfolger bekommen sollte, wird Rouvier die bürgerliche Linke — von ein paar Brummbarren wie Pelletan abgesehen — verhöhnt haben. Unzufrieden werden von den Bourgeoisparteiern nur ein paar Merikale und die monarchistischen Landjunker sein, die in einer längeren Ministerkrise die letzte Möglichkeit für eine Hintanhaltung des Trennungsgesetzes sahen. Rouvier aber wird, von der mehr oder minder republikanischen Bourgeoisie unangefochten, die Wahlen vorbereiten können, für die das Schlagwort schon gefunden ist. Sie werden im Zeichen des „Patriotismus“ vollzogen werden, als Kampf gegen das revolutionäre sozialistische Proletariat. Noch sind wohl nicht alle Gefahren für das Ministerium beseitigt. So wird die Interpellation der Sozialisten über die Drangsalierung der Arbeiterbörjen die Radikalen wieder in einige Verlegenheit bringen, aber Rouvier hat ja ein Mittel gefunden, um sich aus solchen Klennnen zu befreien. Sein staatsmännisches Genie besteht darin, daß er sich ebensowohl dämmzumachen wie aufzublähen versteht.

Am Sonntag hat sich das Kabinett endgültig konstituiert. Etienne wird Kriegsminister, Handelsminister Dubief übernimmt das Ministerium des Innern, und der frühere Minister, jetzige Abgeordnete Trouillot geht ins Handelsministerium. Die übrigen Minister verbleiben auf ihren Posten. — Die Konserbativen und die „gemäßigten“ Republikaner sind auf Rouvier schlecht zu sprechen, weil er den Ultraradikalen zu große Zugeständnisse gemacht haben soll. Nach der Ansicht jener hätte man die Gelegenheit ergreifen müssen, das Joch der Radikalen und der Sozialisten abzuschütteln — wie sie sich ausdrücken.

Dem neuen Kriegsminister hat der General Brugdre eine unangenehm schmeckende Suppe eingebröckelt. Als ihm am Freitag General Percin begegnete und ihn grüßte, erwiderte Brugdre den Gruß nicht. Angeblich soll Percin zurzeit bei den Freimaurern Auskünfte über Offiziere eingeholt haben. Zur Strafe dafür habe ihn Brugdre jetzt — ein wenig spät — mit Absicht beleidigt. Bei der Schlichtung dieser höchst unangenehmen Angelegenheit wird Etienne jedenfalls Gelegenheit erhalten, seinen Takt und sein „Genie“ zu beweisen.

## Spanien.

### Gemeindevahlen.

Madrid, 13. November. (W. T. N.) Die gestrigen Gemeinderats-

wahlen sind hier ruhig verlaufen; gewählt wurden 21 Ministerielle, 5 Republikaner und 2 Sozialisten. Aus vielen Städten der Provinz wird lebhaftere Erregung gemeldet, so namentlich aus der Provinz Logrono und aus Barcelona, wo es zu blutigen Zusammenstößen kam. In Ferrol, Santander, Valladolid und Jerez de la Frontera haben die Republikaner gesiegt.

## England.

### Landsdownes Rede.

Im Anschluß an die Rede des englischen Premierministers Balfour, aus der wir am Sonnabend ein paar Sätze zitierten, führt die „Tägl. N.“ eine interessante Parallele an. Ein paar Tage vor Balfour hatte nämlich auch Lord Lansdowne sich über Weltpolitik geäußert und dabei, wie sich nachträglich durch Bekanntgabe des Stenogramms herausstellte, aus einem anderen Loch gesprochen als Balfour.

#### Lansdowne sagte:

„Wir sind von Zeit zu Zeit darin (im Friedenhalten) durch die Totfische behindert worden, daß wir in vielen Teilen der Welt uns mit unfruchtbarer Konkurrenz, mit Eifersüchtelei gegenüberstehen, die niemand etwas nützen als vielleicht einem listigen Potentaten, der daraus seinen Vorteil zu ziehen wußte.“ (Aushaltendes Gelächter.)

#### Balfour sagte:

„Ich bin so sanguinisch, zu denken, daß wir in Zukunft keinen Krieg sehen, sofern wir uns nicht denken können, daß eine Nation oder ein Herrscher erfindet, die unfähig wären, einen Plan nationaler Vergrößerung anders als durch Niederretten der Rechte der Nachbarn auszuführen.“

Wie hätten von Lansdownes Rede sofort Notiz genommen, wenn in der hierher gelangten Uebersetzung dieser Passus zu finden gewesen wäre. Nun stellt sich aber heraus, daß Wolffs Telegraphen-Bureau zwar Balfours sanfte Melodie vollinhaltlich wiedergab, aber Lansdownes Rede ihrer besten „Nofine“ berauben zu lassen glaubte hat.

Ob die Dementier-Maschine nun in Tätigkeit gesetzt werden wird — ?

## Norwegen.

### Das Stedenpferdchen.

Wie ein Wolffsches Telegramm aus Kristiania (5 Uhr nachm.) meldet, ist bis jetzt das Ergebnis der Volksabstimmung aus 124 Wahlkreisen bekannt. Danach sind 52800 Stimmen mit „Ja“ und 11323 Stimmen mit „Nein“ abgegeben worden.

Die Majorität der — abstimmen den Norweger also scheint doch ihren König, ihr Hofknecht, ihr Stedenpferdchen haben zu wollen. Nach den vorausgegangenen Ereignissen weiß der gekrönte Prinz aber wenigstens, daß er in kein — unfländbares Wohnverhältnis tritt.

## Soziales.

**Förderung der Arbeiterausschüsse bei der Eisenbahn.** Zur Förderung der Arbeiterausschüsse bei der Eisenbahnverwaltung hat der Minister der öffentlichen Arbeiten jetzt bestimmt, daß die Arbeiter und Handwerker der Betriebswerkstätten und Gasanstalten mit den Betriebsarbeitern der Maschineninspektionen in denselben Ausschuss zu berechnen sind. Die Neubildung der Ausschüsse soll bald veranlaßt werden, wenn dadurch die Möglichkeit gegeben ist, den bisher seinem Arbeiterausschuss angehörigen Arbeitern die Vertretung in einem solchen zu verschaffen. Verschieden jezt an demselben Orte besondere Ausschüsse für die verschiedenen Gruppen der Arbeiter der Maschineninspektion, so soll die Vereinigung bei der nächsten Neuwahl vorgenommen werden. Bis dahin dürfen auch andere Abweichungen von den neuen Bestimmungen bestehen bleiben, wenn es nicht zweckmäßig erscheint, im Interesse der bisher nicht vertretenen Arbeiter der Maschineninspektionen an einzelnen Orten als bald die neuen Ausschüsse einzurichten. Die Auflösung der Ausschüsse für die Arbeiter und Handwerker der Betriebswerkstätten und Gasanstalten ist nur dann statthaft, wenn die Vertretung der Arbeiter durch einen anderen Ausschuss möglich ist. Sofern hiernach Ältere, für Betriebswerkstätten und Gasanstalten eingerichtete Ausschüsse bestehen bleiben müssen, ist ihnen auch die Vertretung der übrigen am gleichen Orte befindlichen Betriebsarbeiter der Maschineninspektion zu übertragen, gleichviel ob die Gesamtzahl der in dem Ausschuss vereinigten Arbeiter die sonst vorgeschriebene Mindestzahl von 100 Mitgliedern erreicht oder nicht. — Diese offiziös verbreitete Mitteilung läßt leider nicht erkennen, wie die Wahl der Arbeiterausschüsse geregelt ist, insbesondere ob die Wahlen auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts vorgenommen werden sollen.

**Zum Gesinde-Kontrakt.** Im Mai 1904 mietete der Rittergutsbesitzer Steffen aus Branitz (bei Sandow, Kreis Rottbus) die 17-jährige Teppicharbeiterin Luise Schmidchen als Gesinde. Eine Genehmigung zum Eintritt in den Dienst hatte der Vater der Schmidchen dieser nicht erteilt. Er will dem Rittergutsbesitzer sogar ausdrücklich erklärt haben, daß er mit dem Dienstvertritte nicht einverstanden sei. Ein Gesindebuch hatte die Schmidchen nicht, ein Dienstbuch, das ihr vor ihrer Beschäftigung als Teppicharbeiterin ausgestellt war, besah sie nicht mehr. Wenn Rittergutsbesitzer Steffen blieb Luise Schmidchen bis Mitte September 1905, darauf erbat der Vater Verurlaubung des Mädchens wegen schwerer Erkrankung ihrer Mutter. Der Urlaub wurde bewilligt. Am 19. September trat Luise Schmidchen wieder in den Steffen'schen Dienst. Als sie am 10. Oktober ihren Lohn verlangte, behielt der Rittergutsbesitzer 20 M. Lohn (außer den bereits im ersten Vierteljahre für unvorbeschriebene Hälle einbehaltenen 10 M.) ein, weil er während des Urlaubs neuerere Ausschulungskräfte habe bezahlen müssen. Nunmehr verließ die Luise Sch. auf Verlangen ihres Vaters den Dienst. Darauf erhielt sie Postgefahr, und zwar erstens, weil sie ohne Gesindebuch in den Dienst getreten, zweitens weil sie rechtswidrig den Dienst verlassen habe. Für Fall 1) wurden 1 M., für den Fall 2) 20 M. der jungen Sch. zuditiert. Ueberdies wurden dem jungen Mädchen 20 M. eventuell 4 Tage Arrest angedroht, falls sie nicht binnen zwei Tagen dem Befehl des Vaters zuwider in den Dienst zurückkehre. Sie wurde, während der Vater gegen diese Androhung Beschwerde bei dem Landrat erhoben hatte, auch auf vier Tage eingelockt. So weit der uns zugegangene Bericht. Der Vater der Luise Sch. hatte sich im Vertrauen auf die Verwaltungsbehörden an diese gewendet. Da er bei diesen die erhoffte Hilfe nicht gefunden, hat er sich nunmehr an einen Genossen gemeldet. Es ist uns nicht möglich, zu ersehen, ob das dem Mädchen zugesagte Unrecht noch zu redressieren ist. Trifft es zu, daß der Vater die Zustimmung zum Eintritt in den Gesindeverdienst verweigert hat, so ist der Gesindevertrag ungültig, selbst wenn er hernach durch „konkludente Handlungen“ rechtsirrtümlich genehmigt ist. In jedem Fall ist die Bestrafung wegen Nichtbesitz des Gesindebuchs ungeredtfertigt, da schlimmenfalls die dreimonatliche Verjährungsfrist eingetreten war, ferner ein Strafbefehl gegen ein noch nicht achtzehnjähriges Kind nicht ergehen darf, weil der Festsetzung einer Strafe die Feststellung erforderlich wäre, daß das Kind die zur Strafbarkeit erforderliche Einsicht besessen hat, und weil endlich die Justizung des Strafbefehls nicht ordnungsmäßig erfolgt ist. Verhältniß scheint es mit den weiteren Strafverfügungen zu liegen. Der Vater wird nunmehr die erforderlichen Schritte schleunigst in die Wege leiten. Der Vorfall sollte aber Eltern zur ersten Warnung dienen, ihren Kindern zu gestatten Gesindeverdienst anzunehmen ohne sich das ausdrückliche jederzeitige Kündigungsrecht vorzubehalten. Auf den weiteren Verlauf der Sache kommen wir zurück.

# Gewerkschaftliches.

## Was die Solidarität der Arbeiter zu leisten vermag!

Bei den im Sommer d. J. erfolgten Aussperrungen in München sind bekanntlich die Scharmacher in der Metallindustrie und die Mörtelbarone im Baugewerbe bei der Verlegung des den Arbeitern zugewiesenen berechtigten Schanderebes von der Ansicht ausgegangen, daß die Streiklassen der Gewerkschaften sicher zum Weichbluten gebracht werden, wenn sie den Gewerkschaften Tausende von Mitgliedern auf den Nacken werfen. Die Herrschaften mußten sich später überzeugen, daß sie sich in ihrer Kalkulation ganz gewaltig verrechnet haben. Daß die Solidarität der Arbeiter kein leerer Wahn mehr ist, mögen folgende Summen beweisen, die die einzelnen Gewerkschaften zur Unterstützung ihrer ausgesperrten Mitglieder in München allein aufzubringen hatten:

Deutscher Metallarbeiter-Verband	281 797,45 M.
Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter-Verband	50 103,05
Deutscher Holzarbeiter-Verband	10 965,41
Verband deutscher Schmiede	26 188,78
Zentralverband der Maurer Deutschlands	108 342,05
Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschl.	83 847,40
Verband der Zimmerer	32 674,28
Zentralverband der Handels-, Transport- u. Arbeiter	1 088,00
Summa	545 194,42 M.

Dazu kommen noch eine Reihe kleinerer Gewerkschaften, wie Steinarbeiter, Dachbeder, Stukkateure, Bildhauer, die ebenfalls ganz gewaltige Summen für ihre ausgesperrten Mitglieder aufzubringen hatten, so daß die Münchener Gewerkschaften mehr als drei Viertel Millionen für die Unterstützung ihrer durch Scharmacher-Brutalität auf Pfahle geworfenen Arbeitsbrüder verausgaben.

### Eine gewaltige Summe!

Aber der Preis ist nicht zu hoch, wenn man bedenkt, daß die Attake auf das Koalitionsrecht ein für allemal zurückgewiesen, und die Abtötung der Scharmacher, die Gewerkschaften zu vernichten, vereitelt worden ist. — Dazu kommt, daß sich die Mitgliederzahl einzelner Gewerkschaften durch die Aussperrung nahezu verdoppelt hat!

### Berlin und Umgegend.

**Der Streik der Konditoren, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen bei der Firma Wertheimer u. Neuhoff, Marxstraße 35.** Wegen Nichtbewilligung des Tarifs, ist infolgedessen in ein ernstes Stadium getreten, als die Firma, deren Chef der Vorsitzende des Verbandes der Schokoladenindustrie Deutschlands ist, jegliche Verhandlung nicht nur mit der Organisation, sondern sogar mit der Kommission seiner eigenen Arbeiter ablehnt, und zwar mit der Motivierung, daß für ihn ein Verhandeln als Vorsitzender „gegen seine Ehre“ sei! Es ist daher die Sperre über den Betrieb verhängt und findet am Mittwoch eine öffentliche Konditorenversammlung statt, die sich mit den weiteren Maßnahmen befassen wird. — An einem Beispiel mag nun bewiesen werden, wie notwendig eine tarifliche Regelung bei der Firma ist: Eine seit 22 Jahren im Betriebe beschäftigte Arbeiterin, die in der Kucherei schwere Knochenarbeit zu leisten hat, kam um Zulage ein, da sie seit 5 Jahren zu ihrem Wochenlohn von 15 M. keine solche erhalten hatte, und man bewilligte ihr pro Stunde einen Pfennig, gab ihr also pro Woche 60 Pf. mehr! Alle Achtung vor der Roblesse des Millionärs Wertmeister.

**Zur Lohnbewegung der Berliner Zigarettenarbeiter.** Nachdem die Zigarettenfabrik Jostetti am 30. vorigen Monats ihren Arbeitern auf Verlangen eine zehnprozentige Lohnsteigerung bewilligt hatte, veröffentlichten die Mitglieder des Vereins deutscher Zigarettenfabrikanten zu Berlin auf ihren Fabriken einen Anschlag, in welchem sie eine derartige Lohnsteigerung für ihre Betriebe ohne weiteres als unmöglich erklärten. Dieses, mit den üblichen Ausfällen gegen die Agitatoren, die im Trüben fischen wollen, gestützte Plakat, dessen tatsächliche Angaben ja zum Teil bereits durch die Firma Jostetti berichtigt wurden, gipfelte in der Erklärung, daß die Fabrikanten bemüht seien, die Fabrikation hier am Orte beizubehalten; enthielt also die verstellte Drohung, daß die Fabrikation bei etwaigen Lohnforderungen der Arbeiter nach Orten mit billigeren Arbeitslöhnen verlegt würde. Der Arbeiter in allen Betrieben bemächtigte sich infolgedessen eine leicht begreifliche Aufregung. Trotz des beispiellosen Aufschwunges der Zigarettenindustrie innerhalb der letzten 15 Jahre haben die Arbeiter bisher keine Verbesserung ihrer Lage erzielen können. Die Fabrikanten, die mit einigen wenigen Leuten ihre Betriebe eröffnen, und heute zum Teil Hunderte von Arbeitern beschäftigen, haben es noch immer verstanden, jede Lohnsteigerung zu hintertreiben. Ja, mehr als einmal während der letzten Jahre mußten die Arbeiter trotz der großen Gewinne, welche die Unternehmer einheimsten, gegen weitere Lohnsteigerungen Front machen. Die Verbandsleitung wandte sich deshalb zwecks Anbahnung von Verhandlungen an den Vorstand des Vereins deutscher Zigarettenfabrikanten, um eine gütliche Einigung über die dringend notwendige Aufbesserung der Löhne in der Zigarettenindustrie zu erstreben. Hierauf traf am 10. d. M. folgende Antwort ein:

An den ersten Bevollmächtigten des „Deutschen Tabakarbeiterverbandes“, Herrn S. Rosenhals, Berlin, Swinemünderstr. 82. Nachdem der unterzeichnete Vorsitzende die ihm von Ihnen und Herrn Boerner, Vertrauensmann der Berliner Tabakarbeiter, mitgeteilten Vorschläge dem Vorstande des unterzeichneten Vereines zur Kenntnis gebracht, hat der Vorstand in seiner letzten Sitzung beschlossen, daß die Auffassung der Zigarettenfabrikanten bereits in dem den Zigarettenarbeitern bekannten Fabrikplakate eindeutig und endgültig festgelegt ist. Wir müssen es unter diesen Umständen den Herren Vertretern der Arbeitnehmer anheimstellen, ob sie über andere, als in dem Plakate bereits erledigte Punkte noch eine Aussprache mit dem Vorstande des diesseitigen Vereines wünschen, zu dem der Vorstand jederzeit bereit sein würde.

### Mit Hochachtung

Der Verein deutscher Zigarettenfabrikanten zu Berlin.  
gez. Felix J. Hirsch, 1. Vorsitzender.

Dieses Schreiben bedeutete eine Absage in kältester Form und erregte bei den Arbeitern eine hochgradige Entrüstung, umso mehr, als das in dem Plakat der Fabrikanten behauptete Streben nach Vermeidung der Hausarbeit und Maschinenarbeit treffend illustriert wird durch die immer weiter um sich greifende Hausarbeit und die eine Zeitlang von einer namhaften Fabrik am Orte gemachten Versuche zur Einführung von Maschinenarbeit. Auch der am Sonnabend in der Fabrik Tajt, Inh. Verschadski, Marin u. Ko., Reanderstraße 4, erfolgte Lohnabzug gibt eine treffliche Illustration zu dem Bestreben der Fabrikanten, wenigstens die bisherigen Löhne zu erhalten. Das Vorgehen der letztgenannten Firma bedeutet geradezu eine Herausforderung der Arbeiter. Anstatt der gewünschten Lohnaufbesserung, ein Abzug vom bisherigen Lohn! In Anbetracht der hierdurch geschaffenen Situation beschloß die Zigarettenarbeiter deshalb ihre Forderungen nunmehr den einzelnen Arbeitgebern persönlich vorzulegen.

**Arbeiter! Parteigenossen! Sollten die Fabrikanten es zum Kampfe kommen lassen, so helfe den armen ausgebeuteten Zigarettenarbeitern durch die Betätigung eines Solidaritätsgeföhls, wie Ihr es gelegentlich des Dresdener Streiks bewiesen habt; denn nur durch die Solidarität der gesamten organisierten Arbeiterklasse war es möglich, diesen Riesenkampf der armen Dresdener Zigarettenarbeiterinnen zu einem besiedigenden Ende zu führen.**

**Achtung, Galanteriearbeiter und Arbeiterinnen!** Bei der Firma Kühner u. No., Alte Jakobstraße 18/19, sind Lohnunterschiede ausgebrochen. Vor Arbeitsannahme dortselbst wird gewarnt. Deutscher Buchbinderverband. Die Ortsverwaltung.

**Achtung, Bronze-Ziseleure!** Bei der Firma Gladenbeds Bronzegießerei, G. m. b. H., Friedrichshagen, Berlin, Sektion Berlin, sind ernste Differenzen ausgebrochen. Die von den dort beschäftigten 8 Ziseleuren gestellten geringfügigen Forderungen sind runderweg abgelehnt worden. Wer diese Werkstätte kennt, sucht sich nicht nach diesen „Heißtöpfen“. — Wir ersuchen alle Arbeiterblätter, hiervon Kenntnis zu nehmen. Der Vorstand des Verbandes der Graveure, Ziseleure usw. J. A. C. Bräuner.

### Deutsches Reich.

**Die Belegschaft des Bergwerksgesellschafts Giesche's Erben** gehörigen Kronprinzschacht in Schlesien ist in eine Lohnbewegung eingetreten. Der größte Teil der Arbeiter ist gestern nicht eingefahren.

**Vertragsbrüchige Unternehmer.** Der schände Vertragsbruch, den die Unternehmer im Töpfergewerbe zu Posen den Gehälfen gegenüber begangen haben, dürfte erstens kaum zum Vorteile gereichen. Durch ihren strammen Zusammenhalt und durch den Umstand, daß auch nicht ein Gehälfe stehen blieb, haben die Töpfer erreicht, daß bereits am Freitag zwei und am Sonnabend zwei weitere Unternehmer den Tarif unterschrieben, worauf die bei ihnen beschäftigt gewesenen Gehälfen — etwa 50 an der Zahl — die Arbeit wieder aufnahmen, so daß gegenwärtig noch etwa 100 Mann im Ausstande verbleiben. Dieselben sahen den einmütigen Beschluß, so lange im Streik zu verharren, bis auch die anderen Meister den Tarif wieder anerkannt haben. Da auch nicht ein Mann zu den alten Bedingungen arbeitet und Zuzug bisher nicht stattgefunden hat, ist anzunehmen, daß der Ausstand bald zugunsten der Arbeiter beendet sein wird.

**Die Bergleute rühren sich!** Die Gesamtverbände der Bergarbeiter berufen für den 18. d. M. nach Essen eine Revierkonferenz, in der über die neue Arbeitsordnung und die Beteiligung an den Ausschuwahlen beschlossen werden soll. Gestern trat die Siebener-Kommission zusammen, um das Programm für die Revierkonferenz zu beraten.

### „Dies ist aber die letzte Versammlung!“

Mit dem Versammlungsrecht der Bergleute des Ruhrreviers ist es recht sonderbar bestellt. Alljährlich berichten wir über einen mißglückten Versuch von Zechenbeamten, den Bergleuten von Zeche „Courl“ eine Belegschaftsversammlung zu vereiteln. Jetzt ist ein gleicher Versuch von einem Polizeikommissar zu melden. Genosse Wötte in Oberhausen hatte eine Belegschaftsversammlung der Zeche „Westende“ angemeldet. Aber nur der ausdrückliche und wiederholte Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen konnten den Kommissar veranlassen, die Versammlung über erfolgte Anmeldung auszustellen. Dabei erklärte er aber: „Ich werde alles tun, daß die Versammlung doch nicht stattfinden kann! Sagen Sie dem Wirt, wenn er sein Lokal nicht zurückziehe, so würde er so gedrückt werden, daß ihm in Zukunft schon die Lust vergehen würde.“ Und dann versuchte es der Herr Gesehwächter mit persönlicher Einwirkung auf den Wirt, ihn zur Zurückziehung des Lokals zu bewegen. Aber vergeblich, der Wirt blieb fest. Dann suchte ein Polizist, von Wötte das Versprechen zu erlangen, daß es die letzte Versammlung sei, dann könne sie stattfinden. Wötte antwortete, daß darum kein Polizist befragt werde. Und so hat die Versammlung trotz aller Vereitelungsversuche doch stattgefunden. Der Kommissar konnte sich nicht enthalten, dem Genossen Wötte im Lokal zuzurufen, dies sei aber die letzte Versammlung. Man sieht, die erfolgte Verhandlung zwischen Regierung und Kohlenbarone trägt schon ihre Folgen. In der Versammlung wurde das Gebahren der Polizei in schärfster Weise geburndmarkt.

**Der Verband deutscher Buchbinderbesitzer hat in seiner letzten in Leipziger Buchgewerbehaufe abgehaltenen Hauptversammlung sich über die Tarifverhältnisse im Buchbinderergewerbe berichten lassen. Es wurde festgestellt, daß die in den drei Hauptbuchorten Deutschlands, Berlin, Leipzig und Stuttgart, bestehenden Tarifverhältnisse Störungen nicht unterworfen waren. Inzwischen klagen die Verbandsmitglieder darüber, daß von den Buchbinderbesitzern, die dem Verbands fernstehen, der noch bis zum August 1906 laufende Lohnstarif nicht eingehalten werde. Hierdurch bereiten die Nichtverbandsbesitzer den tariftreuen Firmen eine Konkurrenz, die dem Verbands den Gedanken nahe gelegt hat, zu versuchen, einen einheitlichen Lohnstarif für das ganze Reich in die Wege zu leiten. Wir sind überzeugt, daß es an der Gehälfenorganisation bei der Durchführung dieses Planes nicht fehlen wird, wenn nur dabei die Interessen der Buchbinderarbeiter ebenso ihre berechnigte Befriedigung finden wie die der Unternehmer.**

**In der Adreßbuchabteilung der Scherl'schen Buchdruckerei zu Leipzig sind die Geher wegen ausgebrochener Differenzen in den Ausstand getreten. Vor dem Tarifschiedsgericht als Einigungsamt zu verhandeln haben die Gehälfenmitglieder abgelehnt, weil zu dem vom Prinzipals-Kreisvertreter einberufenen Sitzung der Gehälfen-Kreisvertreter nicht eingeladen worden war. Inzwischen hat das Schiedsgericht festgestellt, daß in dem Verhalten der Gehälfen ein Tarifbruch nicht zu finden sei.**

**Gummiarbeiter und Arbeiterinnen.** In der Rehele'schen Gummimwarenfabrik in München haben die Arbeiter und Arbeiterinnen der chirurgischen Abteilung und des Balzwerkes wegen Maßregelungen einiger organisierter Kollegen die Arbeit niedergelegt. Unterhandlungen, die die Organisation der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter mit der Direktion führte, waren ergebnislos. Eine vollzählig besuchte Fabrikversammlung am Sonnabend beschloß einstimmig, am Dienstag in einen allgemeinen Streik einzutreten, wenn im Laufe des Montags die Differenzen nicht in befriedigender Weise beigelegt werden sollten. In diesem Falle kämen dann 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen in Betracht. — Zuzug von Gummiarbeitern und Arbeiterinnen nach München ist daher streng zu meiden!

### Husland.

#### Der Friedensschluß in der schwedischen Metallindustrie.

Die Massenaußsperung in der schwedischen metallischen Werkstoffindustrie, die nun, nachdem sie fünf Monate lang mit größter Rücksichtslosigkeit durchgeführt worden ist, ihr Ende erreicht hat, erfolgte bekanntlich deswegen, weil die Arbeiter in mehreren Werkstätten streikten, um bestimmte Abmachungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Bereits Anfang des Jahres 1903 haben es die Arbeitgeber der Metallindustrie einmal mit einer Massenaußsperung versucht, die allerdings schon nach 6 Wochen endete und 14 000 Arbeiter umfaßte. Die Arbeiterorganisation ging damals gestärkt aus dem Kampfe hervor, und die Unternehmer schienen in der Folge geneigt, durch feste Tarifverträge einen dauernden Frieden zu schließen. Aber ehe diese Verträge zustande kamen, ließen sie sich verleiten, nun nochmals das Gewaltmittel der Aussperung zu versuchen, und warfen rund 17 000 Arbeiter auf die Straße. Aber obgleich sie den Kampf auf eine viel längere Zeit ausdehnten, mußten sie schließlich doch die Macht der Arbeiterorganisation anerkennen und tarifliche Regelungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit ihnen vereinbaren, das Mitbestimmungsrecht der organisierten Arbeiter anerkennen. Wertungswert und nachahmenswert ist die Opferwilligkeit, mit der die schwedische Ar-

beiterchaft die kämpfenden Brüder so lange Zeit vor unerträglichen Entbehrungen geschützt hat, was allerdings wohl auch nur mit Hilfe des praktischen Systems der obligatorischen Unterstützungsbeiträge aller arbeitenden Mitglieder der Landesorganisation ange-schlossenen Gewerkschaften möglich war, ein System, das übrigens auch in den Zentralen der norwegischen und dänischen Gewerkschaften durchgeführt ist, und bei allen großen Kämpfen in Kraft tritt. Es wird selbstverständlich einige Zeit dauern, bis die Arbeit überall in vollem Umfange wieder aufgenommen werden kann. Die vereinbarten Regeln für die Wiedereinstellung der Aussperrten und Streikenden bieten Garantie dafür, daß Maßregelungen nicht stattfinden. Das Uebereinkommen ist von den Vertretern der vier in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen, wie von den Vertretern der Werkstoffvereinigung und dem Vorsitzenden der Landesorganisation der Gewerkschaften unterzeichnet.

## Versammlungen.

**Verein Berliner Hausdiener.** In der am Donnerstag in der Berliner Ressource abgehaltenen zweiten außerordentlichen Generalversammlung gab der Vorsitzende Wapler folgendes bekannt. Nach erneuter Verhandlung des Vorstandes mit der Berliner Gewerkschaftskommission erklärt letztere in einer Zuschrift vom 3. November 1905 dem Verein Berliner Hausdiener bedingungslos und als alleinstehende Ortsgruppe in die Gewerkschaftskommission für aufgenommen. — Laut Antrag George beschloß die Versammlung einstimmig, sich der Berliner Gewerkschaftskommission anzuschließen. Mithin ist der Generalversammlungsbeschuß, sich dem Kartell anzuschließen, hinfällig geworden. — Zu Delegierten der Gewerkschaftskommission sind nachstehende Kollegen gewählt: Wapler, Schmal, Reiser, Timm, Wilhelm und Liebenow.

**Gewerkschaftlicher Frauenverein.** In der Vereinsversammlung, die am Sonntag bei R. Damm, Schützenstraße 18/19 stattfand, hielt Frau Jeeke einen mit ungeteiltem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Moderne Weltanschauung und unsere Volksschule.“ Die Diskussion war eine lebhaft und bewegte sich im Sinne des Referats. Die Berichterstattung über den Arbeitsnachweis mußte der vorgetragenen Zeit wegen bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt werden.

**Zentralverband der Dachbeder.** Die Versammlung am Sonntag beschäftigte sich mit der Wahl der Delegierten zum Verbandsrat in Braunschweig. Das Resultat ergab für Berlin: Höppner 131, F. Mehrlein 98, Gdrnig 51 Stimmen, wozu noch die Stimmen aus den Gau-Bezirken kommen. Das Resultat der gesamten Wahl und die Namen der Gewählten werden am 1. Dezember im Nachblatt bekannt gegeben. Der Vorsitzende Höppner teilte der Versammlung mit, daß die Hilfsarbeiter der Dachbeder in verschiedenen Bezirken mit der Forderung einer Lohnsteigerung vorgehen. Die Dachbeder dürfen in solchen Fällen nicht ohne weiteres die Arbeit niederlegen, doch dürfen dieselben auch keine Arbeit, die Hilfsarbeiter verrichten haben, selbst verrichten. Nach erfolgter Debatte wurde in solchen Fällen die Regelung dem Vorstand überlassen. Des weiteren teilte Höppner mit, daß die von der Firma Heller auf dem Bau Reichs in der Leipzigerstraße arbeitenden Kollegen gezwungen waren, die Arbeit niederzulegen, weil wegen Differenzen auf dem Bau sämtliche dort arbeitenden Handwerker und Arbeiter die Arbeit eingestellt hätten. Hieraus unterzog Gdrnig die Tagesordnung des Verbandstages einer Kritik. Auf den vorhergehenden Verbandstagen verließen vier Tage zur Erledigung der Tagesordnung nicht aus. Dieses Mal seien jedoch überhaupt nur drei Tage angesetzt. Nach seiner Ansicht und Erfahrung könnte die Tagesordnung auf dem Verbandstag in drei Tagen nicht ordnungsmäßig erledigt werden. Auch bebauert Redner, daß der Zentralvorstand den Bedenkschaftsbericht noch nicht herausgegeben hat, weil dadurch den Delegierten keine Gelegenheit gegeben ist, ihn einer genauen Prüfung zu unterziehen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Bergarbeiter-Ausstand in Schlesien.

**Breslau, 13. November. (B. Z. B.)** Auf dem Kaiser Wilhelm- und dem Kronprinzschacht der Wildensteinengrube sind heute früh 300 Mann nicht eingefahren. Sie verlangen eine Lohnsteigerung wegen der Fleischsteuerung. Die Mittermeldung, daß 1700 Arbeiter nicht eingefahren seien, ist nach Mitteilung der Direktion unrichtig. — (Bei der bekannnten Art der Unternehmer, ihnen unangenehme Dinge in möglichst rosigem Lichte erscheinen zu lassen, müssen wir den Angaben der Direktion starke Zweifel entgegensehen. D. Red.)

### Es kriselt im Ruhrgebiet.

**Bochum, 13. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)** Die Siebener-Kommission der Bergarbeiter beruft zu Sonnabend, den 18. November, eine Revierkonferenz nach Essen ein. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Die Eingabe an das Ober-Bergamt betreffend die Arbeitsordnung. Referent: Reichstags-Abgeordneter Sachs. 2. Die Sperre. Referent: Effert. 3. Die Ausschuwahlen. Referent: Hammacher.

### Los von den Rutenträgern!

**Paris, 13. November. (B. Z. B.)** Der Gemeinderat hat nach langer Beratung mit 44 gegen 28 Stimmen die Vorlage angenommen, nach der das geistliche Krankenpfleger-Personal im Hotel de Dieu (großes Pariser Krankenhaus) durch weltliches ersetzt wird.

### Japan nach dem Kriege.

**London, 13. November. (B. Z. B.)** Das Reutersche Bureau erfährt, daß die japanische Regierung beschloß hat, eine vierprozentige Anleihe von fünfzig Millionen Pfund Sterling (1 Milliarde Mark) sofort, wahrscheinlich noch im November, auszugeben.

### Sie bekommen ihren König.

**Christiania, 13. November. (B. Z. B.)** Heute abend war das Ergebnis der Volksabstimmung aus 300 Wahlkreisen bekannt. Es waren 138 988 Stimmen mit ja und 34 639 mit nein abgegeben worden.

### Erst können vor Ohnmacht.

**Petersburg, 13. November. (Werbung der „Petersburger Telegraphenagentur“.)** Auf Antrag des Ministerpräsidenten Grafen Witte sind die Gouverneure der Provinzen Estland, Perm, Tomsk, Kasan und der Stadt Odesa abberufen worden, weil sie keine Maßnahmen zur Verhinderung der jüngsten Unruhen ergriffen haben.

### Väterchen „liberale“ Anwandlungen.

**Odesa, 13. November. (B. Z. B.)** Anstelle des seines Amtes entzogenen Stadthauptmanns Reichardt ist als Nachfolger General Origorjew bestellt. Größte Ueberraschung hat hier die in Rußland noch nie dagewesene Tatsache der Berufung eines Juden, Abrahamson, zum Hauptadministrator der Südwest-Eisenbahn anstelle des zum Minister für Verkehrswege ernannten bisherigen Direktors Remeschajeff hervorgerufen.

Aus der Partei.

Die Hordheraffäre in dem „Vorwärts“-Streit hat nach einem Bericht in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ auch eine Parteiverammlung in Wilmersdorf beschäftigt. Nach dem Bericht hat der Genosse Schröder den Genossen Giedler mit dem entwürdigsten Zuruf: Infame Lüge! unterbrochen, als Giedler auf die Hordheraffäre zu sprechen kam. Auch die ausgedehnten „Vorwärts“-Redakteure haben in ihrer „Rechenhaft“ den Vorgang als harmlos hinzustellen versucht. Das nötigt zu einer Schilderung desselben, denn Schröder kann aus eigener Wissenschaft nicht sprechen; er hätte bereits die Redaktion verlassen, als sich der Vorgang zutrug. Er kann also nur auf die Angaben des Hordher seine Ansicht stützen und daß dieser den für ihn so blamablen Vorgang als harmlos darstellt, versteht sich am Rande. Der Vorgang trug sich folgendermaßen zu. Die Prekominmission hatte an jenem Abend (8. Oktober) ihre gewöhnliche Sitzung anberaumt und zu dieser, wie üblich, die Redaktion eingeladen, weil es sich auch um Erledigung einiger Beschwerden über diese handelte. Die Einladung zu dieser Sitzung war aber erfolgt, noch ehe der Einhaber der Prekominmission wußte, daß der Vorstand gemäß dem ihm am 2. Oktober gewordenen Auftrage seine Vorschläge über Veränderungen in der Redaktion vorzutragen wollte. Daraufhin hat der Vorsitzende die anwesenden Redakteure, sich einzufinden zu ermahnen, weil erst eine andere Angelegenheit zu erledigen sei. Diesem Wünsche entsprachen die anwesenden Redakteure. Mitten in den Verhandlungen zwischen Prekominmission und Vorstand entdeckten einige Anwesende, daß eine Person vor der mit Blendglas versehenen Tür zum Konferenzzimmer stand und aufmerksam horchte. Der Schein des elektrischen Lichts, der auf die Glasüre fiel, gestattete wohl zu erkennen, daß ein Hordher vor derselben stand, nicht aber, wer die Person war. In wenig Augenblicken wurden die gesamten Anwesenden auf den Hordher aufmerksam gemacht und nachdem sie denselben eine Weile beobachtet hatten, wurde der der Tür zunächst stehende Genosse erfaßt, diese zu öffnen und zu sehen, wer der Hordher sei. Das geschah. Der Hordher war die den Berliner Genossen bekannte Persönlichkeit, die sich sehr betreten zurückzog. Die in jener Sitzung anwesenden Mitglieder der Prekominmission und des Parteivorstandes können bezeugen, daß der Vorgang sich, wie hier geschildert ist, zutragen hat. Ein Urteil darüber abzugeben erübrigt sich.

Das Verhalten der „Münchener Post“ im „Vorwärts“-Konflikt ist einfach schmutzig zu nennen. Die „Münchener Post“ war sofort nach der veröffentlichten Kündigung der Sechs mit ihrem Urteil fertig, das gegen die Berliner Parteinstanzen ging. Seit jenem Tage arbeitet das Blatt in der giftigsten, gebüßigsten und parteiischsten Weise gegen Parteivorstand und Prekominmission. Alle Elaborate der Sechs hat es bis auf den letzten Buchstaben abgedruckt, auch hatte es noch Raum, die Produkte der Stampsperlichen Meinungsabgabe, die mit Hochdruck gegen Parteivorstand und Prekominmission arbeitete, sowie dessen schmutzige Spezialzeugnisse und den Artikel Heines in der „R. G.“ gegen Parteivorstand und Prekominmission abgedruckt. Wer von den Entgegnungen des Parteivorstandes und der Prekominmission hat es nur die erste abgedruckt, die zweite hat es in tendenziös entstelltem Auszug seinen Lesern mitgeteilt und die dritte unterschlägt es ganz. Das Blatt scheint die Ansicht zu haben, daß die Münchener Genossen Schlafmüde sind, denen es ein so frivoles, partei-verberrliches Spiel zumuten darf. Schamlos gegen Parteivorstand und die Prekominmission, rücksichtslos und beleidigend gegen den eigenen Verstand benimmt sich in der ganzen Partei kein Blatt. Man muß dergleichen erleben, um es für möglich zu halten.

Urteil des Genossen Peus. Im „Anhalter Volksblatt“ sagt Genosse Peus zu den Ausführungen Ledebours: „Diese ganze Beweisführung ruht auf der Voraussetzung, daß es Revisionisten“ gibt. Diese Behauptung wird aber von denen, die man so nennt, energisch bestritten. Und mit Recht. Es hat noch kein Mensch fertig gebracht, den Begriff „Revisionismus“ zu definieren. Die Ledeboursche Auffassung führt zu der Unerträglichkeit, daß es Parteigenossen 1. und 2. Klasse gibt, die einen, zwar würdigen, Parteigenossen zu sein, aber nur die anderen würdigen, Redakteure im Zentralorgan zu sein. Damit richtet sich seine ganze Auffassung.“

Und zu der Stellungnahme der Nizdorer Kreis-Konferenz bemerkt er: „Die Kreis-Konferenz hat bewiesen, daß sie einen Willen hat. Dazu gehört nicht viel. Mit ihren Gründen siehts weniger gut aus.“

Am Sonntag fand in Forst eine Sitzung der Prekominmission der „Märkischen Volkstimme“ statt. Vertreten waren die Reichstags-Wahlkreise Sorau - Forst, Kotibus - Spremberg, Kalau - Ludau, Guben - Lübben, Schwiebus - Crossen - Sommerfeld und Frankfurt - Lebus.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die am 12. November in Forst tagende Prekominmissions-Sitzung kann sich mit dem von der Redaktion eingeschlagenen Weg in der „Vorwärts“-Redaktions-Angelegenheit nicht einverstanden erklären. Die Redaktion mußte vor allen Dingen die Entgegnung des Parteivorstandes abwarten, bevor sie in der Sache ein Urteil brachte.

Die Prekominmission verlangt deshalb, daß sich die Redaktion in Zukunft bei ähnlichen Fragen, die die Partei im allgemeinen betreffen, zunächst mit der Geschäfts-Kommission in Verbindung setzt, welche darüber zu beraten hat, in welcher Weise Stellung genommen werden soll.

Einer, der noch schlief. Im „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“ lesen wir als Einleitung zu einer Notiz folgenden Stoffhaufen:

„Ein ganz eigenartiges Verfahren schlug ein Berliner Drucker-Kollege ein, um zu seinem Rechte zu kommen. Wir benutzen den Berliner „Vorwärts“ als Quelle, was wir jetzt sehr ungern tun, da das sozialdemokratische Zentralorgan keinem Gewerkschaftler mehr imponieren kann, seitdem der Parteivorstand und die Prekominmission sich die kirchliche Herrschaft überlassen hat. Wir handeln nicht nur für den kapitalistischen Staat nützlichen Elementen aufrecht erhalten wird.“

Die leichtfertig von Reghäuser, derartige Sätze im „Correspondent“ aufzunehmen. Brauchen wir doch nur an das Jahr 1896 zu erinnern, in dem dieser edle Klopfflechter Redakteur des Buchdruckerorgans wurde. Damals spielten sich im „Correspondent“ den jetzigen Vorgängen im „Vorwärts“ sehr ähnliche Vorkommnisse ab, welche die maßgebenden Instanzen im Verbandsverbanden veranlaßten, den bisherigen Redakteur Gass zu befeitigen und an dessen Stelle das „bewährte, nicht nur für den kapitalistischen Staat nützliche Element“ Reghäuser treten zu lassen!

Stimmen aus Genossentreffen.

In der „Brandenburger Zeitung“ schlägt Genosse Hille eine längere Auseinandersetzung mit folgenden Ausführungen: „Das eine aber steht fest: wir müssen dafür sorgen, daß sich etwas derartiges nicht wiederholt, denn man mag drehen und drehen wie man will, einwandfrei ist die ganze Geschichte nicht, und wir haben wirklich keine Ursache, unseren Gegnern die Waffen zu schärfen, mit welchen sie uns bekämpfen. Im übrigen scheint

man in manchen Parteikreisen ganz aus dem Häuschen in bezug auf den Revisionismus zu sein. Man schreibt und spricht dagegen und weiß nicht recht, wo man ihn packen soll. Also, Parteigenossen, etwas weniger Streit um den Revisionismus, lieber Verständigung in allen Fragen und Sachen, welche die Partei betreffen, und unsere Zeit in praktischen Fragen ausnützen, das dürfte der Partei mehr nützen, als wenn derartige skandalöse Vorkommnisse gezeitigt werden. Die revisionistischen Ansichten schlägt man meines Erachtens nicht tot, indem man sechs „Vorwärts“-Redakteure fliegen läßt, welche, nebenbei gesagt, gute und begabte Parteigenossen sind, sondern man unterlasse friedlich alles und wähle das Beste. Die Genossen werden sich noch wochenlang mit dieser Sache beschäftigen, ohne etwas zu erreichen, und deshalb sage ich ihnen: „Laßt genug sein des grausamen Spiels.“

In Tagen erklärten sich in einer Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins alle Redner mit dem Vorgehen des Parteivorstandes durch aus einverstanden. — Im Sozialdemokratischen Verein in Vöckum vertreten die Genossen Abgeordneten Stüden und Sasse den Standpunkt, beide Keile hätten „Fehler gemacht“. Abg. Hue und Redakteur Leimpters dagegen beurteilten rückhaltlos das Vorgehen der Parteifunktionäre.

Gemeinderatswahlen.

Weitere Erfolge der Sozialdemokratie. Bei der Wahl in Warmen erhielten unsere Genossen 4362 bis 4549 Stimmen. Die absolute Majorität von 5308 Stimmen erreichte kein Kandidat. Unsere Genossen kämpften um alle vier Mandate der dritten Abteilung in der Stichwahl. Unser Zuwachs beläuft sich auf rund 1000 Stimmen. — In Fürstentum Walde stieg unsere Stimmengahl von 160 auf 381. Ein Mandat fiel uns nicht zu.

Wahlkreis Offen. In Steele haben sich die Genossen an der Stadtverordnetenwahl nicht beteiligt, ebenso werden sie sich in Kettwig nicht beteiligen, da hier alles unter dem Einfluß des Textilkönigs Scheidt steht. Nur in Werden werden sie in der dritten Abteilung Kandidaten aufstellen. Werden ist überwiegend katholisch. Bei der letzten Reichstagswahl erhielten wir in Werden 843, das Zentrum 1010, die Liberalen 327 und die Antisemiten 18 Stimmen. Bei der Stadtverordnetenwahl 1903 beteiligten sich unsere Genossen dort zum erstenmal und erhielten 90, das Zentrum 300 und die christlichen Gewerkschaften 80 Stimmen. Von einer großen Industrie kann in Werden nicht geredet werden und ist dort eine sephaste Bevölkerung, wodurch es uns schwierig ist vorwärts zu kommen. Wahlberechtigt sind ungefähr 1000 Personen.

Zum Parteisekretär eines Agitationsbezirks der Provinz Hannover ist Genosse Leinert-Dannover gewählt worden.

Personalien. Die Prekominmission des „Vöckumer Volksblattes“ hat in ihrer letzten Sitzung einstimmig den Genossen Wegler, bisher am „Vorwärts“, zum leitenden Redakteur des „Volksblattes“ gewählt. Genosse Wegler tritt am 1. Dezember seinen Posten an.

Parteisekretär gesucht! Für das am 1. Januar 1906 zu errichtende Parteisekretariat für den Regierungsbezirk Merseburg (Sitz Halle) wird ein Sekretär gesucht. Reflektiert wird auf einen beschäftigten Genossen, der sowohl in schriftlicher wie mündlicher Agitation erfahren ist und organisatorisches Talent besitzt. Gehalt 2000 M. jährlich. Bewerbungen mit kurzer Abhandlung über die Obliegenheiten eines Parteisekretärs sind unter Chiffre „P. S.“ bis 15. November zu richten an Rudolf Kochanski, Halle a. S., Körnerstraße 13, I.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Drei Wochen Gefängnis für Artikel einer — Gesehdesverletzung! Genosse Leinert hatte seinerzeit im „Volksblatt“ Hannover kritisiert, daß ein Wirt Schulfungen zum Einholen von Gläsern verwendet hatte. Vom Schöffengericht wurde Genosse Leinert wegen Beleidigung zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt. In der Vernehmungserklärung erbrachte er den Wahrheitsbeweis, trotzdem wurde das Urteil bestätigt. Das Gericht meinte, der Angeklagte habe nur einen Jungen gesehen, das andere werde ihm nicht geglaubt, und trotzdem spreche er von Schulfungen! Er habe auch die Absicht gehabt, zu beleidigen, indem er von dreier und schamloser Gesehdesverletzung spreche. Als Redakteur sei er nicht berufen, berechtigtes Interesse wahrzunehmen, und das Gericht glaube auch dem Angeklagten nicht, daß er die Gesehdesverletzung tätigen wollte, sondern seine Absicht sei gewesen, den Wirt in dreier und großer Weise zu beleidigen. Der Angeklagte sei Sozialdemokrat und es habe ihm daran gelegen, Ungerechtigkeiten hervorzuheben und zu scharfen! Bei solcher Auffassung bleiben Gesehdesverletzungen straffrei, jede Kritik wird unmöglich.

Aus Industrie und Handel.

Ein Kurssturz am Markte der russischen Werte. Im „Berl. Tagebl.“ vom Montagabend lesen wir: Die Gewitterwolke, die schon in den letzten Tagen über dem Markte der russischen Werte gelagert hatte, entlud sich heute mit vehementer Kraft. In der ersten Börsenstunde und auch noch in der ersten Hälfte der zweiten Börsenstunde war mehr ein Abdröckeln der Kurse als ein Kurssturz zu beobachten. Um 2 Uhr wurde aber plötzlich das Angebot so stark, daß die Kurse der russischen Werte auf den Terminmärkten prozentweise zurückgingen. Es war plötzlich die Version verbreitet, daß das die russischen Finanzinteressen vertretende Bankhaus die Intervention eingestellt habe. Die Worte: „Es wird nicht mehr interveniert“ gingen von Mund zu Mund. Der Andrang zu dem Platte, an dem die russischen Werte umgesetzt werden, wuchs von Sekunde zu Sekunde. Zum Teil waren es Angsterläufe, zum Teil aber auch Blanko-Abgaben, die die Kurse unaufhaltsam ins Wanken brachten. Ein Vertreter der führenden Bankfirma des Russen-Importiums war zunächst nicht im Markte zu sehen. Die Chefs des Hauses hatten vielmehr die Börse schon verlassen. Das schien den Geschäftleuten, daß nicht mehr interveniert werden solle, den Stempel der Wahrheit aufzudrücken. Kurz vor 1/2 3 Uhr kehrte aber einer der Chefs des betreffenden Bankhauses an die Börse zurück und ging sofort mit Interventionskäufen vor. Infolgedessen wurde ein Teil der Rückgänge am Terminmarkte wieder eingeholt.

Von der Equitable-Lebensversicherungs-Gesellschaft. Wie bekannt, ist vor einiger Zeit der Beschluß gefaßt worden, daß in Zukunft die Versicherten der Equitable bei der Wahl der Verwaltungsmittglieder mitwirken sollen, indem sieben Dreizehntel der zu wählenden Personen Polzeinhaber sein sollen und in Übereinstimmung mit den Wünschen der Versicherten zu wählen sind. Im Anschluß daran berufen sich die Treuhänder der Aktienmajorität an sämtliche Polzeinhaber eine Aufforderung, für die am 8. Dezember stattfindende Aufsichtsratswahl entweder sieben Persönlichkeiten (von insgesamt zu wählenden 13) in Vorschlag zu bringen oder aber die Treuhänder zu ermächtigen, nach eigenem, bestem Ermessen die Wahl vorzunehmen; die Ritzierungen müssen bis zum 20. November den Treuhändern in New York zugegangen sein. Beachtenswert scheint dazu der „Frankf. Zeitung“ eine Anregung, die ihr aus ihrem Leserkreis zugeht, ob nicht die in Deutschland bestehende Vereinigung der Versicherten die Wahlangabe in die Hand nehmen und dafür ein einheitliches Vorgehen veranlassen sollte. Das halten auch wir für sehr empfehlenswert, da, wenn die Organisation der Versicherten nicht in Tätigkeit tritt, sondern die Polzeinhaber vereinzelte ihren Einfluß treffen müßten, die ganze Wahlberechtigung natürlich wertlos bleiben würde. Allerdings erschwert die Kürze der Frist ein gemeinsames Vorgehen bedeutend. Eine den Anforderungen befähigte Notiz des Hauptdolmetschens für Deutschland besagt übrigens, daß die Gesellschaft beschlossen hat, ihre in

Deutschland befindlichen, zugunsten ihrer Versicherten gemachten Depots bis auf die rechnungsmäßige Prämienreserve der deutschen Versicherungen zu ergänzen.

Englisches Kapital in der deutschen Kali-Industrie. Zu den Meldungen, daß ein englisches Konsortium Kalliterminen für sich erwerben läßt, ist mitzuteilen, daß diese Käufer, welche bis jetzt bei den Gesellschaften Ballensen, Duingen, Thüste, Hemmendorf und Salzghemmenndorf durch die Firma Julius Wechsler-Hannover und durch die Darmstädter Bank getätigt worden sind, noch weiter ausgedehnt werden sollen. Es handelt sich um ein sehr kapitalträchtiges Konsortium, das mit großen Mitteln bei diesem Unternehmen operieren will. Der Verwaltungssitz soll von Berlin nach Hannover verlegt werden. Die Bohrungen werden unverzüglich in Angriff genommen und zwar zunächst auf dem Terrain von Duingen.

Amerikanische Äpfel. Mit der Äpfelernie sind die amerikanischen Farmer in diesem Jahre sehr unzufrieden. Nach dem „American Agriculturist“ ist es die kleinste Ernte seit einer Reihe von Jahren. In New York, in Michigan und den Neu-England-Staaten, wo sonst ein reichlicher Ueberfluß für den Export erzielt wurde, ist die Ernte nur halb so gut ausgefallen, wie im vorigen Jahre. Für 1905 wird der Ertrag an Äpfeln auf 23 500 000 Barrels (1 Barrel = 163,5 Liter) angegeben gegen 45 800 000 Barrels im Jahre 1904. Sogar der kleine Ertrag des Jahres 1901 war noch höher als der diesjährige, denn er belief sich auf rund 27 000 000 Barrels. Die größte amerikanische Äpfelernie wurde im Jahre 1898 erzielt, als man 70 000 000 Barrels zählte.

Aus der Frauenbewegung.

Für unsere Frauen.

Kapitalistischer Kindermord.

Der Kindermord zu Weisheim, von dem und die biblische Uebersetzung erzählt, ist nicht im Vergleich zu dem modernen Kindermord, der in unserem vielgeschriebenen Kulturstaat Deutschland durch den gefährlichen Moloch „Kapitalismus“ indirekt begangen wird. Indirekt dadurch, daß man die Mutter als Lohnsklavine in vielstündiger Arbeitsfrau in den Fabriken, Werkstätten usw. einperschert und sie also hindert, ihre Kinder zu hegen und zu pflegen, um sie wohlbehaltend über die gefährlichsten der Säuglingskrankheiten hinwegzuhelfen.

Die Reichsstatistik zeigt, daß vom Jahre 1877 an die Säuglingssterblichkeit sich in auffeierender Linie befunden hat. Die Statistik für das Jahr 1902/03 ergibt eine Sterblichkeitsziffer für einzelne Städte, die wohl zum Nachdenken Veranlassung gibt und die beweist, daß recht vieles faul in der heutigen „göttlichen“ Weltordnung ist. Danach starben in Berlin von 100 Kindern unter einem Jahre 19,8, in Breslau 26,5, München 24,0, Dresden 16,5, Leipzig 24,4, Stuttgart 20,9, Hamburg 17,8, Straßburg 21,4, Wandsbeck 27,8 und in dem industriereichen Chemnitz starben gar im Jahre 1904 im Monat März von 100 Säuglingen 27,78 im Alter von einem Monat, und im Alter von sechs Monaten starben in selbiger Stadt 78,89. Ferner wird aus Bosen gemeldet, daß dort vom 4. Juni bis zum 19. August, also innerhalb 2 1/2 Monaten, 305 Sterbefälle von Kindern unter einem Jahre vorgekommen sind. In Bromberg betrug die Säuglingssterblichkeit im Juli dieses Jahres über 50 Proz., und im August schon diese Ziffer auf 75 Proz. an. Als Todesursachen sind für alle Orte Lebensschwäche, Magen- und Darmkatarrh angegeben.

Welch grenzenloses Elend der proletarischen Frauen grinst uns aus diesen Ziffern entgegen! Dazu kommt noch die große Zahl der togeborenen Kinder, die meist infolge Ueberarbeitung und Entbehrungen der Mütter nicht lebend das Licht der Welt erblicken. Die Frauen und Mädchen des Proletariats müssen ja ihre besten Kräfte im Dienste des Geldhais vergeuden, und die dafür gezahlten Hungerlöhne reichen bei weitem nicht aus, um die verbrauchten Kräfte auch nur annähernd durch kräftige, genügende Nahrung zu ersetzen. Die Folge ist, daß eine schwächliche, mit dem Keime der Proletarierkrankheit behaftete Nachkommenschaft gezeugt und geboren wird und so dem frühzeitigen Tode oder dem Siechtum verfallt.

Nach den statistischen Ergebnissen waren in Preußen im Jahre 1899 83 672 verheiratete Frauen erwerbstätig und diese Zahl hat sich nicht verringert, sondern sie ist durch wirtschaftliche Einflüsse, Arbeitslosigkeit des Mannes, Verteuerung der Lebensmittel usw. noch erheblich gestiegen. Um aber die große Sterblichkeit unter den Säuglingen zu hemmen, gibt es nur ein Mittel, und das ist Verkürzung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen. Diese ist vor allen Dingen notwendig, damit die Mutter Zeit gewinnt, ihre Kinder zu pflegen. Wie es scheint, liegt aber die gefürchtete Einführung des Zehnstundentages selbst für die Arbeiterinnen noch in weiter Ferne. Sagte doch Graf Kosobodowski kürzlich im Reichstage bezüglich des Zehnstundentages: „Der Apfel ist noch nicht reif!“

Die Erhebungen zu dieser Materie sowie die Gutachten der Aufsichtsbearbeiter liefern interessantes Material. Danach ist die Mehrzahl der Beamten für Verringerung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen. Ein Teil der Gutachten befürwortet wohl Uebergangsbestimmungen, damit die Arbeitgeber Zeit gewinnen, sich mit dem Gedanken, daß künftig die Lohnsklavinnen eine kürzere Zeit für sie schufen und schenken, vertraut machen können. Im allgemeinen halten sie den Fortschritt der Verkürzung der Arbeitszeit für notwendig, und doch zögert die Reichsregierung mit der gesetzlichen Einführung des Zehnstundentages.

Mehr wie zwei Drittel aller Arbeiterinnen sind verdammt, zehn Stunden pro Tag in der Proletron zu stehen, und diese sind noch die Glücklicheren. Gibt es doch noch eine große Anzahl Arbeiterinnen, namentlich in der Textilindustrie, die länger wie zehn Stunden Frondienst für das liebe Brot leisten müssen.

Auch für die große Zahl, die als Hausindustrielle kümmerlich ihr Leben fristen, gibt es keine Grenze ihrer Arbeitszeit. Bei vielstündiger Arbeitsleistung bringen sie dem Moloch Geldsack ihre Kraft und Gesundheit zum Opfer. Die Vertreter der heutigen Weltordnung berühren alle diese Erscheinungen nicht, wenn auch ganze Generationen körperlich und geistig degenerieren. Die Sucht nach billigem Menschenmaterial macht sich immer aufs neue bemerkbar. Die Jagd nach dem toten Golde erfordert immer neue Opfer aus der breiten Volksmasse.

Und angesichts solcher Tatsachen wagen es noch recht häufig die fahlen Geldhaisvertreter, den armen Proletarierfrauen Vorkhaltungen über ihre Pflichten gegen die Kinder zu machen. Zu der Ausbeutung noch Hohn für die ärmere Bevölkerung, das ist die Signatur der jetzigen Zeit!

Darum muß die Lösung aller Arbeiterinnen lauten: Ginein in die Organisation, um eine geregelt Arbeitszeit und erhöhten Lohn zu erreichen, um der Unterernährung mit ihren üblen Erscheinungen, die sich in Krankheit, Siechtum und Sterblichkeit der Säuglinge äußern, ein Ende zu bereiten. Arbeiterinnen, glaubt nicht, daß eine einzige von Euch in dem Kampfe um Recht und Brot überflüssig sei! Im Gegenteil, es ist nicht nur aller Recht, sondern aller Pflicht, sich an der modernen Arbeiterbewegung zu beteiligen!

Köpenick. Parteigenossinnen und Genossen! Heute abend 8 1/2 Uhr findet im „Kaiserhof“, Bränstraße, Inhaber Densfel, die Kreisversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Paul Firsch über: „Warum müssen sich auch die Frauen politisch betätigen?“ 2. Diskussion. 3. Bericht und Neuwahl der Vertrauensperson von Köpenick und der Kreis-Vertrauensperson. — Zahlreichen Besuch erwartet. Die Kreis-Vertrauensperson.





**Damen-Konfektion**  
direkt aus der Fabrik.  
Kein Laden.  
Nach beendeter Engros-Saison  
auch Einzel-Verkauf  
enorm billig

Ulsters  
Havelocks  
Capes  
Jacketts  
Paletots  
Kostüm-  
Röcke  
Mädchen-  
Paletots  
Pelz-Stolas



**Robert Baumgarten**  
Hausvogel-Platz 11, 2. Etage  
(an der Jerusalemstraße).

Bei Vorzeigung d. Inserates  
an der Kasse werden 5 Proz.  
Rabatt vergütet.  
Auch Sonntags geöffnet.

**Gänsefedern 60 Pf.**  
je Pfund (größere zum Reizen),  
Schlaftefedern, wie sie v. d. Gans  
fallen, mit allen Taunen II. 1,50,  
säffere Gänsefedern III. 2,00,  
bessere Gänsefedern III. 2,50,  
3,00, beste schwerere III. 3,50,  
ruffische Taunen III. 3,50, weiße  
höhm. Taunen III. 5,00, ge-  
rillene Federn III. 1,50, 2,00,  
2,50, Prima gerillene III. 3,00,  
3,50. Versand gegen Nachnahme.  
Berlin S.  
Gustav Lustig, Preisverhöher 48a,  
Erste Bettfedernfabrik m. elektr.  
Heizung, Dörr- u. Maschinenabteil.

## Weihnachts-Prämie für unsere Leser!

Sie sind in der Lage, unserem Leserkreis in diesem Jahre als Weihnachtsprämie:

### Fritz Reuters sämtliche Werke

In einer neuen illustrierten Prachtausgabe

zwei Bände, elegant in Halbheften gebunden, Groß-Oktav-Format, circa 1200 Seiten, mit Illustrationen und ausführlichem hochdeutschen Wörterbuch

zu dem außerordentlich billigen Preise von **3.— Mark** abgegeben.

Die Ausgabe ist gut ausgestattet, sie enthält gelungene Illustrationen, klaren Druck und gutes Papier.

Bei der großen Beliebtheit, deren sich dieser Volksbichter erfreut, dürfte die Nachfrage eine sehr rege sein, so daß wir unseren Lesern empfehlen, ihren Bedarf möglichst bald zu decken. Das vorstehende Werk ist zu beziehen durch unsere Hauptexpedition Lindenstraße 69 im Laden und durch sämtliche Partexpeditionen.

Weiter empfehlen wir die zweite Auflage des Buches:

### Gesundheitsschutz

In Staat, Gemeinde und Familie.

Herausgegeben unter Mitwirkung von Ärzten und Fachgelehrten von Emanuel Darm. 824 Seiten Groß-Oktav mit 10 Tafeln und 134 in den Text gedruckten Abbildungen.

Das Werk ist ein vorzüglicher Ratgeber im Hause, ein Wegweiser in allen Fragen der Hygiene, von der sachmännischen Presse gut besprochen und kann jedem Arbeiter zur Anschaffung bestens empfohlen werden.

Der Preis des elegant gebundenen Buches beträgt nur **4 M.**, die erste Auflage kostete **6.70 M.**

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68,  
Lindenstraße 69, Laden.

255/10\*

### Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert  
eleg. fertige 4057L\*

### Herren-Moden

Bestellung n. Maß, tadell. Ausfüh.  
in eigener Werkstatt.

### Herren- Bekleidung.

Kein Waren-Kredithaus.

### J. Kurzberg,

An der Jannowitzbrücke 1  
direkt am Bahnhof.

### Rheumatismus

licht-, Gliederreissen, Nerven-  
schmerzen, Hüftweh, verkrüppeln  
bald durch dauerlichen Gebrauch von  
Reichel's „Electricum“

(Reichel'sches Elektrisches Bademittel - Patent 1000000)  
Einfaches und unerschöpfliches  
Naturprodukt d. Harter durchdringen-  
der, sofort schmerzstillender Wirkung.  
Tausende verdanken „Electricum“  
ihre Gesundheit, Fl. I. u. II. Die Wir-  
kung wird noch erhöht d. den inneren  
Gebrauch von Reichel's Wacholder-  
Extrakt „Medico“, Fl. 75 Pf., M. 1.50,  
u. 2.50, in den Drogerien u. Apotheken  
erhältlich und zu beziehen durch  
Otto Reichel, BERLIN SO., 42,  
Eisenbahnstr. 4.

### Bruch - Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen,  
Leibbinden, Geradenhaltern, Spritzen,  
Suspensoren sowie sämtliche Artikel  
zur Krankenpflege.

Eigene Werkstatt.  
Liefer. f. Orts- u. Hüft-Krankenläsien  
Berlin C.,

30. Finien-Straße 30.

NB. Alle Bruchbänder mit elastischen  
Gelotten, angenehm und weich  
am Körper. 4462L\*

## Blutarmut

führt oft zu Schwindsucht und frühzeitigem Tod. Jeder Leidende sollte daher rechtzeitig und regelmäßig den

**Santa - Lucia - Kraftrotwein, Fl. 1,50 und 2,00,**

trinken. Am bekömmlichsten ist es, ein kleines Glas dieses Weines  $\frac{1}{2}$  oder  $\frac{1}{3}$  mit Wasser gemischt  $\frac{1}{2}$  Stunde vor jeder Hauptmahlzeit zu genießen.  
Steht unter ständiger Kontrolle des Gerichtschom. Dr. C. Bischoff. Käuf. in Apotheken, Drogen- u. Delikatgeschäften

# Warenhaus Hermann Tietz

LEIPZIGERSTRASSE



ALEXANDERPLATZ

## Eröffnung der Spielwaren - Ausstellung III. Etage

In der Leipziger Strasse: Sonder - Ausstellung

### „Knecht Ruprecht's Einzug“



**Batistkleid und  
Haube**  
21 31 35 40 cm  
45 95 Pf. 1,40 2,40

**Rotkäppchen  
Samtmieder, Batist-  
schürze**  
30 cm 95 Pf.

**Batistkleid**  
farbiges Unter-  
kleid, Blumen-  
häubchen 1,90

**Cheviotanzug**  
mit blauem  
Besatz  
39 cm 2,75

**Waltershausener Kegel-Gelotzuppe**  
29 cm 1,40 40 cm 1,50 59 cm 2,00  
mit Pa. Schrägsattel-Porrücke  
45 55 57 65  
2,50 2,50 2,75 2,75

**Cheviotanzug**  
mit blauem  
Besatz  
39 cm 2,75

**Farbiger Cheviot**  
mit Spitzenkragen  
und Batisthäubchen  
42 cm 2,90

**Batistkleid**  
mit farb. Stickerei,  
Blumenhäubchen  
42 cm 2,90

**Unzerbrechliche  
Werfpuppe**  
mit Zelluloidkopf,  
Musselkleid 65 Pf.



### Clown

durch Uhrwerk beweglich in feiner Stoffkleidung  
80 Pf. 45 Pf. 90 Pf.

**Max u. Moritz  
Stehauflgur**  
45, 90 Pf.,  
2,25, 2,90.

### Zirkus

mit beweglichen Figuren und Tieren 5,00 6,25 8,00,  
kleinere Ausstattung 2,90.

**Max u. Moritz  
Stehauflgur**  
45, 90 Pf.,  
2,25, 2,90.

**Lederdachs mit  
Maulkorb und Leine**  
95 Pf.,  
feinere Ausstattung  
im Fell 2,75-7,75.

**Fellhund**  
durch  
Uhrwerk  
beweglich  
90 Pf.

**Muschel-  
puppe**  
90 Pf., 1,50,  
2,25, 2,90.

Gerichts-Zeitung.

Satzstelle ein selbständiger Verein?

Die frühere Satzstelle der Reihe des Verbandes deutscher Bergarbeiter war am 5. März 1905 geteilt worden. Neben der Satzstelle Obercastrup entstand daraus die Satzstelle Hiltrop. Gleichzeitig wurde bestimmt, daß die Vereinsversammlungen der Satzstelle Hiltrop bei einem bestimmten Gastwirt stattfinden sollten. Mit der Leitung der Versammlung am 5. März war der Bergmann W. Wetze vom Verbandsoberstand betraut worden. Diese Versammlung wählte Wetze zum ersten Vertrauensmann der neuen Satzstelle Hiltrop. Am 27. März fand dann eine Versammlung der Satzstelle Hiltrop statt, in der drei Delegierte zum Gewerkschaftsartikell in Herne gewählt wurden. — Wetze wurde demnach wegen Verletzung der §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes angeklagt und in zweiter Instanz vom Landgericht Dortmund zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er als Vorsitzender der Satzstelle Hiltrop nicht binnen drei Tagen nach ihrer Gründung Statuten und Mitgliederverzeichnis der Ortspolizeibehörde eingereicht habe. Aus der Urteilsbegründung sei hervorgehoben: Da die Berufsorganisationen die Wahrung und Förderung der materiellen und geistigen Interessen ihrer Mitglieder bezwecken, insbesondere durch Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, auch jeder Arbeiter des betreffenden Berufs Mitglied werden könne, so könne kein Zweifel bestehen, daß die einzelnen Berufsorganisationen eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten zum Ziele hätten. Indem die neue Satzstelle Hiltrop Delegierte zum Gewerkschaftsartikell wählte und sich dem Statut zu Herne anschloß, habe sie ein selbständiges Vereinsleben entfaltet. In dem § 48 Absatz 2 der Instruktion für die Vertrauensleute und Ortsverwaltungen des Verbandes deutscher Bergarbeiter sei gesagt: „Wo unsere Satzstellen Gewerkschaftsartikell in ihrer nächsten Nähe haben, ist es praktisch, sich denselben mit anzuschließen.“ Die Angliederung einer Satzstelle an das Statut sei hiernach in das Ermessen der einzelnen Satzstelle gestellt und gehe den Verband deutscher Bergarbeiter aus solchen nichts an. Durch den Anschluß an ein Gewerkschaftsartikell verfolge die Satzstelle selbständig die vom Verband angestrebten Ziele und bilde infolgedessen einen vom Vereinsgesetz betroffenen Verein. Die Satzstelle Hiltrop sei als Fortsetzung der Satzstelle Herthe anzusehen, und es sei anzunehmen, daß die Absicht des Anschlusses an das Gewerkschaftsartikell bei der Schaffung der Satzstelle Hiltrop bestanden habe, weil bereits die Satzstelle Herthe dem Statut angehört. Bei Bildung der Satzstelle Hiltrop sei hiernach eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten beabsichtigt worden.

Angeschlagter legte Revision ein, welche Rechtsanwalt Dr. Karl Lieblich am Donnerstag vor dem ersten Strafsenat des Kammergerichts vertat. Der Verteidiger berief sich auf das Urteil des Kammergerichts vom 24. November 1902, das in Sachen wider Ludwig Schröder, Reimpeters u. Gen. gefällt worden ist und wodurch der Zentralvorstand des Verbandes deutscher Bergarbeiter für verpflichtet erklärt wurde, alle Verbandsmitglieder aus allen Orten und Ortsgruppen bei der Ortspolizeibehörde in Bochum, dem Sitz des Verbandes, anzumelden. In dem Urteil ist u. a. gesagt: „Aus den §§ 5 und 10 des Statuts erhellt, daß alle Mitglieder in allen Ortsgruppen Mitglieder des Verbandes sind. Sie sind dem Vorstande des Verbandes anzumelden, welcher allein über ihre Aufnahme oder Abgang befiehlt, genau wie bei allen nicht zu Ortsvereinen zusammengeschlossenen Mitgliedern. Eine besondere Aufnahme in die Ortsvereine findet gar nicht statt. Die Ortsvereine, beziehungsweise ihre Verwaltungen, sind nur Unterbehörden, Zwischenglieder zwischen dem Vorstand und den Mitgliedern, keineswegs selbständige Vereine. Deswegen haben ihre Leiter weder ein Recht, noch eine Pflicht, der Polizei Mitglieder anzumelden, so lange die Ortsvereine in den Grenzen ihrer Aufgabe, dienende Glieder des Verbandesorganismus zu sein, verbleiben und nicht daneben ein selbständiges Vereinsleben entwickeln.“ Sodann verpflichtete der Verteidiger die Urteilsinstanz des Urteils erster Instanz.

Das Kammergericht hob das Urteil des Landgerichts auf und verwies die Sache mit folgender Begründung an das Landgericht zurück: Das angefochtene Urteil sei viel zu wenig durchsichtig, um erkennen zu lassen, ob nicht Rechtsirrtümer unterlaufen sind. Zur Verurteilung des Angeklagten fehle eigentlich ziemlich viel. Darüber, ob die Satzstelle Hiltrop für sich ein Verein sei, was festgestellt werden müsse, lasse sich das Urteil sehr dunkel aus. Es scheine aus der einen Tatsache, daß zum Gewerkschaftsartikell Delegierte gewählt seien, zurückzuschließen, daß es sich um einen Verein handle. An sich sei aber der Schluß nicht begründet. Ferner müßte festgestellt werden, ob die Satzstelle eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke. Nach dem Landgerichtsurteil könnte man höchstens eine einzige Einwirkung annehmen. Das genüge aber nicht, um festzustellen, daß die Satzstelle sich den Zweck gesetzt habe, auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken, was das entscheidende sei. Allerdings könnte unter Umständen ein solcher Zweck auch aus der Tätigkeit eines Vereins gefolgert werden. Schließlich sei auch nicht festgestellt, ob Angeklagter, der Vertrauensmann genannt werde, ein „Vorsitzer“ im Sinne des Vereinsgesetzes sei. — Nun geht die Sache also an die dritte Instanz zurück, um die hochnotwendige, für das Bestehen des Staats bedingende Frage zu betonen: ob nicht trotz des früheren Kammergerichtsurteils gegen die Satzstelle tatsächlich ohne erkennbaren Rechtsirrtum festgestellt werden könne, sie sei ein Verein. Und solcher bürokratischer Feststellungen halber ist die Arbeit neun gelehrter Richter, dreier Staatsanwälte, des Apparats vorarbeitender Polizeibeamter erforderlich. Wenn Gericht, Staatsanwalt und Polizei mit derlei bürokratischen Überprüfungen zu tun haben, können wirkliche Missfälligkeiten freuen.

Unberechtigtes Verbot einer Anarchistenversammlung. Eine vom Anarchisten Rüdiger zum Sonntag, den 19. März 1905, nach dem Böhmischen Braubause am Friedrichshain zu Berlin einberufene Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die geschichtliche Bedeutung der Märzämpfe“ war vom Berliner Polizeipräsidenten mit der Begründung verboten worden, daß die Versammlung habe strafgesetzwidrigen Zwecken dienen sollen. — Nach vergeblicher Beschwerde beim Oberpräsidenten klagte Rüdiger gegen diesen beim Ober-Verwaltungsgericht, indem er die Aufhebung der Verbotserfügung als durchaus unbegründet verlangte. — Der Oberpräsident führte dagegen in seiner Klageantwortung aus, daß der Polizeipräsident mit Recht angenommen habe, die Versammlung habe strafgesetzwidrigen Zwecken dienen sollen. Insbesondere sei mit Sicherheit anzunehmen gewesen, daß in ihrem Verlaufe mit Erregung des öffentlichen Friedens zu Gewalttätigkeiten aufgereizt und aufgereizt werden würde. Dafür sprächen verschiedene Tatsachen. Erstens gehörte der Einberufer Rüdiger, der gleichzeitig als Hauptredner auftreten sollte, zu den Anarchisten der schärfsten Tonart. Er sei wegen anarchistischer Umtriebe 1869 aus Holland und 1904 aus Belgien ausgewiesen worden. Seit dem Wiederanstehen in Deutschland habe er sich als einer der eifrigsten Beförderer des Generalstreiks und der daraus resultierenden Auflehnung gegen die Staatsgewalt und Aufregung der bedürftigen Klasse der Bevölkerung gegen die Besitzenden bemerkbar gemacht. Diesen Standpunkt habe er namentlich auch in öffentlichen Versammlungen, in denen er zu Worte kam, in schärfster Weise vertreten. — Das an und für sich rein historische Thema: „Die Bedeutung der Märzämpfe“ sei dazu bestimmt gewesen, die gegenwärtige revolutionäre Bewegung in Russland und namentlich die bekannten Vorgänge in Petersburg vom 22. Januar unmittelbar in Anschluß an das Gedächtnis der Märztage von 1848 zur Erörterung und zur Diskussion zu bringen.

Daß es bei dieser Gelegenheit nicht ohne Anpreisung der terroristischen Taktik der russischen Revolutionäre und ohne Verherrlichung des Meuchelmordes abgegangen wäre, das beweisen fast sämtliche Nummern der hiesigen anarchistischen Presse, die seit Beginn dieses Jahres zur Verbreitung gelangt seien. Der Verein der föderierten Anarchisten Berlins und Umgegend, dem sowohl A. Weidner, der anfänglich als Referent ausgerufen gewesen sei, wie auch Rüdiger nahe ständen, habe am 18. März, und zwar noch vor Erlass des Versammlungsverbotes, auf den Gräbern der Märzgefallenen in demonstrativer Weise einen Kranz mit schwarzer Schleife niedergelegt, der die Widmung trug: „Den Freiheitskämpfern vom 18. März 1848 in Berlin und vom 22. Januar 1905 zu Petersburg!“ Auch dieser Umstand dürfte beweisen dafür sein, in welchem Sinne das Thema der Versammlung behandelt werden sollte. — Der Oberpräsident verwies ferner darauf, daß der anarchistische „Freie Arbeiter“ am 18. März, auf rotem Papier gedruckt, zahlreich im Friedrichshain verkauft worden sei, daß die Versammlung Sonntagmittags als einzige unmittelbar beim Friedhof der Märzgefallenen habe stattfinden sollen, wo an den Tagen um den 18. März ein großer Verkehr herrsche, und daß eine sehr lebhaft Agitation entfaltet worden sei, so daß man von vornherein auf einen starken Besuch der Versammlung und auf eine mehr oder minder hochgradige Erregung habe rechnen können. Wenn man alles zusammen berücksichtige, dann müßte als festgestellt erachtet werden, daß die geplante Versammlung strafgesetzwidrigen Zwecken dienen sollte. Das sei bei anarchistischen Bestrebungen stets zu befürchten. — Für seine Befürchtungen zog der Oberpräsident auch noch ein in der — Schweiz erscheinendes anarchistisches Blatt „Rekrut“ heran, das den Meuchelmord verherrliche und zu Attentaten anreize und worin der Berliner „Anarchist“ als Bruderorgan bezeichnet worden sei.

Das Ober-Verwaltungsgericht gab der Klage am Donnerstag statt und setzte das Versammlungsverbot außer Kraft. Es ging davon aus, daß Versammlungen in geschlossenen Räumen lediglich wegen Befürchtungen, die sich an ihren voraussetzlichen Verlauf knüpfen, nicht verboten werden können, mit Ausnahme des Falles, wo ersichtlich sei, daß die Versammlung strafgesetzwidrige Zwecke verfolgen sollte. Die in der Gegenklärung des Oberpräsidenten angeführten Tatsachen erschienen nach Auffassung des Gerichts nicht ausreichend, um den Erweis zu erbringen, daß mit der Versammlung strafgesetzwidrige Zwecke verfolgt werden sollten. Deshalb lasse sich das Verbot nicht rechtfertigen. — Damit ist wiederholt der Polizei obertrichterlich bestätigt, daß sie das Vereinsrecht und die Versammlung verleiht hat.

Ein Gewerkschaftsführer wegen Unterschlagung verurteilt. Der Schiedsrichter Petri ist vom Amtsgericht Niddorf zu drei Monaten Gefängnis wegen Unterschlagung von Gewerkschaftsgeldern verurteilt worden. Die Unterschlagung gab er zu. Ursprünglich hatte er einen Einbruchsdiebstahl fingiert und durch diese Fiktion zur Entdeckung der Unterschlagung geführt.

Das Schicksal des wegen Wattenmordes zum Tode verurteilten Helfershelfers Walthers ist noch immer nicht entschieden. Walthers ist von den Geschworenen des Landgerichts Berlin II am 28. April 1904 der Erbschließung seiner Frau für schuldig befunden und vom Gerichtshof zum Tode verurteilt worden, und seitdem, d. h. seit mehr als 1 1/2 Jahren, schwebt das Damoklesschwert des Todesurteils über seinem Haupte. Walthers hat bekanntlich während des ganzen Strafverfahrens entschieden bestritten, seine Frau ermordet zu haben und die Sache so dargestellt, daß diese wahrscheinlich Selbstmord begangen habe. Er ist auch nach seiner Verurteilung von dieser Behauptung nicht abgegangen, doch sind mehrere Anträge auf Wiederaufnahme des Verfahrens ohne Erfolg geblieben. Schon in der Hauptverhandlung war es zur Sprache gekommen, daß Walthers feinerzeit wegen einer krankhaften Entzündung an der Rektumbasis vom Militär entlassen worden war, doch sind daraus Folgerungen auf seinen Geisteszustand nicht gezogen, das etwaige Vorliegen einer Geisteskrankheit ist von den Experten feinerzeit verneint worden. Neuerdings scheint das Schicksal des Walthers nun doch eine Wendung nehmen zu wollen. Dem Vernehmen nach ist Walthers aufs neue durch den Medizinalrat Dr. Seyppmann einer sorgfältigen Beobachtung unterworfen worden und das Gutachten dieses Sachverständigen soll so ausgefallen sein, daß ein vom Rechtsanwält Dr. S. Silberstein zugunsten des Walthers aufs neue gefällter Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens nunmehr Erfolg haben dürfte.

Sittlichkeitsverbrechen eines Greises. Der 73jährige Rentier Hr. Kretschmar aus Mariendorf wurde gestern von der Strafkammer wegen Sittlichkeitsverbrechens begangen an Kindern im Alter zwischen zehn und vierzehn Jahren zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt.

Vermischtes.

Der Selbstmord des Majors v. Bloch von Blottitz bildet in allen Kreisen der Stadt Brandenburg a. O. das Tagesgespräch. Der 44jährige Major war der Kommandeur der 2. Abteilung des Feld-Artillerie-Regiments Generalfeldzeugmeister (I. Brandenburgisches) Nr. 3 und seit längerer Zeit als großer Ledermann nicht nur in Brandenburg a. O., sondern namentlich auch in Berlin, wohin er fast täglich fuhr, bekannt. Er hatte sehr noble Possionen, fuhr auf Summiträdern und hielt sich teure Reispferde. Namentlich aber war er ein Verehrer der leichtlebigen Damemwelt und auf fernem Gebiet ist wesentlich auch der Grund zu dem Selbstmord zu suchen, den Major von Blottitz im Militär-Arresthause zu Brandenburg a. O. durch Erhängen vollführte. In seiner Garnisonstadt war er zu einem noch schulpflichtigen Mädchen in intime Beziehungen getreten. Der Vater desselben brachte die Sache aber zur Anzeige, so daß ein Verfahren wegen Sittlichkeitsverbrechens gegen den Major eingeleitet wurde, das aber einen negativen Verlauf nahm. Damit war aber der Vater nicht zufrieden, sondern schaffte neue Beweismittel heran, welche zur Folge hatten, daß Major von Blottitz in Berlin, wo er die Genehmigung seines Abschiedsgelds abwarten wollte, durch einen beauftragten Offizier verhaftet und nach Brandenburg a. O. gebracht wurde. Ueber Nacht hat er sich dort mit einem Taschentuch am Fenster der Zelle des Arresthofs erhängt. Seine Leiche wurde nach Potsdam gebracht und hier in aller Stille beerdigt. Als Todesursache wurde Herzschlag angegeben.

Ein neues Stücklein von der Städtebahn. Von der lieblichen Brandenburgischen Städtebahn hört man wieder einmal etwas. Auf der Station Premnitz im Kreise Osthavelland stand der Zug zur Abfahrt bereit. Man hatte an die Lokomotive des Abendzuges einen Witterwagen gehängt, diesen aber vergessen, an die neun folgenden Personenzüge zu koppeln. Der Zug fuhr los, aber die Wagen, die mit zahlreichen Personen besetzt waren, blieben stehen. Erst kurz vor der Station Kögelin wurde das Versehen bemerkt. Das kam so. Der Zugführer, freudig erstaunt, daß ein kleiner Hühner, über den man sonst nur langsam hinwegzusehe, so schnell genommen war, wurde dann aber mißtrauisch. Als er an einer Kurve hinaussah, um nach seinen sieben Wagen auszublicken, fand er die Aufklärung. Er hielt und dampfte zurück nach Premnitz, wo die Passagiere im vollen Vertrauen auf den „Defraudanten“ sitzen geblieben waren.

Zur Kollage der Landwirtschaft. Eine Bauernhochzeit, zu der nicht weniger als 250 Gäste geladen waren, fand dieser Tage im Dorfe Lieben bei Helzen statt. Zwei Kinder, zwei Säuglinge und mehrere Schweine, eine Menge Geflügel aller Art und 150 Pfund Karpfen haben zur Verherrlichung des Festes beitragen müssen. Die wahrhaft färsliche Ausstattung der Braut wird in

acht Räumen des neuen zweistöckigen, schloßartig gebauten Hauses des Bräutigams, das mit allen modernen Einrichtungen versehen ist, untergebracht. Auch kam der Schwiegervater noch mit einer ansehnlichen Menge Morgenbrot herüber.

Das Hochwasser in Leipzig näherer und weiterer Umgebung hat bereits seine Opfer gefordert. Am Sonntagmorgen fuhr der Zimmermann Schuhmann mit seinem Knecht nach Leutzsch bei Leipzig. Bei Hämichen an der Brücke kamen sie, da die ganze Flur in einen hochgehenden Strom sich verwandelt hatte, vom Wege ab und gerieten mit Wagen und Pferden in die reißenden Fluten. Der ältere Schuhmann ertrank, ebenso die Pferde. Dem Knecht aber gelang es, sich an einen Weidenbüsch zu klammern, wo er 1 1/2 Stunden aushielt, bis er entdekt und dem Leipziger Krankenhaus zugeführt wurde.

Katastrophe im Schacht. Aus Johannesburg wird telegraphiert: Am Sonntagabend stürzte ein senkrechter Schacht der Driefontein Deep-Mine ein, wobei ein Weiber und 67 Eingeborene getötet wurden. Alle, die nicht durch die Trümmer getötet wurden, ertranken in dem steigenden Wasser.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Heute abend 8 Uhr zweite Abteilung Brunnent. 154: Vortrag über Verletzungen, Wundbehandlung und Klappern. Daran anschließend praktische Übungen. Neue Teilnehmer können noch eintreten, da der praktische Teil des Kurses jetzt beginnt.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 7. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Eine innere Lage. — Proletarisches Bewußtsein und Revolution. Von H. K. — Der Journalismus in der Sozialdemokratie. Von R. Kautsky. — Rentenversicherung und Sozialgesetzgebung. Von Ludwig Radlof (Breslau). — Die ökonomische Lage des jüdischen Proletariats in Russland. Aus dem Russischen übersetzt von H. K. — Arbeitervereine in Belgien. Von Heinrich Heermann. — Notizen: Defterisches Tabakhandeln nach Deutschland.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer) ist und soeben die Nr. 23 des 13. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Arbeiterinnen, aufgemacht! — Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Nürnberger Arbeiterinnen. Von Helene Grünberg. — Ueber Schulgesundheitspflege. V. Von Dr. Jadel. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Der niederösterreichische sozialdemokratische Parteitag. — Halbjahresbericht der Vertrauenspersonen der Genossinnen von Magdeburg und Umgebung. — Die Genossinnen und die Kommunalangelegenheiten. — Sittliche Rumpst. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rumpst. — Religionen: Der Kampf in der schiffbrüchigen Textilindustrie. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauen: Revolution. Von Otto Krücke (Gedicht). — Kritiker. Von Ida Christen. (Fortsetzung.)

Frauen-Beilage: Sturmgedanken. Von Franz Wiedrich. (Gedicht). — Rindfleisch für das Volk. Von A. F. — Sexuelle Erziehung. Von H. K. — Kapitteltheater. Von Leo Heller. (Gedicht). — Unsere Kleidung. Von Toni Frenzel. — Die Mutter als Erzieherin. — Digiene. — Für die Hausfrau.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich 2,50 M., unter Kreuzband 35 Pf., Jahresabonnement 2,60 M.

Der „Wahre Jakob“ hat soeben die 22. Nummer seines 22. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Nikolaus, der todessüchtige Jongleur und Varietee-Sammelhäher“ und „Eine technische Erregungsschicht“, ferner die Bilder „Ein Sammelhäher der russischen Revolution“, „Heißer Welsch“, „Die Satien und die Hungerfelder“, „Gut Wille, die Hoffnung des Proletariats“, „Der Friedensgar“, „Der Ingenieur“, „Nikolaus' letzte Zuckung“, „Junker und Kleinbauer“, „Die normwegischen Königsräuber“, „Der heilige Teufel“, „Kapitalistische Wohlthaten“ und „Nach einer alten Steinzeit“. Der letzte Teil der Nummer bringt die Gedichte „Deutsche Volklied“, „Des Staatsanwalts Idee“, „Der gute Nikolaus“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die illustrierte Novelle „Armenpflege“ aus der Feder der während der Vorbereitungen zu dieser Nummer verstorbenen Dichterin Clara Müller.

Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. „Kommunale Praxis“, Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt u. s. w. Herausgeber Dr. Albert Södelmann. Probenummern kann man jederzeit ganz kostenlos vom Verlage der „Kommunalen Praxis“, Berlin W. 15 beziehen.

Sozialer Fortschritt, Heft 52/53: Wegner, W.: Die Lage der Landarbeitenden. 50 Pf. — Heft 54/55: Tolstoj, Graf Leo: Die große soziale Lüge. Mit Vorwort von H. Damalski. 50 Pf. — Heft 56: Gottscheiner, Dr. Edu.: Die gewerbliche Arbeiterinnenfrage. 25 Pf. Sämtlich zu beziehen durch den Verlag Felix Bloch, Leipzig.

Der Sohn im Volksglauben. Dem von Professor Meit und Dr. Holthe herausgegebenen, mit fast 700 Abbildungen ausgestatteten Werk „Unser Hausheer“ (Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt) ist Lieferung 11—15 (Preis je 60 Pfennig) erschienen.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der hiesigen Marktschulden-Direktion. Rindfleisch Ia 64—68 pr. 100 Pfund, Ha 57—61, IIIa 50—55, IVa 40—48, Kalbfleisch Ia 55—60, Ha 72—82, IIIa 56—70, Hammelfleisch Ia 65—73, Ha 48—58, Schweinefleisch 74—78, Rotmilch 34—48 Pf. Kalb Schlachtkörper 3,00—3,40, Kalb 1,50—2,00, Rindfleisch Schlachtkörper 0,25—0,35, Schlachtkörper 0,30—0,32 Pf. Rindfleisch, junge Ia 1,00, junge Ha 0,60, junge Schweine 0,60—0,60, alle Ia 0,75, alle Ha 0,60—0,60, Schmalz, alle 0,90—1,20, junge 0,80—1,10 das Stück, Lauben, junge 0,40—0,45, alle 0,30, Enten, junge 1,40—2,25, Gänse Ia, 3,50—4,00, Ha 2,50—3,50 per Stück, Ia 0,55—0,58, Ha 0,48—0,56 per Pfund, Hechte 77—80 M., Schlei, unsort. 00—00, Kote, groß 0,60, mittel 0,50 Pf. Fische 00—00 M., Karpen 0,60, Unsch 0,60 Pf., Schellfische 20—22 Pf., Rinder 18 Pf. pro 100 Pfund. Schottische Bollerhinge (gefilten) 30—35 Pf. Ariele, kleine, Schmalz 0,60 Pf., unsortiert 0,60 Pf. Eier, Schmalz 0,60. Butter pro 100 Pfund Ia 122—124, Ha 115—122, IIIa 111—114, abfallende 90—110. Kartoffeln pr. 100 Pf. rote 2,00—2,20, Rosen 0,60—0,60, blaue 0,60—0,60, runde weiße 1,80—2,00, Winkelschiff pr. Schmalz 4,00—5,00, Weizen 6,00—8,00, Roggen 4,00—5,00, Ha 10—13 M., Saure Gurken, Schmalz 2,00 M.

Briefkasten der Redaktion.

Streitfrage. Rein. — Lüppe. Wir können Ihnen Wunsch nicht erfüllen.

Witterungsüberblick vom 13. November 1905, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in Grad C, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in Grad C. Rows include Eisenmende, Brandenburg, Berlin, Frankfurt a. M., München, Wien, Dabrunn, Petersburg, Sibirien, Aachen, Paris.

Wetter-Vergleiche für Dienstag, den 14. November 1905. Kühl und ziemlich trüb mit Niederschlägen und spärlichen klaren Stunden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 11. November. Elbe bei Ruffig + 1,15 Meter, bei Dresden - 0,32 Meter, bei Magdeburg + 1,52 Meter. — Umnau bei Straußburg + 3,00 Meter. — Oder bei Rathow + 2,27 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,25 Meter, bei Breslau Unterpegel - 0,55 Meter, bei Frankfurt + 1,42 Meter. — Weichsel bei Braunsberg + 3,08 Meter. — Warthe bei Gosen - Meter. — Neys bei Wlq - Meter.

# 30. Kommunalwahlbezirk.

(5. und 6. Wahlkreis.)

Dienstag, den 14. November, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr.

## Wähler-Versammlung

bei Gramatte, Bergstraße 12.

**Auf zur Stichwahl!** Referent: Stadtverordneter Gen. Hermann Schubert.

Zahlreiches Erscheinen erwartet. Das Wahlkomitee. 290/1\*

## Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis: Rosenthalerstr. 57.

Donnerstag, 16. November, abends 8 Uhr, in den „Sophien-Sälen“ (großer Saal), Sophienstr. 15, nahe der Rosenthalerstraße:

## Allgemeine Metallarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Welche Lehren ziehen die Arbeiter aus den Aussperrungen? Referent: Stoll, Wiesner.
  2. Diskussion.
- In Anbetracht der wichtigsten Tagesordnung erwartet zahlreiches und pünktliches Erscheinen. Die Ortsverwaltung. 251/2\*

**Achtung!**

## Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Freitag, den 17. November 1905, abends 8 Uhr, bei Keller, Koppenstraße Nr. 29:

## General-Versammlung

aller zum Zweigverein Berlin gehörigen Zahlstellen und Sektionen.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung des Kassierers vom 3. Quartal.
  2. Wahl eines Ausschuss-Mitgliedes.
  3. Gewerkschaftliches Mitgliedsbuch legitimiert.
- Zahlreichen Besuch der Versammlung erwartet. Der Zweigvereins-Vorstand. J. A.: Emil Thöns.

NB. Die regelmäßige Mitgliederversammlung der Zahlstelle Friedrichsberg fällt dieser Versammlung wegen aus. D. D.

## Achtung! Zentralisierte Lederarbeiter. Filiale I Berlin.

Weißgerber, Färber und Hülfсарbeiter.

Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, im „Marienbad“, Badstraße Nr. 35/36:

## Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht der Subkommission über gepflogene Verhandlungen mit den Fabrikanten. 2. Verschiedenes.

Die Mitglieder haben sich mit Legitimationsbüchern zu versehen betreffs Kontrolle beim Eingang. Der Vorstand. 144/7

Preisermäßigung **10 Pf.** Brennspiritus **10 Pf.** Preisermäßigung  
= pro Liter = „Marke Herold“ = pro Liter =



Man nehme nur Flaschen mit unversehrten Verschlussstreifen, auf welchen Gradstärke und Preis vermerkt sind! 4866L\*

**30 Pf.** pro Literflasche ca. 90 Vol. % exkl. Glas

**33 Pf.** pro Literflasche ca. 95 Vol. % exkl. Glas

In Berlin und Umgebung etwa 9000 Verkaufsstellen.

Zentrale für Spiritus-Verwertung, G. m. b. H., Berlin W. 8.

## Lagerbier-Brauerei E. Haase, Breslau.

Der Vertrieb meiner Lagerbiere (in Gebinden und Flaschen) findet nicht mehr durch Herrn Gustav Haasen, Schlesischestraße 28, sondern durch meine für Berlin und Umgegend jetzt neu errichtete eigene Niederlage: 203/5\*

Berlin SO., Mühlenstraße 73-74, Tel. Amt VII 3311,

statt. — Ich benutze einem sehr geschätzten Kundenkreis gegenüber diese Gelegenheit gern, für die meinen Produkten bisher in so reichem Maße entgegengebrachte Anerkennung verbindlichst zu danken und zu bitten, mich auch fernerhin in gleicher Weise freundlichst unterstützen zu wollen. E. Haase.

## Orts-Krankenkasse des Zimmerer-Gewerbes.

Wittwoch, den 22. November, vormittags 10 Uhr, findet im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Nfer 15, Saal 5, eine Versammlung der Arbeitgeber, welche Beiträge zur Kasse aus eigenen Mitteln leisten, statt.

Tages-Ordnung: Wahl von 24 Vertretern zur Generalversammlung pro 1906.

In demselben Lokal und zu derselben Zeit, doch getrennt, findet eine Versammlung d. Kassensmitglieder (Arbeitnehmer) statt.

Tages-Ordnung: Wahl von 48 Vertretern zur Generalversammlung pro 1906.

Das Leitungsbuch legitimiert und ist beim Eintritt in das Wahllokal den Kontrollleuten vorzulegen.

Freitag, den 24. November, abends 8 Uhr, findet in dem bezeichneten Lokal und Saal 7 die ordentliche Generalversammlung statt.

- Tages-Ordnung:
1. Wahl von 3 Vorstandsmitgliedern (Arbeitgeber).
  2. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern (Arbeitnehmer).
  3. Wahl des Prüfungsausschusses.
  4. Verschiedenes.
- Die am 16. November 1904 gewählten Vertreter werden hierzu eingeladen. 4106
- August Brunzel, Ewald Petermann, Vorsitzender. Schriftföhrer.

## Orts-Krankenkasse

der Messerschmiede, Schwertfeger und Verfertiger chirurg. Instrumente zu Berlin.

Dienstag, 21. November 1905, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei E. Dase, Brunnenstr. 154:

## Ordentliche General-Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. Wahl von 3 Ausschussmitgliedern zur Abnahme der Jahresrechnung.
  2. Wahl des Rentanten.
  3. Wahl von 4 Vorstandsmitgliedern (1 Arbeitgeber und 3 Arbeitnehmer).
  4. Verschiedenes.

Das Mitgliedsbuch legitimiert! Die Herren Arbeitgeber sind hiermit eingeladen. Der Vorstand. 277/8

## Orts-Krankenkasse

der Stellmacher.

Dienstag, 21. November 1905, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, in Dräsel's Festsälen, Neue Friedrichstraße 35:

## Ordentliche General-Versammlung

- Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes.
  2. Neuwahl von drei Vorstandsmitgliedern (ein Arbeitgeber, zwei Arbeitnehmer).
  3. Wahl von drei Rentoren zur Prüfung der Jahresrechnung 1905.
  4. Gehaltsfrage des Rentanten.
  5. Verschiedene Kassensangelegenheiten.
- Der Vorstand. 277/9  
J. A.: S. Koleski.

**Achtung!**

## Verband der Portefeuller und Federgalanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen. Zahlstelle Berlin.

Wittwoch, den 15. November, abends 8 Uhr, in Graumanns Fest-sälen, Raunynstraße 27:

## Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Der Bericht der Tarifvorläge. Referent: Reichstags-Abgeordneter Robert Schmidt.
  2. Diskussion.
  3. Das Verbot der Beschäftigung schulpflichtiger Kinder.
  4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
- In dieser Versammlung sind alle Berufsgeschäftige, auch Nichtmitglieder, freundlich eingeladen.

Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet. Die Ortsverwaltung. 144/8

Sonnabend, den 25. November 1905, in der „Neuen Welt“, Hafenstraße 108/114:

## Vorstellung lebender Photographien mit Kinematograph.

Rede der Vorstellung: Tanzkränzchen. Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach. — Anfang pünktlich 1/2 9 Uhr. — Billets 20 Pf. In der Kasse werden keine Billets verkauft. D. D.

## Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Dienstag, den 14. d. M., abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei Feind, Weinstr. 11:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wahl des in Vorschlag zu bringenden Kandidaten für den 15. Gau.
2. Abrechnung vom 3. Quartal 1905.
3. Diskussion über den in voriger Versammlung gegebenen Bericht der Delegierten der 12. General-Versammlung in Leipzig.

Die Bevollmächtigten. J. A.: S. Rosenthal. 157/16

Lieferant für alle 4737L\*

## Krankenkassen

Victoria-Bad | Friedr. Wilhelms-Bad

Kottbuser Damm 75 | Chausseestraße 81

vis-a-vis Hohenstaufenplatz | vis-a-vis Liesenstraße.

Amt IV 8152. | Amt II 4496.

## Sämtliche Bäder.

Auch für Damen täglich sämtliche Schwitz- und Massage-Bäder.

## Motorroschken

nach polizeilicher Vorschrift, schnell lieferbar.

## Loeb & Co., G. m. b. H.

Grünstr. 5-6 und Unter den Linden 65.

## KNORR'S Hafermehl,

in 30jähriger Erfahrung als besor Zusatz zur Kindermilch erprobt.

## Reelle, beste und billigste Bezugsquelle für Glas-Christbaumschmuck!!!

für alle Vereingenoßen und Arbeitervereine! für Händler und Privats!

Die im Zentralverband der Glasarbeiter Deutschlands organisierten Glasbläser von Steinach und Umgegend haben im Interesse des weiteren Ausbaues ihrer Organisation zur bevorstehenden Weihnachtszeit den Versand ihres Produktes

## Glas-Christbaumschmuck

selbst in die Hand genommen und versenden Sortimentslisten in geschmackvoller Zusammenstellung und sorgfältigster Ausführung, enthaltend Engel, Bögel, Glocken, Trompeten, bemalte, besponnene und verfilzte Kugeln und Kette, Kränze, Baumspitzen, Luftballons und andere besponnene Neuheiten, Krampferler usw., zusammen weit über 200 Stück nur bessere, größere und aufs feinste ausgeführte Sachen. Auf Wunsch auch über 300 Stück kleinere Sachen zum Preise von 5 Mk. franco gegen Nachnahme. Bezug in größeren Mengen von 10 Mk., 15 Mk. und Bahnlisten von 20 Mk. an wegen Vorlo-Erparnis bedeutend vorteilhafter und billiger.

Bestellungen bitten wir zu richten an Zahlstellenkassierer Ednard Tschach, Zieinach S.-M., Kirchstr. 110. 49822\*

## Restaurant zum Schwan, Tegelort.

Wie alljährlich so auch dieses Jahr zum Sudtag großes Wurstfesten, wozu ich Freunde, Bekannte, Vereine usw. freundlichst einlade. 50022\*

Leon Kielezki, Restaurateur.

## Gewinn

Lose der königl. Preussischen Lotterie zahle sofort aus. Heinrich Kron, Bank-u. Lotteriegeschäft, Alexanderstr. 54.

## Uhren, Bilder,

Gardinen, Stores, Portieren, Teppiche, Lüsterstoffe, Steppdecken, Plüschdecken, Wäsche, Chaiselongues etc. billigst. Auch auf Teilzahlung.

Gustav Steinke, O., Kopernikusstr. 21

Bahnhof Warschauerstraße.

## Das älteste Rester-Geschäft

des S.-O. von 44162\*

Wilh. Mühlbach

empfiehlt Rester von Wäschern, Strümpfen, Gamasen zu Damen- und Kinder-Modells zu den billigsten Preisen.

Größte Auswahl in fertiger Kontektion. 10

10 Oppelnerstr. 10

## Das größte Brot für 50 Pf.

Brotware: 6 Stück 10 Pfennig in

## Albrechts Bäckereien:

Wrangelestr. 135, Kraussstraße 19, Waldenstraße 28, Paulsenstr. 2, Marktstraße 11, Stand 222/23, Marktstraße 11, Stand 16/18, Zentrale: Vorhagenstr. 13.

## Feine Pelawaren

## Stolas-Jackets

1. tadellos Ausführung, sehr preiswert. 57 Leipzigerstr. 57 Hof neben den Kolonnen.

## Kein Schaukasten!

Würzburger Hühneraugenmittel von Dr. H. Unger-Bürgung. — 20 Pf. In Berlin: Salomon-Apothek, Charlottenstraße, Orsi-Apothek, Bismarckstr. 23. In Breslau: 3612L\* Victoria-Apothek, Friedr. Wilhelmstr. 43

**Sämtliche Neuheiten für den Herbst u. Winter vorrätig.**

# M. Schulmeister

Schneidermeister

## Berlin SO., Dresden- straße 4, am Kottbuser Tor.

**Spezial-Haus  
feiner  
Herren- und Knaben-  
Garderobe**

fertig und nach Maß.

Elegante  
Winter-Paletots von Mk. **18** 50  
an  
Jackett-Anzüge **17** 50  
Rock-Anzüge **26** -  
Gehrock-Anzüge **32** 50  
Loden-Joppen **6** -

Berufskleidung für alle Gewerke.  
Nur eigene Konfektion.

**H. & P. Uder** Berlin SO. 16,  
Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung u. Tabakfabrik.  
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.  
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.  
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.  
Sämtliche be-  
kannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen  
Amt 4, 3014.

Soeben erschien:

# Die Neue Gesellschaft

Sozialistische Wochenschrift.  
Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.

Inhalt von Nr. 33:  
Rußland. — Die Rede Balfours. — Die ohnmächtige Gewalt. —  
Verleumdungen. — Politisches Kinderspielzeug.

**Glossen:**  
**Eine Stimme aus Berliner Arbeiterkreisen.**  
**Paul Umbreit, Sozialdemokratische Arbeitgeberkonflikte.**  
Wilhelm Schröder: Erziehung zur Staatsfeindschaft. — Frank E. Washburn:  
Freund: George Frederick Watts. — Leo Berg: Berliner Theater.

**\*\* An die Partei. Ein Gedicht.**

Verlag der „Neuen Gesellschaft“  
Berlin W., Meinekestr. 5.

Einzelheft 10 Pf. Pro Monat 40 Pf. Pro Vierteljahr 1,20 M.  
Zu beziehen durch alle Kolporteurs, Zeitungs Expeditionen, Buchhandlungen, Postanstalten  
und durch den Verlag.

Probenummern unentgeltlich und portofrei durch den Verlag.

Die

# Aussperrung

der Dresdener Zigarettenarbeiter

hat die  
Gründung der Zigaretten-Produktiv-Genossenschaft  
notwendig gemacht.

**Kelne Unternehmerprofite! Nur Handarbeit.**  
4868 L.  
Vorzüglichste Qualität.  
In allen Zigaretten-Geschäften zu haben.  
Beste 2 Pf.- und 3 Pf.-Zigarette.

Fabriklager: Berlin SO., Köpenickerstr. 20a. Amt IV, 9460

**Eine Mark**  
möchtl. Lieferer selbstspielende

# Musikwerke, Sprechmaschinen und echte 4087 L.

**Menzenhauer Zithern.**  
Schönste Familienunterhalt.

# J. Kurzberg,

An der Jannowitzbrücke 1,  
dir. a. Bahnh. Jannowitzbrücke.

# Nathan Wand

129 Stallstr. 129.  
Die schönsten 50000\*  
Herren-Winter-Paletots  
und Anzüge in neu  
formte (speziell  
Monats-Garderobe  
von Cavalieren getragene Sachen,  
fast neu, für jede Figur passend,  
speziell Bauchanzüge sind in  
großer Auswahl stets zu flammend  
billigen Preisen zu haben.

# Nathan Wand

129 Stallstr. 129.  
Schuhfabrikation Kottbuser Tor.  
Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Alten Kottbuser  
Getreidekorn** endetail.  
empfehl. H. Mrose, Rannun-  
straße 67. Amt IV, 3444. \*

**6. Ziehung 5. Kl. 213. Kgl. Preuss. Lotterie.**  
Ziehung vom 12. November 1906, vormittags.  
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden  
Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

427 33 63 87 839 85 90 627 74 02 798 854 1080	173 306 436 802 [5000] 911 44 2236 84 465 509 89 607	750 917 3155 235 309 16 85 735 [5000] 907 54 906	4019 227 44 305 [5000] 60 415 609 719 5007 109 48 76	494 [1000] 697 802 983 6007 150 224 372 702 838	905 76 726 446 526 965 8361 65 [3000] 414 29 85	716 804 9004 122 749 76 801								
10048 213 416 53 72 571 738 846 912 [5000] 11026	78 272 96 449 91 606 9 18 083 72 12228 431 516 [5000]	604 82 752 92 895 911 13015 317 [3000] 448 88 747	95 845 51 81 960 14069 108 219 84 372 674 [5000]	746 [5000] 821 15025 86 187 94 213 406 22 [1000]	16065 381 899 93 946 83 85 17179 84 249 64 389	820 816 18332 431 609 [5000] 11 [5000] 699 19423	902 91							
20035 254 [5000] 439 [5000] 762 927 21688	145 [5000] 227 50 444 539 895 22001 441 616 25 792	850 23110 417 621 [3000] 43 72 24008 345 [5000]	418 577 536 783 837 391 25110 456 83 788 846 73	963 [1000] 26199 294 92 485 548 790 927 27124	744 [5000] 468 90 541 61 81 94 615 990 28205 48	54 431 692 [3000] 44 727 61 812 936 29030 582 [1000]	670 75 95 750 96 862 998							
30002 127 285 431 37 632 53 31079 91 [3000] 171	278 531 605 [1000] 783 906 91 32196 426 [5000] 45	440 515 21 32 41 736 34013 14 181 316 67 87 467	519 677 84 708 29 99 944 35000 150 305 342 424 595	642 67 857 97 934 [1000] 79 36079 218 [5000] 27 397	401 67 857 97 934 [1000] 79 36079 218 [5000] 27 397	15001 50 [5000] 702 829 38273 367 615 708 39032	56 72 282 [5000] 90 400 84 977							
40169 [5000] 423 535 [1000] 650 740 68 [5000] 890	933 67 41048 308 418 64 523 79 89 [5000] 850 [1000]	911 25 42130 268 318 419 24 42 512 908 33 43002	177 328 [5000] 783 890 44029 102 481 605 11 789 893	699 994 45141 256 320 861 65 44008 103 79 471	597 47042 259 320 79 434 651 99 [5000] 610 31 755	56 892 948 79 48079 147 946 879 919 92 49012 71	250 358 655 701 3 60 864 76 315 63 [1000]							
50087 [1000] 68 83 120 59 68 225 370 71 99 [3000]	496 612 96 131 848 86 93 957 [5000] 51093 [5000] 41	109 25 294 [1000] 35 84 [5000] 94 322 499 526 890 752	669 896 52250 43 304 [5000] 508 653 64 53390 110	46 56 226 530 896 908 [3000] 54240 348 [1000] 524	332 [5000] 985 55136 [5000] 96 222 78 497 [5000] 759	916 30 83 56001 442 701 77 88 855 988 57037 165 91	354 553 635 79 939 58102 79 245 [3000] 317 [3000]	416 508 27 634 49 731 59446 67 757 836 946						
60025 81 426 67 923 25 741 997 61061 224 374	7500 640 85 821 62 62198 292 308 10 44 81 442 639	10000 30 61 94 837 71 949 [1000] 63007 32 80 133	[3000] 440 64011 202 13 88 518 68 683 717 28 [1000]	210 65104 [1000] 15 [3000] 735 802 943 69102 24	237 [1000] 51 77 601 75 737 46 803 46 969 67018	575 [3000] 621 712 862 68439 347 418 [3000] 47 601	55 890 69073 76 [1000] 185 [5000] 735 [1000] 66	92 847						
70012 33 100 17 282 595 [5000] 746 64 68 [5000] 819	71705 72 [1000] 920 21 44 50 72906 114 249 402 27	521 738 [1000] 67 [5000] 871 88 949 [1000] 73060 159	274 82 391 591 696 718 827 [1000] 74318 408 65 85	513 [5000] 22 624 836 904 75136 350 71 717 73128	62 55 499 518 29 687 [3000] 59 893 [5000]	77122 294 409 27 509 83 729 [3000] 888 97 [3000] 78059 347 400	584 671 710 57 79319 408 57 76 569 763 87 802 [3000]	44 46 86						
80071 147 291 332 300 81060 61 251 83 477 567	80 694 55 718 546 55 944 84 [1000] 82234 315 39 540	52 89 [3000] 83944 133 84078 135 110 39 [5000] 79	89 523 63 83 [5000] 821 85001 31 30 199 20 76 354	512 605 [1000] 818 63 973 86014 512 29 76 721 48	51 999 972 73 87142 835 45 684 808 50 95 974	858046 284 67 [1000] 350 71 233 892 5 [3000] 89043 197	277 98 282 76 461 78 529 627 789 825 31	90315 49 30 350 336 639 890 91165 85 92 336	9448 92184 [3000] 300 [5000] 157 611 28 729 [1000] 88	834 929 93144 955 70 [1000] 771 94097 312 96 479	690 932 95012 35 251 881 90055 63 846 97108 35	94 [5000] 298 516 61 [3000] 885 408 86 [1000] 98089	359 265 51 [3000] 67 93 487 [1000] 91 597 761 99111	85 75 282 590 644 82 834 66 978
100023 [5000] 47 99 194 [3000] 227 [3000] 62 417	638 54 53 641 522 918 101033 173 391 693 890 87	17861 861 80 89 [5000] 102299 79 707 56 82 805 907	103089 362 478 525 86 998 33 [5000] 104170 [5000]	335 82 584 667 788 810 105241 235 106135 [1000]	399 300 822 39 107621 108204 78 67 316 89 474 79	641 109255 329 415 63 619 705 79 84 815 45 99 [1000]	909 [1000] 52							
110039 [1000] 145 29 389 493 510 866 986 [5000]	111028 289 310 68 [1000] 70 538 871 909 112990	381 [1000] 457 532 [5000] 80 705 15 94 833 990	113071 82 [5000] 289 539 [5000] 78 643 [5000] 785 915	[3000] 114042 21 380 576 608 48 91 613 73 98 115004	[5000] 133 307 87 774 91 628 [1000] 78 [5000]	116376 401 635 761 44 117075 [1000] 240 787 118008 208	323 51 55 343 [5000] 297 156 [5000] 834 [1000] 561	119151 [5000] 49 232 7 14 472 538 84 690 57 [1000]						
120137 379 [1000] 92 95 315 54 403 60 545 630	878 121067 146 317 53 723 122061 234 326 31 673	889 992 10 90 123091 275 305 15 47 49 475 [5000]	123 83 940 124065 89 142 48 249 [1000] 795 890 [3000]											

**6. Ziehung 5. Kl. 213. Kgl. Preuss. Lotterie.**  
Ziehung vom 12. November 1906, nachmittags.  
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden  
Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

125086 193 257 448 537 76 851 62 [5000] 980 126021	121 79 221 49 504 81 730 818 71 976 99 127011 [1000]	75 238 319 [5000] 450 666 78 [5000] 88 792 128252	323 736 834 [10 000] 47 986 120172 94 380 498 836	[5000] 942																				
130018 49 94 147 [5000] 83 208 345 65 683 [1000]	700 69 821 961 131555 65 [5000] 727 925 71 132317	405 30 [5000] 732 [1000] 53 840 133054 124 [5000] 280	309 650 765 98 880 [5000] 909 134178 84 397 25 [5000]	415 61 789 867 135155 85 689 704 806 73 136090	223 302 53 [3000] 303 42 65 88 674 801 28 909 [5000]	137065 153 226 603 823 25 [1000] 961 138065 70	108 312 472 [1000] 610 [3000] 87 72 767 991 139119	31 57 513 [3000] 729 814 901 82																
140072 217 80 [1000] 319 98 512 [1000] 50 737	924 98 [3000] 141170 99 434 90 521 72 78 662 74	89 733 [1000] 73 885 966 142015 [5000] 176 303 604	24 780 875 143063 136 483 92 98 588 616 67 829 36	144033 43 50 227 79 393 411 55 545 902 747 145140	224 42 300 21 687 [1000] 717 880 146027 288 318 493	601 71 996 147017 72 [5000] 120 82 [5000] 302 [5000]	480 674 646 148060 104 202 [3000] 40 384 149007	163 413 578 709 857 90 996																
150094 131 302 582 835 46 151011 42 90 884	643 941 64 81 152028 [5000] 295 [5000] 357 405 501	[3000] 727 875 153963 114 72 473 558 667 704 154168	[1000] 87 214 36 95 529 601 715 50 155026 321 38	413 27 520 88 627 780 890 938 156018 [3000] 293	[1000] 402 [5000] 844 96 928 157187 321 [5000] 796	97 833 905 158066 178 [5000] 83 210 563 [3000] 738	019 159039 188 208 353 444 381 60 841 956	160030 143 [5000] 87 226 47 87 948 768 831 56	161024 218 138 458 87 544 68 661 965 [5000] 162007	143 403 38 641 708 163204 819 78 [5000] 916 164223	319 81 525 794 834 991 165031 683 715 843 94 166073	189 248 351 52 [3000] 434 [1000] 66 556 614 740 167049	227 543 701 37 [5000] 60 843 [5000] 59 168204 16 459	70 575 80 [5000] 601 748 55 946 169032 49 126 74	294 392 521 61 853 708 [1000] 29 41 81 878									
170114 382 646 [5000] 716 69 81 84 840 171024	227 337 434 571 92 737 49 172366 115 710 839 908	173054 132 375 419 90 95 547 174097 638 329 82 62	808 881 175028 92 115 60 203 39 34 321 38 38 30	485 176133 202 98 714 884 177015 302 440 608	467 739 81 814 178002 63 89 172 453 81 [5000] 806	179177 84 321 504 617 [1000] 23 701 35 76 955 [1000] 87	150205 95 160 71 255 307 77 181023 102 96	450 94 532 664 782 848 922 89 92 182077 101 266 482	98 670 842 974 77 183081 [5000] 119 72 10000 400 219	[1000] 32 324 [3000] 25 603 31 912 184018 [5000] 417	81 185012 42 479 517 700 186070 300 451 577 98	751 872 [1000] 187205 [1000] 207 429 69 648 749 67	188068 127 493 534 45 72 610 890 [3000] 84 189041	300 [1000] 407 [5000] 65 88 683 [1000] 898 919 22 95	190000 160 85 201 456 949 96 191157 233 414	59 579 665 94 95 963 192161 273 479 509 99 942	193355 618 33 812 57 971 94 194017 [5000] 88	[3000] 129 45 218 [1000] 311 195037 145 [5000] 316	414 41 94 576 614 27 64 86 937 [5000] 196157 76	[1000] 80 96 [1000] 226 37 81 12 327 63 78 89 728 95	812 [1000] 58 197077 123 29 205 32 92 67 414 796	825 81 963 198144 51 [5000] 207 823 92 [1000] 351	89 [5000] 671 85 798 851 91 901 199117 300 [500]	39 91 407 66 651 751
200186 240 69 308 406 40 563 618 45 [5000] 97	815 28 201130 [5000] 272 413 29 547 696 822	202045 [1000] 60 107 21 84 297 577 899 915 54	203451 512 610 37 73 796 814 204122 23 433 598	709 71 997 205118 270 445 589 46 933 708 806 942	[5000] 206093 230 31 368 79 87 634 207000 294 83	504 22 67 99 738 208112 219 75 [5000] 76 622 65 820	981 209011 178 414 67 63 503 56 68 78 89 96	764 924																
210090 84 92 [1000] 142 406 546 95 721 97 836	915 211079 129 49 [5000] 280 506 709 212083	100 [5000] 89 96 713 213188 220 65 502 83 860	132 80 [5000] 214008 75 317 34 [5000] 78 585 215064	138 [3000] 76 511 436 83 [3000] 543 [5000] 811 918 85	216004 215 317 97 483 77 639 85 630 10 217151	285 542 71 617 29 [1000] 218384 421 65 504 52 80	607 [5000] 71 753 219031 255 378 413 [5000] 357	[1000] 672 876 906																
220111 61 339 624 88 847 221273 732 904	222194 565 93 933 223066 300 35 [5000] 60 80	224218 557 558 732 822 78 913 28 87 61 225018 412	[3000] 580 63 734 890 949 226211 664 740 821 [3000]	22 98 932 227036 335 [3000] 63 605 49 794 961 74	228032 [5000] 88 445 69 508 684 896 229180 549 634	711 34 811 965																		
230115 213 406 911 231124 [1000] 704 6 808	232197 214 367 [1000] 478 233167 [3000] 319 42	636 658 781 912 85 234337 794 957 76 79 235107	288 323 492 726 236001 38 142 76 91 486 524 99	683 [1000] 73 237075 146 554 56 67 436 42 [5000]	739 55 804 238151 357 413 [5000] 78 561 641 769 39	988 239022 62 274 417 52 504 12 14 46 743 80 [1000]	626 44 965 [1000]																	
240108 35 224 85 693 789 90 546 241043 144	250 341 65 [5000] 559 61 [5000] 16 42 705 284 242358	122 200 829 84 829 243138 74 291 446 73 81 244494	[5000] 111 296 370 490 3 [5000] 512 764 92 984 88	245041 257 213 481 57 859 [5000] 699 [1000] 778	246327 801 57 [5000] 948 85 247418 63 672 798 829	67 48 32 916 26																		

**6. Ziehung 5. Kl. 213. Kgl. Preuss. Lotterie.**  
Ziehung vom 12. November 1906, nachmittags.  
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden  
Nummern in Klammern beigelegt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

10158 [5000] 314 412 502 754 [5000] 839	11021 68 373 416 41 [1000] 717 [1000] 908 [5000]	12000 49 383 [3000] 491 504 15 087 [1000] 739 38	844 14074 104 15 [3000] 466 15306 82 16207	36 99 395 454 691 [5000] 719 820 24 [1000] 945 97	17014 38 [1000] 57 [5000] 168 242 327 425 64 629 713	18202 [1000] 699 77 747 82 814 19047 131 [500
---	--	--	--	---	--	---

Um zum bevorstehenden Weihnachtsfeste unsere enormen Lager zu räumen und uns Platz zu schaffen, veranstalten wir vom 14. bis 20. November eine



Billige Woche.



In allen Abteilungen des Hauses sind die Preise bedeutend reduziert worden.

Eine seltene Gelegenheit, zu fabelhaft billigen Preisen jetzt seinen Weihnachtsbedarf zu decken.

Trotz dieses enorm günstigen Angebotes geben wir

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag doppelte Rabatt-Marken.

Advertisement for 'Josetti Cigaretten' featuring a logo and the text 'Ersiklassige deutsche Fabrikate'.

Advertisement for 'Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer' located at Mariannen-Str. 2.

Advertisement for 'Bardes Vereins-Säle' at Neue Königstr. 7, offering various services.

Advertisement for 'PROBLEM Cigaretten' with the slogan 'Beste deutsche Fabrikate' and 'überreffen Importen'.

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Pfennig. Das erste teilgedruckte Wort 18 Pf. Wörter mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 2 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Vertical list of advertisements for various goods including 'Gardinenhaus', 'Dedbett', 'Kostümröcke', 'Wollwaren', 'Kleider', etc.

Vertical list of advertisements for 'Wäsche', 'Kleider', 'Schuhe', 'Korsetts', 'Hüte', etc.

Vertical list of advertisements for 'Nähmaschinen', 'Werkzeuge', 'Reparaturen', 'Kleider', etc.

Verschiedenes.

Vertical list of miscellaneous advertisements including 'Kaufhoferei', 'Bücher', 'Kleider', etc.

Arbeitsmarkt.

Vertical list of job advertisements under 'Stellengesuche' and 'Stellenangebote'.

Advertisement for 'Bauhandwerker!' with contact information for various trades.

Advertisement for 'Verband d. Wäschearbeiter.' regarding labor union matters.

Advertisement for 'Deutscher Holzarbeiter-Verband.' with contact details.

Advertisement for 'Bauarbeiter!' with contact information.

Advertisement for 'Lederarbeiter, Weißgerber, Färber u. Hilfsarbeiter!'.

Advertisement for 'Konditoren,' with contact information.

Advertisement for 'Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen.' regarding labor conditions.

Vermietungen.

Vertical list of rental advertisements for 'Wohnungen', 'Küchen', etc.

Lagerhalter

Vertical list of advertisements for storage services and other businesses.

# Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:  
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 267. Dienstag, den 14. November 1905.

Inserate Sechsgelaltene Kolonelleile 20 Pfg.  
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

## Der Zahlabend für Berlin findet nächsten Mittwoch statt.

### Partei-Angelegenheiten.

**Zur Lokalliste.** Der Theater- und Vergnügungsverein „La Paloma“ hält am 19. d. M. ein Vergnügen im Ostbahnhof-Restaurant ab. Da das Lokal der Arbeiterkassette zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht, in Arbeiterkreisen aber versucht wird, Billetts abzulesen, wird ersucht, die Karten zurückzuweisen.

Das Lokal „Café Nissen“, Schlesische Brücke 2, steht der Arbeiterkassette zur Verfügung.  
Der Inhaber der „Drachenburg“ (viertler Wahlkreis SO.) heißt nicht Otto, sondern Schode.

#### Die Lokalkommission.

**Ober-Schöneweide.** Am Mittwoch, den 15. November, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Kaufhold, Wilhelmstr. 18, die außerordentliche Generalversammlung des hiesigen Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Neuwahl des Zeitungspeditors. 2. Vortrag. 3. Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

**Tempelhof.** Wir machen noch einmal auf die morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, bei R. Müller stattfindende Mitgliederversammlung aufmerksam, in der Genosse Klar über: „Das Unfallversicherungsgesetz“ referieren wird, und erwarten infolge dieses ebenso interessanten wie belehrenden Themas recht zahlreichen und pünktlichen Besuch. Gäste und Frauen haben gleichfalls Zutritt.

#### Der Vorstand.

**Wilhelmsruh-Nordend.** Die am heutigen Dienstag fällige Tagung des Wahlvereins fällt für Wilhelmsruh aus. Dagegen findet Mittwoch, den 15. d. M., eine Tagung in Nordend bei Krieg, Kastanienallee statt. Tagesordnung: 1. Die kommenden Gemeindevahlen in Rosenthal. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

**Schmargendorf.** Den Genossen zur Kenntnis, daß die heutige Mitgliederversammlung des Wahlvereins ausfällt und dafür morgen, Mittwochabend 8 1/2 Uhr eine öffentliche Versammlung im Restaurant „Café Wein“, Gubertus-Allee 8, mit der Tagesordnung: „Die Fleischhölle“ stattfindet. Referent Reichstags-Abgeordneter Genosse Jubel. Der Zutritt ist für Frauen und Männer frei. Die Genossen werden ersucht, für den Besuch der Versammlung recht regen zu agieren und selbst pünktlich zu erscheinen.

**Jossen.** Achtung! Stadiberordnetenwahlen! An alle Berliner Parteigenossen, die mit Jossener Arbeitern zusammenarbeiten, richten wir das Ersuchen, diese darauf aufmerksam zu machen, daß sie morgen, Mittwoch, den 15. d. M., ihr Wahlrecht ausüben und ihre Stimme nur für die beiden Arbeiterkandidaten, Genossen Gustav Schulz und Hans Lies, abgeben.

### Vorort-Nachrichten.

#### Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung hält ihre nächste Sitzung am Mittwoch ab. Von den auf der Tagesordnung stehenden Gegenständen sind nur wenige von allgemeinem Interesse. Unter anderem beantragt der Magistrat die Bewilligung von Mitteln zur anderweitigen Unterbringung der städtischen Fürsorgeanstalten für Lungenkranke. Die Fürsorgeanstalt ist bisher im alten Krankenhause Kirchstraße untergebracht. Ihre Inanspruchnahme hat sich jedoch so gesteigert — seit dem 1. April sind nicht weniger als 1174 Personen in 1404 Konsultationen untersucht worden und es hat jetzt eine dritte Sprechstunde eingerichtet werden müssen —, daß sich daraus sehr viel Unzulänglichkeiten für den Betrieb des Krankenhauses ergeben haben, zumal die Wartezimmer gleichzeitig als Aufnahmezimmer für das Krankenhaus dienen. Der Magistrat erachtet es deshalb für notwendig, die Fürsorgeanstalt umlagert halb, möglichst schon zum 1. Januar anderweit unterzubringen. Da eine Unterbringung in einem anderen städtischen Gebäude nicht möglich ist, müssen im Mittelpunkt der Stadt geeignete Räume gemietet werden. — Weiter beantragt der Magistrat die Aufnahme eines Darlehens von 2 Millionen Mark für das Bismarckstraßen-Unternehmen. Für diesen Zweck ist bereits die Aufnahme einer Anleihe von 12 Millionen Mark von der Regierung genehmigt worden. Von der Begebung dieser Anleihe hat der Magistrat jedoch bisher Abstand genommen und die vorläufig erforderlichen Mittel durch Aufnahme eines Darlehens von 5 Millionen von der Rentionskasse für die Arbeiter der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft beschafft. Diese Summe ist bereits abgehoben und aufgebraucht. Weitere Aufwendungen für das Bismarckstraßen-Unternehmen sind veranschlagt aus der 1902er Anleihe bestritten, deren Mittel indes gleichfalls bis auf einen kleinen Rest erschöpft sind. Die neue 5 Millionen Anleihe ist zwar bereits genehmigt, doch erscheint die augenblickliche Lage des Geldmarktes nicht geeignet, in nächster Zeit die Begebung derselben vorzunehmen. Die erforderlichen Geldmittel müssen daher vorläufig anderweit beschafft werden. Die genannte Kasse ist bereit, das Darlehen zu 3,5 Proz. auf fünf Jahre fest zu gewähren. Der Magistrat hat beschlossen, dieses nach Lage des Geldmarktes günstige Angebot anzunehmen und ersucht um die Ermächtigung, einen entsprechenden Nachtragvertrag schließen zu dürfen.

#### Rigdorf.

Ein verhängnisvoller Schlag. In der Thomasstraße geriet gestern der Tischler Richard Gwald, Hergbergstr. 30 wohnhaft, mit einem Kollegen in Streit, wobei er einen so tödlichen Schlag ins Gesicht erhielt, daß er zu Boden fiel. Leider konnte sich Gwald nicht mehr erheben, denn er hatte einen Bruch des linken Hüftes erlitten und mußte daher nach dem Krankenhause geschafft werden.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Sonntag abend auf dem Vergnügungspfad an der Ede der Hermann- und Knebeckstraße. Auf genanntem Pfad hat der Unternehmer Densel aus der Koloniestraße 27 in Berlin eine große Schaubude, in welcher „Kriegs- und Wärmeschauspiele“ vorgeführt werden. Bei diesen Vorführungen spielen Feuerwerk und „Kanonenschüsse“ eine Hauptrolle. Als am Sonntagabend wieder Feuerwerk abgebrannt wurde, mußte wohl ein Punkt zwischen die in Reich und Gled aufgestellten „Kanonenschüsse“ — mit Pulver usq. gefüllte Feuerwerkskörper — gefallen sein, dem

plötzlich gab es einen furchtbaren Knall und sämtliche „Kanonenschüsse“ explodierten. Hierbei wurde ein Angestellter Densels, der Arbeiter Fritz Schmalz von zahlreichen Schüssen in das rechte Bein getroffen und sehr schwer verletzt. Nach Anlegung von Rotverbinden wurde der Verunglückte dem Rigdorter Krankenhaus zugeführt.

In der Arrestanzelle der Rigdorter Polizeidirektion erhängte sich die 59jährige Witwe Flora Derffschlag aus Berlin, welche von der Kriminalpolizei wegen Verdrehens gegen leibendes Leben verhaftet worden war. Die Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Die Leiche wurde nach dem Berliner Schauhaufe geschafft.

Im ihren ganzen Wochenlohn bestohlen wurde die Arbeiterin Marie Kradt, Fietzenstr. 47 wohnhaft, als sie Sonnabendabend von der Arbeit nach Hause kam. Im Hausflur kam der Frau ein unbekannter junger Mensch entgegen, der ihr plötzlich die Handtasche, welche das Vortemmonie enthielt, entriß und damit davonlief. Bevor die Bestohlene sich von ihrem Schreck erholt hatte, war der freche Räuber längst im Dunkeln verschwunden.

#### Brig.

Ein Innungs-Schieds- und ein Gewerbegericht soll auf Beschluß des Innungsausschusses der vereinigten Handwerker-Innungen in Brig errichtet werden. Diefelbe Körperschaft hat auch die Abhaltung von Meisterkursen und die Gründung einer Kranken- und Sterbekasse für den Innungsbezirk beschlossen.

#### Groß-Lichterfelde.

Ueber die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins geht uns aus Groß-Lichterfelde folgender Bericht zu:

Der sozialdemokratische Verein Groß-Lichterfelde hielt am Mittwoch seine ordentliche Mitgliederversammlung ab, die außerordentlich stark besucht war. Ueber die Kreis-Generalversammlung referierte Genosse Pints und führte aus, daß der Kreis sich unter allen Umständen dem Verbands der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlin und Umgegend anschließen werde. Durch diese unbedingte Zusage sei es allerdings mehr als zweifelhaft, ob die vom Kreise gestellten Änderungsanträge, auf die Redner näher einging, angenommen würden. Die anderen Kreise hätten eventuell gar keine Veranstaltung, sie zu akzeptieren, nachdem sie wissen: die Zeltower kommen doch! Mit der Provinzial-Konferenz sei die Generalversammlung unaufrichtig gewesen, insbesondere mit dem Referat Stadthagens über die Landarbeiterfrage, das überaus dürftig ausgefallen sei. Der Bericht der Prekommission endlich habe eine lange Debatte über die „Vorwärts“-Redakteure gezeitigt und mit Annahme einer Resolution gegen den Parteivorstand ihren Abschluß gefunden. Die Delegierten von Groß-Lichterfelde hätten dieser zugestimmt. Genosse Wegler sprach ausführlicher über das Verbandsstatut und speziell über die Schwierigkeit der Einführung der konstituierenden Versammlung sowie der Versammlungen des Verbandes überhaupt und der Delegationsform. Die Absicht, die Angelegenheit der „Vorwärts“-Redakteure von der Diskussion auszuschließen, sei mißglückt. Er brauche darüber weiter nichts zu sagen, da der Bericht den Genossen ja aus dem „Vorwärts“ bekannt sei.

Inzwischen war eine Resolution eingelaufen, dahin lautend, daß die Versammlung sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung insbesondere in der Sache der „Vorwärts“-Redakteure einverstanden erkläre und das Verhalten des Parteivorstandes und der Prekommission als den parteigenössischen und gewerkschaftlichen Grundsätzen widersprechend mißbillige. Die Diskussion zog sich bis gegen Mitternacht hin. Genosse Koopmann kritisierte vor allem den örtlichen Vorstand, der nach seiner Meinung nicht genügend arbeite und empfahl als Puffer den letzten Wahlkreis, in dem er bis vor kurzem tätig gewesen. Die Resolution bezüglich des „Vorwärts“-Streites bitte er abzulehnen. Es sei zweifellos, daß im „Vorwärts“ Mißstände geherrscht hätten. Der Vorstand habe lediglich das Parteiinteresse im Auge gehabt. Die Klärung der Mißstände mittel- und langfristiger politischer Nachrichten sei ein Mißbrauch. Die Redakteure hätten kein Klassenbewußtsein, auch Wegler nicht. Von einem Redakteur könne man verlangen, daß er agitator, organisator und belehrende Vorträge halte. Davon sei aber bei Wegler keine Rede gewesen. Genosse Pints freut sich, daß wenigstens ein Gegner der Redakteure da sei, sonst würde die Versammlung mit der berüchtigten Stampschischen Meinungsfabrik in Verbindung gebracht werden. Die sechs Redakteure hätten recht, sich eine solche Behandlung nicht gefallen zu lassen. Die Veröffentlichung der Mißstände möge dieselbe ein Fehler gewesen sein. — Koopmann weist noch darauf hin, daß Wegler sofort nach dem Mißtrauensvotum hätte gehen müssen, das er erhalten habe, weil er einem konservativen Blatte, der „Bremer Bürger-Zeitung“, Parteimaterial angeboten habe. (Stimmliche Zwischenrufe: Unerschämtheit! Gemeinheit! Bodenlose Frechheit!) Wegler: Es tue ihm leid, daß er dem Vorredner so entgegen und seine Behauptung als eine Unverschämtheit sondergleichen bezeichnen müsse, als eine Unverschämtheit. Es sei ein Skandal, wenn ein solcher Genosse sich rühme, im 6. Wahlkreise tätig gewesen zu sein und anschließend nicht einmal den „Vorwärts“ richtig lesen könne. Das sei ganz die Art, wie Stimmung gemacht werde. Redner legte den Sachverhalt klar und erläuterte den ganzen „Vorwärts“-Konflikt. Auf einen Zwischenruf, daß er — Wegler — eine Verächtigung Däwells nicht aufgenommen, antwortet derselbe, dies sei nicht wahr. Er habe auf den Artikel Däwells eine Verächtigung geschickt, dieselbe sei aber von der neuen Redaktion unterdrückt worden. (Anmerk. der Redaktion. Die uns von Wegler zugegangene Fußschrift hat am Sonntag, den 4. November, in unserem Blatt gestanden.) Däwelle meint, es sei schwer, sich ein abschließendes Urteil bilden zu können, wo das Unrecht liege. Mißstände müßten doch vorhanden gewesen sein. Durch die Mißhandlung und deren Veröffentlichung an der in Frage kommenden Stelle habe sich die Situation verschärft. Gehört habe man offenbar auf beiden Seiten. Wenzel ging mit dem Genossen Koopmann unter allseitiger Zustimmung scharf ins Gericht.

Roch diesem Debat in Groß-Lichterfelde werde der 6. Kreis nicht allzu stolz auf seinen Jüngling sein. Redner wies auf die Gefahren für die Partei hin, wenn ein Mann wie Koopmann einen Vertrauensposten in der Partei erhalte und den Genossen in der Weise wie hier geschieden berichte. Senft führt aus, daß Dittner und Kalkbäck nach der Bekundung des Parteivorstandes eingestellt

worden seien, um den sogenannten linken Flügel zu verstärken. Der Parteivorstand habe demnach damals schon gewußt, wie die Verhältnisse lagen und hätte eine Regelung herbeiführen können. Die Redakteure, die jahraus jahrein den Arbeitern predigten Solidarität zu üben, wären Lumpen gewesen, wenn sie anders gehandelt hätten. Besonders unangenehm habe berührt, wie auf die fernere Tätigkeit der Redakteure verzichtet und dies bekannt gemacht wurde. — Die Abstimmung über die Resolution ergab deren Annahme gegen vier Stimmen. Einer Anregung Weglers bezüglich der Delegation zur Kreis- bezw. Verbands-Generalversammlung und Vornahme einiger redaktioneller Änderungen im Kreisstatut wurde zugestimmt. Der Vorsitzende der Versammlung nahm noch Veranlassung, gegen eine redaktionelle Notiz in Nr. 269 des „Vorwärts“ über die „berüchtigte Stampschische Anstalt zur Präparation von Parteimeinungen in Groß-Lichterfelde“ zu protestieren. Diese Notiz sei geeignet, die Genossen am Ort und deren Organisation zu diskreditieren. Die Parteigenossen unseres Ortes wollen offen und ehrlich ihrer Meinung Ausdruck geben und brauchen dieselbe weder aus einer Meinungsfabrik in Groß-Lichterfelde noch anderswo zu beziehen.

#### Rummelsburg.

Gewerbegerichtswahlen. Am Dienstag, den 14. November, vormittags von 11—12 Uhr, finden im großen Saale des Rathauses, Türckstraße 25, die Ergänzungswahlen der Weisiger aus dem Stande der Arbeitgeber statt.

Die Kandidaten der Arbeiterpartei sind:  
Gustav Tempel, Schantwirt;  
Louis Stein, Fensterverwer;  
Emil Bohl, Barbier;  
Fritz Schattauer, Schuhmacher.

Das Wahllokal befindet sich bei dem Genossen Heinrich, Türckstraße 25.

Es ist erwünscht, daß sich Genossen zur Wahltagung beim Genossen Otto John, Karlshorsterstr. 1, melden.

Das Gewerkschafts-Kartell.

#### Steglitz.

„Steter Tropfen höhlt den Stein“, so scheint auch unsere Gemeindevertretung zu denken, denn sie beschloß in ihrer letzten Sitzung, abermals bei der Regierung um Verleihung des Stadtrats zu petitionieren. Das Haus der Abgeordneten hatte befaßlich am 10. Februar d. J. eine gleiche Petition der Regierung als Material überwiesen. Von den Gegnern war damals der Antrag u. a. auch damit bekämpft worden, daß durch das mit der Stadtverordneten der größeren Vororte bedingte Ausschneiden aus dem Kreise der letztere leistungsfähig werde. Nun hat aber bei der letzten Beratung des Kreisstatuts der Landrat nachgewiesen, daß Steglitz und Lichterfelde mehr aus der Kreisliste erhalten, als sie an Kreissteuern an dieselbe abführen. Da somit ein wesentlicher Einwand gegen die Stadtverordneten fortfällt, soll ein neuer Versuch unternommen werden. — Zur Durchlegung der verlängerten Mittel- und Berlinstraße wurden 109 000 Mark bewilligt, welche durch Anleihe beschafft werden sollen. — Nach dem Vorbilde verschiedener Nachbarorte wird auch Steglitz vom nächsten Jahre ab eine eigene Ferienkolonie einrichten, und zwar in Prerow an der Ostsee. Man hat vorläufig mit einem dortigen Saalinhaver einen Vertrag vorbereitet zwecks Unterbringung und Verpflegung von jährlich 80 Kindern in zwei Abteilungen, so daß nacheinander 40 Knaben und 40 Mädchen längeren Aufenthalt dort nehmen. Die Versammlung genehmigte einstimmig die Einstellung von 2300 M. in den Etat für 1906 zur Beschaffung von Einrichtungsgegenständen. Der Vorsteher bemerkte hierzu, daß außerdem noch, wie schon bisher, eine Anzahl kranker Kinder nach Stolberg und dem Riesengebirge geschickt werden würden, jedoch es nunmehr möglich sei, jährlich 120 bis 180 Kindern die Wohlthat eines Ferienaufenthaltes in gesunder Gegend zu verschaffen. Nicht auf der Tagesordnung stand der Antrag des Gemeindevorstandes, zur Silberhochzeit des Kaiserpaars 25 000 M. aus bereiten Mitteln zu einer Stiftung im Interesse der Ferienkolonie zu verwenden. Ohne Widerspruch wurde der Antrag angenommen. — An die gewerbliche Fortbildungsschule soll eine kaufmännische Fachschule angegliedert werden; die dadurch entstehenden Kosten von 216 Mark werden bewilligt. — 200 000 M. als erste Rate für die zu errichtende Wadepark- und 330 000 M. für die nahezu fertiggestellten Grünwaldbahn sollen durch ein Darlehen gedeckt werden. — Das riesige Wachstum unseres Dorfes, das gegenwärtig eine Einwohnerzahl von 33 020 aufweist, mithin im letzten Jahre eine Verneuerung von 4000 Köpfe zu verzeichnen hat, macht eine größere Beamtenschaft erforderlich; die geforderten 1500 M. zur Einstellung von Hilfskräften wurden deshalb einstimmig bewilligt. — Nach Schluß der Tagesordnung fragte Gemeindevorsteher Weinhausen (Mieterverein) noch den Vorsteher nach dem Schicksal einer im März dieses Jahres beschlossenen amtlichen Erhebung über die Mietpreise von Dreizimmer-Wohnungen. W. hatte gelegentlich eines Antrages auf Erhöhung der Mietentschädigung der Lehrer die Behauptung aufgestellt, daß unter 80 M. keine gute Dreizimmer-Wohnung in Steglitz zu haben sei und diese Behauptung hätte dadurch gestützt, daß er eine von ihm aufgenommene Statistik von über 400 solcher Wohnungen vorlegte, die sämtlich über 800 M. kosteten. Der Vorsteher entschuldigte die Verzögerung mit Ueberlastung der Beamten, stellte jedoch die Fertigstellung für die nächsten Wochen in Aussicht. Damit schien die Frage erledigt und Herr Weinhausen ahnte wohl nicht, in welches Wespennest er gestochen hatte, als er dieses Thema anschnitt.

Gemeindevorsteher Barfelo von der Grundbesitzermehrheit griff W. scharf an und bezichtigte ihn, in seiner Statistik Unwahrheiten verbreitet zu haben. Zum Beweise dafür berief er sich auf einen Hausbesitzer unter den eigenen kommunalpolitischen Freunden Weinhausens in der Gemeindevertretung, welcher ihm vor Zeugen versichert habe, daß die Angaben über sein Wohnhaus in der Statistik Ws. vollständig unwahr seien. Nun hätte man doch wenigstens erwarten sollen, daß dieser „nette Freund“ und Fraktionsgenosse, welcher einem Gegner derartiges Material zur Bekämpfung der eigenen Partei liefert, auch den Mut habe, dies offen zu vertreten; aber weder Herr Scheufelin noch

Herr Wohlfahrt — diese beiden Herren kommen nur in Betracht — führten sich, sie stehen ihren Führer elend im Stich. Weinhausen wird wohl auch gedacht haben: „Herr, behüte mich vor meinen Feinden, mit meinen Feinden werde ich selber fertig.“ Die Frage bleibt offen: Wer hat die unwahren Angaben über das Ausmaß des Freundes gemacht? Man sollte doch meinen, daß man sich in Meißelfragen an den Eigentümer wendet.

### Treptow-Baumschulweg.

Mit Bejahung auf den Bericht über die Bezirksversammlung schied uns Genosse König folgende Aufschrift: In der Notiz des „Vorwärts“ vom Sonnabend, den 11. d. M., von Treptow-Baumschulweg, die Bezirksversammlung betreffend, wird unter anderem berichtet: „Dann erstattete Genosse König den Bericht von der Kreis-Generalversammlung in Rixdorf. Zum Vorwärts-Konflikt übergehend, bemerkte er, daß die Annahme der Resolution, für welche er auch gestimmt habe, wohl etwas voreilig gesehen sei, aber nach der daselbst gegebenen Information sei es erklärlich.“ Hierzu habe ich zu bemerken, daß dieses durchaus nicht den Tatsachen entspricht. Ich habe vielmehr ausdrücklich hervorgehoben, daß die gefasste Resolution nicht voreilig war, und habe diese Stellungnahme in eingehender Weise begründet. Da ich Gelegenheit nehmen werde, in der am Dienstag, den 21. d. M., stattfindenden Mitgliederversammlung des Wahlvereins darauf zurückzukommen, kann ich mich für heute auf diese Richtigstellung beschränken.

### Weißensee.

Der Ankauf des Schlosses Weißensee durch die Gemeinde ist das Gespräch des Tages. Das Projekt des Schloßkaufes ist kein neues und mehrere Genossen in der Gemeindevertretung haben bei passenden Gelegenheiten stets betont, daß die Gemeinde erheblich gehoben werden könne, wenn sie in den Besitz des Schlosses und somit in die Lage kommt, eine für die Einwohnerschaft notwendige Erholungsstätte zu schaffen. Bis jetzt ist Weißensee wohl der einzige Vorort, welcher keine öffentlichen Anlagen besitzt. Unter der Regie des verstorbenen Herrn Amtsvorstehers Feldmann war es unmöglich, die Sache zu forcieren. Herr Feldmann vertrat nach dieser Richtung hin einen engherzigen Standpunkt, dann aber bekehrte sich der Vertreter der Terrain-Gesellschaften, die nur für sich Vorteile zu erlangen suchten, vollständig. So kam es, daß nichts geschah und daß das Schloß von Jahr zu Jahr in seinem Werte stieg. Während es vor 20 Jahren für 300 000 M. zu haben gewesen wäre, kostete es vor 10 Jahren schon eine Million, vor etwa fünf Jahren 1 1/2 Millionen und jetzt fordert der Besitzer 2 1/2 Millionen Mark. So ungeheuerlich diese Summe klingt, so ist das Verhältnis zu den auch hier schon geforderten Bodenpreisen kein unnatürliches, zumal wenn man den schönen Baumbestand hinzurechnet; ferner sämtliche Gebäulichkeiten usw. Das Grundstück ist 6 Hektar, 68 Ar, 63 Quadratmeter groß und würde die Quadratur fast 530 Mark kosten. Hinzu kommt der See, welcher die statische Größe von 11 Hektar, 23 Ar, 60 Quadratmeter hat und in die Kaufsumme nicht verrechnet ist, also vollständig frei der Gemeinde zur Verfügung steht. Nach dem Tode des Amtsvorstehers Feldmann wurden die Ankaufverhandlungen etwas energischer in die Hand genommen. Die Finanzkommission, der u. a. die Genossen Schumy, Frey und Taubmann angehören, unterhandelte durch ihren Bevollmächtigten, den Schöffen Dr. Pape, mit dem Besitzer, und in einer geheimen Sitzung beschloß die Gemeindevertretung mit 16 gegen 11 Stimmen den Ankauf. Zu erwähnen ist, daß in den ersten fünf Jahren die Kaufsumme mit 3 Proz. Verzinsung auf dem Objekt stehen bleiben soll. Die Debatten in der Sitzung waren so heftig, wie sie seit Verleihen der Gemeindevertretung noch nie gewesen sind. Und zwar wurden die älteren Herren besonders angegriffen, daß sie das Objekt nicht schon vor 10 und 20 Jahren erworben haben. Unterstützung fanden diese nur noch von den Grundstückspekulanten und Vertretern der Terraingesellschaften. Unsere Genossen traten dafür ein, das Schloß jetzt zu erwerben, bevor es durch weitere Grundstücks-Spekulationen noch mehr in die Höhe getrieben werde, würde der Ankauf jetzt verzögert, so würde die Spekulation noch weiter gefördert und den Terraingesellschaften noch weitere Vorteile in den Schoß geworfen. Herr Notze, seit 25 Jahren Vertreter der Gemeinde, der neben seiner Stellung als Wasserkontrolleur in Berlin am hiesigen Orte seit langen Jahren den einträglichen Posten eines Fleischbeschauers bekleidet, hatte so recht gezeigt, wie früher in der Gemeinde Geschäfte gemacht wurden. Mit zusammengefaßter Faust rief er beim Weggange aus dem Saale der Majorität zu: „Er wird es schon erfahren, wer hierbei sein Geschäft macht.“ — Auch für die Finanzierung der aufzubringenden Summe werden sich mit der Zeit Mittel und Wege finden, so daß eine Überbelastung der Einwohnerschaft vor der Hand nicht zu befürchten ist.

### Nowawes-Neuendorf.

**Achtung, Krankenlakenwahl!** Die männlichen und weiblichen Mitglieder der hiesigen Orts-Krankenlaken werden hierdurch ersucht, sich an den am Mittwoch, den 15. November, abends von 8 bis 10 Uhr im Singerschen Lokale stattfindenden Delegiertenwahlen recht zahlreich zu beteiligen. Wahlberechtigt ist jedes Mitglied, welches das 21. Lebensjahr vollendet hat. Als Legitimation gilt das Krankenlakenbuch resp. eine Bescheinigung des Arbeitgebers. Das Gewerkschaftsstatut.

### Spandau.

Die Stadtverordnetenwahlen sind vorüber. Sechs Mandate haben wir verloren. Die Gegner triumphten über ihre ersehnten Siege, sie haben vor Siegestaumel bald den Verstand verloren. In der Nr. 203 des „Spandauer Tageblattes“ wird folgendes zusammengefaßt: „Die Aufsichten, bald die „rote Fahne“ auf dem Rathaus aufzupflanzen, sind durch die gestrige Wahl um reichlich 50 Prozent gefallen. Wir wollen jedoch dem geschlagenen Gegner nicht weiter wehe tun (sehr großmütig!), denn die Niederlage ist an und für sich für die Sozialdemokratie ähmerlich genug.“

Wenn sich der Schreiber des Artikels vor Augen führt, daß die Stimmenzahl der Sozialdemokratie nicht abgenommen, sondern sich um einige hundert vermehrt hat, so kann von einem Verlust überhaupt nicht die Rede sein. Man will uns nicht wehe tun. Da wäre dem Redakteur des genannten Blattes weiter nichts zu empfehlen, in Zukunft in seinem Blatte und in seinen Flugblättern der Wahrheit die Ehre zu geben. So ist z. B. in einem Flugblatt behauptet worden, die Sozialdemokratie habe für die dritte Abteilung die Bezirksabteilung beantragt; obwohl einem jeden Eingeweihten bekannt sein dürfte, daß dieser Antrag ein Nachwerk des Stadtverordneten Siebert, Mitglied des Grundbesitzervereins, ist. Weiter lesen wir: „Pflicht der neugewählten Stadtverordneten wird es sein, daß sie das Vertrauen, das die Wähler ihnen geschenkt haben, in jeder Weise und so weit es in ihren Kräften liegt, zu rechtfertigen suchen und die Interessen der Arbeiter sowohl als der Allgemeinheit im Stadtparlament vertreten.“ Das hört sich ganz schön an, aber die Wortschmähung ist wohl, allein mir fehlt der Glaube“. Vier der neugewählten Stadtverordneten sind Angestellte bzw. Arbeiter der Staatsbetriebe. Wer nun selber in den Staatsverhältnissen tätig war, und den Geist, der dort herrscht, kennen gelernt hat, weiß sehr wohl, was von diesen Leuten in Punkt Wahrnehmung der Arbeiterinteressen zu erwarten ist. Man braucht nur daran zu denken, in welcher Weise diese Arbeiter zum Wahllokal geführt wurden. Eine ganze Anzahl Arbeiter haben erklärt, wir können nicht wählen, wie wir gerne möchten, aber wir müssen wählen, sonst werden wir brotlos. Also eine regelrechte Wahlbeeinflussung hat stattgefunden. Damit wollen wir aber nicht trösten. Die Parteigenossen müssen aus ihrem Schlaf erwachen und nicht alle Arbeit auf einzelne Schultern abwälzen, sondern tatkräftig mitarbeiten. Jeder muß seine Schuldigkeit tun. Wir müssen unsere Organisation stärken, kräftig vorarbeiten nach jeder Richtung hin, dann werden wir auch unsere Rechte wieder erobern und weitere Fortschritte machen.

Die Sozialdemokratie Spandaus ist nicht tot, wie der „Tageblatt“-Schreiber glauben machen möchte, mutiger denn je erhebt sie ihr Haupt und wird die Hoffnungen der Gegner zujahnden machen.

### Köpenick.

Am Mittwoch fand hier im „Kaiserhof“ eine von 800 Personen besuchte Volksversammlung statt, in der Genosse Zubeil über: „Militärjustiz und Gerichtsbarkeit“ sowie „Soldatennachhandlungen“ referierte. Redner ging auf die Rechte und Pflichten des Soldaten ein und betonte, daß man den Rekruten nur über Pflichten in den Instruktionssunden unterhalte, ihn aber über die Rechte, besonders die Notwehr, im unklaren lasse.

Soldaten, die von ihrem Rechte der Notwehr Gebrauch machten, seien meistens von den Militärgerichten schwer verurteilt worden und ihnen das Recht bestritten worden, Notwehr auszuüben. Einer eingehenden Kritik unterzog der Redner das Verhalten der Unteroffiziere und der „alten“ Mannschaften den Rekruten gegenüber. Auch dem Duelle wurde in scharfen Worten entgegengetreten. Zum Schluß kam der Redner auf die Rechte der Mannschaften in ihren Einzelheiten zu sprechen, wobei er betonte, daß von Befehlen wegen dem Soldaten das Recht der Notwehr zustehe. Redner appelliert an alle Eltern, Verwandten und sonstigen Bekannten von jungen Leuten und macht darauf aufmerksam, daß jetzt alljährlich eine Proklamation von der sozialdemokratischen Partei herausgegeben werden soll, in der die Rechte und Pflichten des Soldaten behandelt werden. Werden dann diese Regeln von den jungen Leuten mehr befolgt, dann werden wir einen wichtigen Schritt vorwärts kommen und manche schreckliche Militärrückhandlung wird weniger zu bezeichnen sein.

## Berliner Nachrichten.

### Untergrundbahn Potsdamerplatz—Alexanderplatz.

Die städtische Verkehrsdeputation hielt gestern wieder eine wichtige Sitzung ab. Als Nr. 1 stand auf der Tagesordnung die Prüfung des von Vertretern der Stadt mit der Hochbahngesellschaft vereinbarten Vertragsentwurfs über die Untergrundbahnlinie „Potsdamerplatz—Spittelmarkt—Alexanderplatz—Schönhäuser Allee“.

Nach diesem Vertragsentwurf soll die Bahn als Fortsetzung der bestehenden Untergrundbahn von der jetzigen Endhaltestelle „Potsdamer Platz“ aus unter dem Leipziger Platz und der Vohstraße nach dem Wilhelm-Platz und weiter unter der Mohrenstraße, dem Gendarmenmarkt, der Taubenstraße, dem Hausvogteiplatz und der Riederwallstraße zum Spittelmarkt geführt werden. (Erste Teilstrecke.)

Sie verläuft dann unter der Wallstraße bis zur Inselstraße und nach Unterfahrung der Spree unter der Klosterstraße und der Brunnenstraße zum Alexanderplatz. (Zweite Teilstrecke.)

Vom Alexanderplatz aus wird die Bahn unter der Münzstraße, der Kaiser Wilhelmstraße und der neuen westlichen Gabelstraße des Scheunenviertels bis zum Schönhäuser Tor, und von hier aus weiter durch die Schönhäuser Allee zum Nordring geführt. (Dritte Teilstrecke.)

Die Dauer der städtischen Zustimmung soll ebenso wie die Zustimmung für die Elektrische Hoch- und Untergrundbahn bis zum 5. November 1907 sich erstrecken, und da ein gekanntes Kind das Feuer scheut, ist in den Vertrag eine Bestimmung aufgenommen, nach der die Hochbahngesellschaft ohne vorherige Zustimmung der Stadtgemeinde keine Anträge auf Ausdehnung der staatsbehördlichen Genehmigung über den 5. November 1907 hinaus stellen oder den Betrieb über diesen Zeitpunkt hinaus fortsetzen darf.

Die Bahnstrecke vom Potsdamer Platz bis zum Spittelmarkt soll innerhalb dreier Jahre fertiggestellt werden; die Bahnstrecke Spittelmarkt bis zum Alexanderplatz bis spätestens 1912, und vom Alexanderplatz bis Ringbahnhof Schönhäuser Allee bis spätestens 1915.

Die Fahrpreise für die neuen Strecken dürfen nicht höher bemessen werden als auf den zurzeit bereits in Betrieb befindlichen. Vom Jahre 1927 ab steht der Stadt ein Anspruch auf Erwerb des ganzen Unternehmens unter im Verträge genau festgesetzten Bedingungen zu.

In der vielstündigen Beratung, die schließlich beim § 17 abgebrochen werden mußte, wurden fast alle Bestimmungen nach dem vorgelegten Vertragsentwurf genehmigt. Die Mehrheit zeigte sich allen wesentlichen Abänderungen, die beantragt wurden, abgeneigt und, wie man in der letzten Sitzung mit Hoch und Hurra der Gesellschaft die Konzession bis 1907 gewährt und ihr vom Alexanderplatz aus den ganzen Norden und Osten zur wirtschaftlichen Ausnutzung überwiesen hatte, nur damit schnell Großes zustande komme, so wurden auch in der gestrigen Einzelberatung die Bestimmungen meist nach dem Entwurf angenommen, damit durch Abänderungen das Projekt nicht aufgehoben oder gar gefährdet werde.

Auf die Einzelheiten werden wir nach Abschluß der Beratungen zurückkommen.

Der schneearme Winter des letzten Jahres hat bei der städtischen Straßenreinigung Berlins zu erheblichen Ersparnissen geführt. Wiederholt mußte die Stadt in früheren Jahren für Schneefuhr eine halbe Million, einmal sogar 900 000 Mark, und für Hilfsarbeiter hunderttausend (einmal sogar 224 134) Mark aufwenden. Im letzten Winter dagegen verurachtete die unbedeutenden Schneefälle nur einen Kostenanwand von 72 709 M. und 10 147 M. Arbeitslöhne für die Hilfsarbeiter. Eingestellt waren in den Aufwärt 200 000 M. und 150 000 für Hilfsarbeiter; daraus allein schon resultiert eine Ersparnis von 267 144 Mark. Im ganzen erforderte die Straßenreinigung gegen den Einsparnis 384 814 Mark weniger Zufuhr.

Beim Absegeln gefentert ist am Sonntag auf dem Tegeler See das Segelboot „Frida“ des Privatbeamten B. Er hatte mit ihm kürzlich eine größere Ausfahrt unternommen und wollte es gestern nach der Winter-Angelegenheit absegeln, wobei er von drei Freunden begleitet wurde. Als sich dies Fahrzeug an der Einmündung des Tegeler Sees zur Havel befand, sprang plötzlich der Wind um, das Boot legte sich und schöpfe Wasser. Die Insassen des Fahrzeuges wurden unruhig, und durch ihre Bewegungen wurde das Boot vollständig niedergelegt, so daß die vier Insassen in die Fluten stürzten. Glücklicherweise waren die Verunglückten des Schwimmens kundig und vermochten sich solange über Wasser zu halten, bis ein in der Nähe liegender Schleppdampfer herankam. Die fast völlig Ersparnten wurden von der Mannschaft des Dampfschiffes aufgenommen und nach Spandau gebracht. Das Segelboot war in der Mitte der Fahrstraße mit aufrecht stehendem Mast gesunken, so daß die Mastspitze etwa 20 Zentimeter aus dem Wasser emporragt.

Zwei Familientragdinnen haben sich am Sonntag in Berlin abgespielt. Der Fabrikarbeiter Friedrich Preuß, 27-jährig, war von seiner Frau, die er sie krankheitshalber nicht ernähren konnte, verlassen worden. Sie war mit einem Kaufmann Müller zusammengezogen, hatte ihren elfjährigen Sohn und das dreieinhalbjährige Tochterkind mitgenommen und ihren Mann mit nur wenigen Sachen mittellos sitzen lassen. Es gelang ihm jedoch, die Kinder zurückzubekommen. Sein Pruder riet ihm nun, zu ihm zu ziehen. Zum Schein ging er auch auf diesen Vorschlag ein. Vorgestern sollten die wenigen Sachen, die ihm seine Frau gelassen hatte, abgeholt werden. Die Zuhilfenahmer fanden aber keinen Einlaß und da sie einen starken Geruch vor der Wohnung wahrnahmen, wurde die Wohnung gewaltsam geöffnet. Man fand einen offensichtlich toten Mann und die drei Personen demütlos, die nun nach der Charité geschafft wurden. — Ein ähnlicher trauriger Fall ereignete sich vorgestern mittag im Hause Petersburgerstr. 88. Dort wohnt

der Kaufmann Riese mit seiner 26 Jahre alten Frau und einem anderthalbjährigen Söhnchen. Durch Familienverhältnisse war das Zusammenleben des Ehepaares getrübt, ohne daß es jedoch zu ernstlichen Zerwürfnissen gekommen wäre. Als Herr R. nun Sonntag von einem Ausgange zurückkehrte, sprang seine Frau mit dem Söhnchen, das sie sich mit einem Strid um den Leib gebunden hatte, aus dem Fenster der im vierten Stock gelegenen Wohnung auf den Hof hinab. Sie schlug auf das Pappdach eines Herdesalles auf und blieb dort liegen. So kam sie mit dem Leben davon, wenn sie sich auch Verletzungen und innere Verletzungen zuzog. Das Kind erlitt aufschneidend seinen Schaden und konnte bei dem Vater in der Wohnung bleiben, während die schwerverletzte Mutter nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht wurde.

**Berliner Einbrecher auf Reisen.** Durch den Erkennungsdienst entlarvt wurde ein schwerer Junge, der augenblicklich in Glatz im Untersuchungsgesängnis sitzt. Der Bursche nannte sich nacheinander Krüger, Siele und Nowalla und führte auf alle diese Namen Papiere bei sich. Wie sich später zeigte, hatte er allen Grund, mit seinem wahren Namen hinter dem Berge zu halten. Aber es half ihm nichts. Der Name Nowalla führte auf die richtige Spur. Ein in Berlin wohnender Kellner dieses Namens zeigte an, daß ihm auf seiner Arbeitsstelle in Wernau seine Ausweispapiere gestohlen worden seien. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei und ihres Erkennungsdienstes führten nun zu der Feststellung, daß der Nowalla in Glatz ein früherer Büfettier Franz Haffe ist, der im Jahre 1883 zu Treptow a. L. geboren wurde. Dieser Haffe hat schon eine geraume Zeit im Gefängnis gesessen. Nach seiner letzten Freilassung in Berlin brach er hier sofort wieder ein und wandte sich dann nach Prenzlau. Dort wurde er bei einem Einbruch gefaßt und zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Im Juni d. J. sollte er in Eberwalde als Zeuge vernommen werden. Auf der Fahrt dorthin sprang er aus dem Eisenbahnwagen, kam ohne Schaden davon, entging seinen Verfolgern und machte nun eine Einbruchstour nach Stettin, Ducherow, Köln, Langenau bei Breslau, Guben, Frankfurt a. O., Sagan und Pleschen. Seine Festnahme in Glatz, wo er auf frischer Tat ergriffen wurde, machte endlich der Reise ein Ende. Wenn er in Glatz fertig ist, macht er sie umgekehrt von neuem, um sich überall vor dem Strafrichter zu verantworten. Außer den schon bekannten hat er noch mehr Einbrüche auf dem Kerkhof, denn man fand bei ihm noch allerhand gestohlene Sachen, von denen man noch nicht weiß, wofür sie stammen, u. a. 3 goldene Perrenuhren, 4 Ketten, darunter eine Haarkette, 4 goldene Damenuhren, alle Münzen, darunter Taler von 1778, Armbänder, Ringe, einen mit dem Zeichen C. H. S. O. goldene Spangen mit Steinen und Wäsche mit dem Zeichen L. O. Diese Sachen hat er ohne Zweifel auf Gastrollen in anderen Städten erbeutet.

**Militär gegen Zeltwanal-Arbeiter wurde am Sonntag mobil gemacht.** In der Kantine des Zeltwanal-Baues an dem zukünftigen Volkspark in Tempelhofer Park war es zwischen etwa fünfzig polnischen, bei dem Kanalbau beschäftigten Arbeitern zu Streitigkeiten gekommen, die schließlich in eine Schlägerei ausarteten; auch der Kantine wurde furchbar mißhandelt. Die Polen demonstrierten dann die Kantine, schlugen mit Stuhlbeinen, Messern und Biergläsern aufeinander los und widersetzten sich auch den auf sie zukommenden Gendarmen. Es wurde nun um militärische Hilfe nach der Kaserne des Gardebrigade-Bataillons telephoniert und gleichzeitig von dem Straßenbahndepot Hilfe erbitten. Eine stärkere Militärpatrouille, unterstützt von der Gendarmarie und einer größeren Anzahl Straßenbahnbeamten, ging jetzt gegen die Arbeiter vor, von denen fünfzehn in Haft genommen wurden. Eine größere Anzahl Personen hatte bei dem Rencontre zum Teil nicht unerhebliche Verletzungen davongetragen.

**Festgenommen wurden die Zeltwanal-Diebe, die vor einigen Wochen bei Kersten in der Neuen Wilhelmstraße den großen Einbruch verübten und für 25 000 M. Goldwaren und Schmucksachen erbeuteten.** Den Kriminalbeamten, die unausgesehen die Tansfälle und andere Nachforschungen beobachteten, fielen drei Männer auf, die als Grafen und Barone auftraten und gegen die weiblichen Gäste außerordentlich freigebig waren. Einer dieser Herren entpuppte sich als ein Arbeiter Rösch, der in der Chausseestraße bei einer Prostituierten wohnte. Weitere Beobachtungen ergaben, daß die beiden anderen hier ebenfalls sehr oft vorkamen und sich nicht selten länger aufhielten. Dies waren ein gefährlicher Einbrecher Otto Strahburg, der als geisteskrank nach Herzberge gebracht, dort vor vier Monaten entpuppte, indem er die eisernen Sicherheitsstangen durchstieß, und ein Invalide Fritz De Plat. Beide hatten keine Wohnung und fanden zeitweilig bei der Freundin des Rösch einen Unterschlupf. Bei ihr wurde jetzt morgens früh zunächst De Plat gefunden und festgenommen. Rösch und Strahburg hatten die Nacht durchgeschwärmert und andere Mädchen begleitet. Als sie später kamen, wurden sie von Kriminalbeamten empfangen und dingfest gemacht.

**Tödlich verunglückt ist gestern in der Prenzlauer Chaussee der Arbeiter Wiesner.** Er war von einem Mitgliede der Weihensee Schützengilde beauftragt worden, ein Arbeitsfahrzeug nach Berlin zu fahren. In unermünder Weise schlug er auf die Pferde ein, so daß diese schließlich durchgingen. Der Arbeiter B. verlor bei dem Vermäßen, die Tiere zum Stehen zu bringen, das Gleichgewicht und stürzte kopfüber vom Wagen. Die Räder des Wagens gingen ihm über die Brust und verletzten ihn so schwer, daß der Tod nach wenigen Minuten eintrat.

**Lotterieschwindel.** In neuerer Zeit wird von einer ganzen Reihe von Personen, die sich als Inhaber von Bankinstituten bezeichnen, hauptsächlich von Lübeck aus, aber auch aus anderen Städten, wie Hamburg, Braunschweig usw., unter Entfaltung einer gewaltigen Kessame zum Beitritte zu Serien- und Prämienlos-Gesellschaften aufgefordert. Es handelt sich hierbei in allen solchen Fällen nicht etwa um vereinsähnliche Bildungen, sondern lediglich um einen Handel mit Anteilsscheinen von Serienlosen. Die Teilnehmer, die zu Gruppen von 50 bis 100 Personen vereinigt werden und daher an der äußerst kostspieligen und von ihnen mitbezahlten Kessame gar kein Interesse haben, müssen an die Unternehmern oft das vierfache des Anschaffungspreises derjenigen Serien- und Prämienlose bezahlen, an welchen sie beteiligt werden sollen.

Das Befahren der Unternehmern ist als *tr a f a r* anzusehen und wird von den Staatsanwaltschaften strafrechtlich verfolgt. Hierbei wird gleichzeitig nochmals auf die holländischen und dänischen Prämienlos-Banken hingewiesen, vor denen in Nr. 123 des „Reichs-Anzeigers“ wiederholt dringend gewarnt wird. Bei diesen im Auslande befindlichen Instituten ist es nicht einmal möglich, eine Kontrolle darüber zu üben, ob sie die Papiere, für welche sie Beteiligungsurkunden ausgeben, überhaupt zu ihrer Verfügung haben; nach bestimmten Vorgängen muß dies ganz allgemein bezweifelt werden.

<b>Leihhaus</b> Charlottenburg. Wilmersdorferstr. 40 I. Hohes Botehang. Diskr. Sprechzimmer	<b>Charlottenburg.</b> F. Kunsimann, nur Wallstr. 1 Uhren und Goldwaren. Großes Lager Reparaturen schnell und billig. Billige Preise. 1698*
<b>Leih-Haus</b> Charlottenburg. Friedrich-Str. 12, Berlin, Kullamer-Str. 2. Befehung von Brillanten, Gold- und Eiswaren, Uhren, Büchern, Tisch- Reidungsstücken zc. 2187*	Habe meine Wohnung von der Küringstr. 42 nach Rixdorf <b>Bergstr. 99/100</b> 6de Zahnstraße, neben der Zincofabrik, verlegt. 2313* Frau Lenz, Hebamme.